Jahresbericht

der

Handelskammer zu Leipzig

1919

Jahresbericht

der

Handelskammer zu Leipzig

über das Jahr

1919.

A. Bericht über die Tätigkeit der Handelskammer.

In wohltuendem Gegensatz zu den früheren Jahren hat sich die Handelskammer in diesem Jahre nicht mehr fast ausschließlich Kriegsaufgaben widmen müssen. Friedensaufgaben von dauernder Wirkung haben sie zum Teil schon beschäftigt. In ganz besonderem Maße jedoch ist sie noch, und wird es auch auf längere Zeit hinaus noch sein, mit Arbeiten beschäftigt gewesen, die der Durchführung der Kriegs- und Friedenswirtschaft und der Durchführung des Friedensvertrages dienen. Der Krieg hat in seinen Folgeerscheinungen die Revolution gebracht. Auf politischem Gebiete dürfte sie im allgemeinen zu einem gewissen Abschluß gekommen sein, auf wirtschaftlichem Gebiete geht der Streit der Meinungen noch hin und her. Bei der Verkettung aller wirtschaftlichen Verhältnisse sind Entschlüsse auf diesem Gebiete viel schwerer und erfordern in ganz besonderem Maße umfassende Erwägungen und Mitarbeit der berufenen Stellen. Unter ihnen müssen die Handelskammern einen Anspruch auf vorzugsweise Berücksichtigung erheben.

I.

Die Erscheinungen der Uebergangswirtschaft

sollen zuerst besprochen werden, Erscheinungen, die mit der Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft unmittelbar zusammenhängen. Sie haben der Kammer reichlich Gelegenheit zur Mitwirkung gegeben und werden es noch auf lange Zeit hinaus tun, denn sie sind natürlich längst noch nicht abgeschlossen. Nach ihrer Besprechung werden die wirtschaftlichen Erscheinungen von dauernder Wirkung, die Friedenswirtschaft und die Anteilnahme der Kammer an ihr zur Darstellung kommen.

I. Die **Demobilmachung** im engeren Sinne hatte sich bereits 1918 in großem Umfange abgewickelt. Die Entlassung der Soldaten und die vorübergehende Aufstellung von Freikorps zum Schutze der Heimat sind vorbei. Die Aufstellung des neuen Milizheeres, das bis zum 1. April 1920 bis auf 100 000 Mann zurückgeführt werden muß, ist im wesentlichen durchgeführt worden.

a) Um die *Beschäftigung der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer* sicherzustellen, sind die Verordnungen vom 4. und 24. Januar über Einstellung, Entlassung und Entlohnung von gewerblichen Arbeitern und Angestellten ergangen. Die Aufklärung über die Auslegung und Handhabung der einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnungen hat unter der Auskunftserteilung der Handelskammer einen weiten Raum eingenommen. Auch jetzt noch ist die alle bisherigen Bestimmungen dieser Art zusammenfassende Verordnung vom 3. September Gegenstand der Beratung der beteiligten Handelskreise. Für die *Kriegsbeschädigten* ist bereits am 9. Januar 1919 eine Verordnung ergangen, die ihre Einstellung in gewissem Umfange zwangsweise vorsieht. Die Kriegsteilnehmer unterzubringen, dient auch mittelbar die Verordnung über die *Freimachung von Arbeitsstellen* vom 28. März 1919.

Auf Grund des bereits im November 1918 zwischen den sächsischen Handelskammern und einigen freien Arbeitgeberverbänden mit den zuständigen Arbeitnehmerorganisationen getroffenen Abkommens ist im Januar 1919 der *freiwillige Schlichtungsausschuß* ins Leben getreten. Er hatte die Aufgabe, alle im Zusammenhang insbesondere mit der Neuregelung der Arbeitsverhältnisse der aus dem Heeresdienst zurückkehrenden kaufmännischen und technischen Angestellten sich ergebenden Streitfälle über die Frage der Wiedereinstellung, Kündigung und Bezahlung der Angestellten zu entscheiden. In 28 Fällen hat eine außergerichtliche Einigung erzielt werden können, während 54 Sachen dem Schlichtungsausschuß zur Entscheidung vorgelegen haben, von denen 52 auf gütlichem Wege beigelegt werden konnten. Nur in 2 Fällen hat ein Schiedsspruch gefällt werden müssen. Mit der Einrichtung des gesetzlichen Schlichtungsausschusses bei der Kreishauptmannschaft hat seine Inanspruchnahme abgenommen. Der letzte Fall ist Ende Juni verhandelt worden. Der Schlichtungsausschuß ist zwar formell nicht aufgelöst, wird aber voraussichtlich keine Gelegenheit mehr haben, von neuem tätig zu werden. Seinen Zweck, gütliche Vermittlung in den ersten wichtigsten Wochen, als gesetzliche Einrichtungen noch nicht bestanden, zu erzielen, hat er durchaus erreicht. Allen Herren, die bei den umfangreichen Arbeiten mitgewirkt haben, insbesondere seinem Vorsitzenden, dem früheren Kreishauptmann Exzellenz von Burgsdorff, dem stellvertretenden Vorsitzenden und den ständigen Beisitzern, sei an dieser Stelle der Dank der Handelskammer ausgesprochen.

b) Die wichtigste Aufgabe der Demobilmachung nächst der Rückführung der Kriegsteilnehmer in das Wirtschaftsleben war die *Verwertung des Heeresgutes*. Der überstürzte Rückzug hat dem Deutschen Reiche bereits ungeheure Werte gekostet, und die Revolution mit den sich daraus ergebenden Zuständen von Unordnung hat weiter wertvolles Heeresgut verschleudert. Erst verhältnismäßig spät hat die Reichsregierung in einer Verordnung vom 23. Mai gegen die Verschiebung nicht nur finanziell bedeutender, sondern auch für den Wiederaufbau der Wirtschaft teilweise unentbehrlicher Mengen von Heeresgut gesetzgeberisch Stellung genommen. Solche Werte zu retten, haben die Handelskammern bereits vorher nach ihren Kräften beizutragen sich bemüht. *Die Sächsische Wirtschaftsstelle für Industrie und Handel* in Dresden, hervorgegangen aus dem früheren Sächsischen Ausschuß für Heeres- und Flottenlieferung, hat der Regierung alsbald ihre Unterstützung angeboten. Diese hat, wenn auch nicht immer in dem wünschenswerten Maße, von ihr Gebrauch gemacht. Gewaltige Mengen sind zu guten Preisen für das Reich verwertet und durch Zuführung in die richtige Hand dem Schiebertum entzogen worden.

2. War die Demobilmachung zeitlich naturgemäß von geringer Dauer, so steht dies ganz anders mit den Uebergangserscheinungen, die sich an den **Friedensvertrag** knüpfen und die in ihrer Wirkung auf Menschenalter hinaus sich geltend machen werden, so daß man sie eigentlich kaum noch Uebergangserscheinungen nennen kann. Zu den Friedensbedingungen, Bedingungen, die in jahrelanger Arbeit beinahe von der gesamten Welt festgesetzt worden sind, im einzelnen Stellung zu nehmen, Stellung zu nehmen vor allem innerhalb der wenigen Wochen, die dem Deutschen Reiche zur Entschließung wegen Annahme gelassen worden waren, hat nicht die Aufgabe der Handelskammer sein können.

Sie hat sich darauf beschränken müssen, in einer programmatischen Erklärung ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß sie in der geplanten und später im allgemeinen verwirklichten Form den von der ganzen Welt ersehnten, festen, gerechten und dauerhaften Frieden nicht herbeiführen können, daß diese Bedingungen im vollen Umfange trotz besten Willens sich als undurchführbar erweisen, die deutsche Volkswirtschaft zugrunderichten werden und damit zugleich die Möglichkeit der geforderten Wiedergutmachung zum Nachteil der Feinde selbst ausschließen müssen. Zur Ausführung des Friedensvertrages sind bereits mehrere Gesetze ergangen, weitere sind zu erwarten. Das allgemeinste, das Ausführungsgesetz vom 31. August 1919, hat mehrfach, namentlich mit Rücksicht auf das darin ausgesprochene Zahlungsverbot von Vorkriegsschulden, zu Erörterungen geführt. Die durch den Friedensvertrag für das Reich notwendig gewordene Enteignungsbefugnis, die ihm durch das Gesetz am gleichen Tage eingeräumt wurde, läßt die Wichtigkeit von Erörterungen über Schutzmaßnahmen gegen Mißbrauch von Verwaltungsmaßnahmen, mit denen die Handelskammer beschäftigt ist, besonders erkennen. Unterstützung der Interessenten von Nothafenladungen, Beschäftigung mit der Rückwandererhilfe und anderseits Beteiligung an der Zweigstelle des Reichswanderungsamtes haben sich weiter als unmittelbare Folgen des Krieges für die Kammer ergeben. Neuerdings ist die Handelskammer damit beschäftigt, zum Schutze der im Auslande geschädigten Inlandsdeutschen im Einvernehmen mit dem in Berlin gegründeten Verbande der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen die nötigen Vorbereitungen zur Errichtung einer Zweigstelle dieses Verbandes in Leipzig für Sachsen und einige angrenzende Handelskammerbezirke zu treffen. Aufgabe dieser Zweigstelle soll es sein, den in ihrem Bezirk ansässigen Inlandsdeutschen für Schäden, die sie im Ausland, insbesondere durch Liquidation ihres Vermögens erlitten haben oder nach dem Friedensvertrag noch erwarten müssen, zu Vorentschädigungen zu verhelfen, solange nicht das endgültige Entschädigungsverfahren, zu dem das Reich seinen Staatsangehörigen gegenüber nach dem Friedensvertrage verpflichtet ist, in die Wege geleitet werden kann.

Die Aufhebung der Zwangsverwaltungen nach Ratifikation des Friedensvertrages wird noch erhebliche Arbeit erfordern. In Vorbereitung derselben ist es gelungen, die Ende 1918 noch bestehende Zahl von 203 Zwangsverwaltungen nach Abwicklung der laufenden Geschäfte auf 112 zu vermindern.

3. Eine Folge des Krieges, die auf inneren wirtschaftlichen Gebieten dauernd die Gemüter bewegt und immer drückender auf dem gesamten Volke gelastet hat, namentlich aber auf Handel und Industrie, ist die **Zwangswirtschaft** gewesen. Ihr Abbau hat zu den dringendsten Erfordernissen der Uebergangswirtschaft gehört. So selbstverständlich einerseits es gewesen ist, daß nicht mit einem Male die gesamten Zwangsmaßnahmen beseitigt werden konnten, sollte nicht die herrschende Unordnung der Revolution noch verstärkt werden, so sicher war auf der anderen Seite, daß ein Abbau der Zwangswirtschaft unerläßlich geworden war. Das nach Kriegsende mehr denn vorher sich breitmachende Schiebertum kann nur mit Erfolg bekämpft werden, wenn dem anständigen Kaufmann Gelegenheit zu freier Betätigung gegeben wird. Der aus der Not des Volkes geborene Drang zur Beschaffung wichtiger Lebensgüter, den zurzeit nur der Schleichhandel befriedigen kann, wird durch keine irgendwie gearteten behördlichen Maßnahmen dauernd eingeschränkt, geschweige denn unterdrückt werden können. Auch die erst am 27. November ergangene Verordnung über Sondergerichte gegen Preistreiberei und Schleichhandel mit ihrem tendenziösen Namen „Wuchergerichte“ kann hieran nichts ändern. Die Handelskammer hat gegen diese Verordnung, die, genau wie in der Kriegszeit, ohne Gehör der Beteiligten erlassen worden ist, nach ihrem Erlaß noch in entschiedener Weise Stellung genommen. Abgesehen davon, daß auch diese Verordnung wieder Schieber und Schleichhändler nicht fangen, dagegen den alteingesessenen Handel und die Industrie nur belästigen wird, muß die Handelskammer den von der Regierung eingeschlagenen Weg für äußerst bedenklich halten. Mit Standgerichten kann sie sich auf dem Gebiete wirtschaftlicher Vergehen erst recht nicht befreunden.

Die Teilnahme der Handelskammer an den verschiedenen Kundgebungen der Berufskreise, insbesondere auch des Deutschen Industrie- und Handelstages in dieser Beziehung, soll nicht näher dargestellt werden. Jedenfalls sind im allgemeinen die Gefahren, die von einer Ausdehnung der Zwangswirtschaft, besonders nach den Wisselschen Plänen, drohten, bis auf weiteres beseitigt. Der Abbau der Zwangswirtschaft hat begonnen. Die Bewirtschaftung der Sparmetalle, um ein Beispiel zu nennen, ist im wesentlichen beseitigt. Auf dem Gebiete der Textilwirtschaft sind allen fühlbare Erleichterungen geschaffen worden. Erinnert sei nur an die Aufhebung des Bezugsscheinzwanges.

Die Lederwirtschaft gehört jetzt wieder zu den Gebieten, auf denen sich der Kaufmann freier Betätigung erfreuen kann. Mit der nach langen Kämpfen in der Nationalversammlung erfolgten Aufhebung der einengenden Vorschriften ist auch hier der Bezugsschein und das Schuhschiedsgericht gefallen. Mit der Aufhebung der Lederzwangswirtschaft sind sicherlich Folgeerscheinungen verbunden gewesen, die an sich bedauerlich sein mögen. Es wäre aber verfehlt, daraus Schlüsse zugunsten der Planwirtschaft herleiten zu wollen. Die natürliche Gesundung des Handels wird im allgemeinen erst eintreten, wenn eine Annäherung der In- und Auslandspreise erreicht ist. Die Aufgabe der Regierung wird darin bestehen, die Ueberführung in diesen Zustand vorzubereiten, in einzelnen Gegenständen allerdings nur allmählich, um eine zu große

Erschütterung der inneren Verhältnisse zu vermeiden. Als die Zwangswirtschaft für Leder aufgehoben wurde, haben die Inlandspreise den Welthandelspreisen sich angepaßt. Die ganz außerordentlichen Preissteigerungen, die dadurch allerdings eingetreten sind, haben die Entwertung der deutschen Mark in den letzten vier Monaten des Jahres 1919 weit über das voraussehbare Maß beschleunigt. Das wiederum ist zum großen Teile die Folge davon, daß unsere Feinde nicht einsehen wollen, daß die Ausplünderung Deutschlands durch das berüchtigte Loch im Westen letzten Endes auch zu ihrem eigenen Schaden ausschlagen wird.

Eine der lästigsten, den gesamten Handel drückenden Fesseln der Kriegswirtschaft ist die Devisenordnung gewesen. Den Zweck, die deutsche Währung zu stützen, hat sie nicht erreicht. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung, die der ungehinderten Entwicklung persönlichen kaufmännischen Wagemutes im Gebiete des Außenhandels zuzuschreiben ist, war es nicht zu verwundern, wenn diese schwere Fessel, die zudem am meisten versagt hat, verstärkte Bekämpfung hervorrief. Daß es ein Unding ist, im internationalen kaufmännischen Verkehr auf die Entschließung einer Zentralstelle in Berlin — und selbst wenn sie immer telegraphisch erfolgen sollte — warten zu müssen, bedarf keiner Ausführungen. Die Devisenordnung ist denn auch durch Verordnung vom 23. Juli gefallen. Bezeichnend war es, daß diese Verordnung erst im Reichsgesetzblatt am 11. September 1919 erschien, ein Zeichen, wie schwer die Regierung zur Aufhebung der Verordnung sich entschloß.

Die Verordnung, die Kapitalserhöhungen von der Genehmigung durch die Behörde abhängig macht, besteht noch. Sie hat in großem Umfang der Handelskammer Gelegenheit zur Begutachtung zahlreicher Erhöhungsanträge gegeben.

4. Daß der Krieg in ungeheurem Maße von **finanziellen Wirkungen** begleitet sein muß, bedarf keiner Hervorhebung. Auf die Steuern, soweit sie als Folge des Krieges die Ansprüche des Reiches in der Friedenswirtschaft auf die Dauer sicherstellen sollen, wird später eingegangen werden; zunächst sollen hier nur die unmittelbar aus dem Kriege sich ergebenden, zur Abminderung der Kriegsschuld bestimmten Steuern erörtert werden. Die bereits zu Anfang 1918 veröffentlichten Entwürfe über die außerordentlichen Kriegsabgaben für das Rechnungsjahr 1919 und über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs sind erst am 10. September 1919 zum Gesetz geworden. Die Kammer hat sich eingehend mit ihnen befaßt, sie ist namentlich bei der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs dafür eingetreten, daß die Steuer entgegen weitergehenden Vorschlägen der Regierung im Höchstfalle auf 75% des Vermögenszuwachses beschränkt bleiben sollte.

Von ungeheurer Bedeutung ist das Reichsnotopfer. Geplant schon seit mehr als Jahresfrist, ist es erst kürzlich durch Gesetz zur Tat geworden. Die wirtschaftlichen Wirkungen, die derartige steuerliche, noch nicht dagewesene Eingriffe in das Betriebsvermögen der Unternehmungen nach sich ziehen werden, sind vorläufig nicht zu übersehen.

Ein Wort hier noch über die Bestrebungen der Regierung, die Kapitalsabwanderung nach dem Auslande zu verhindern. Sie gehört zu einer der unerfreulichsten Erscheinungen nach Abschluß des Krieges. Im Anschluß an die bereits im November 1918 ergangenen Bestimmungen, die in erster Linie wahrheitsgemäße Bezeichnung der Eigentümer bei der Errichtung von Depots im Inlande forderten, sind unterm 26. Juni 1919 ergänzende Bestimmungen und ist insbesondere unterm 8. September ein Gesetz gegen die Kapitalflucht ergangen. Sie zu bekämpfen, ist auch der Zweck der Verordnung vom 24. Oktober 1919, die die Auszahlung der Zinsen von Wertpapieren von der Hinterlegung der Papiere bei einer Bank oder ihrer Anzeige bei einem Besitzsteueramte abhängig macht. Der Kampf gegen die Kapitalsabwanderung erfordert leider noch immer die Aufrechterhaltung der Postzensur, wenn auch nur in beschränktem Umfange.

II.

Friedenserscheinungen.

Mit der Aufzählung der bisher genannten Uebergangserscheinungen mag es genügen. Wir wenden uns jetzt den Maßnahmen zu, die, durch den Krieg zwar hervorgerufen, in ihrer Wirkung aber unabhängig vom Kriege auf die Dauer berechnet sind.

A. Gefestigte politische Verhältnisse sind die Voraussetzung für die Entwicklung eines gesunden Wirtschaftslebens. Wenn auch die reine Politik ein Gebiet ist, in das die Handelskammern sich grundsätzlich nicht hineinmischen sollen, so hat die Kammer doch insoweit jedenfalls zu den politischen Fragen Stellung genommen, als sie von erheblicher Wichtigkeit und ausschlaggebender Bedeutung für das Wirtschaftsleben waren. Die Kammer hat deshalb bereits in den ersten Tagen des Januar 1919, zu einer Zeit, als noch der Bürgerkrieg in Berlin tobte, angesichts der für den 19. Januar angesetzten Wahlen zur Nationalversammlung in einem Uebersendungsschreiben an die Mitglieder der deutschen und der sächsischen Nationalversammlung ihre Ansicht zu den Grundfragen des Wiederaufbaues des Deutschen Reiches bekanntgegeben. Sie hat sich, da ein Einheitsstaat schon damals nicht erreichbar schien, für die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches als Bundesstaat, aber unter größerer Beachtung der wirtschaftlichen Gliederung, und für eine Einheitlichkeit insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrswesens, der Zölle, der Steuern und der sozialen und wirtschaftlichen Reformen ausgesprochen.

Erst am 11. August 1919 ist es zu einer neuen Verfassung des Deutschen Reiches gekommen. Die vorläufige Reichsgewalt war durch Gesetz vom 10. Februar, vier Tage nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung, nur provisorisch geregelt worden. Der partikularistische Einfluß der Einzelstaaten hierbei blieb nicht zu verkennen. Die Kammer hat sich in einer Gesamtsitzung zum Entwurfe der neuen Verfassung ausgesprochen und die Grundgedanken, die sie im Rundschreiben an die Mitglieder der Nationalversammlung nur kurz hatte andeuten können, des näheren ausgeführt. Sie sind ausgegangen von der Notwendigkeit einer kräftigen Stärkung der Reichsgewalt, haben die gleichmäßige Erhebung sämtlicher Zölle und Abgaben ausschließlich durch das

Reich mit Entschiedenheit gefordert und zu diesem Zwecke eine möglichst hohe, gleichmäßige Ausbildung der Zoll- und Steuerbeamten verlangt. Es ist betont worden, daß für die Volkswirtschaft die größten Gefahren bestünden, wenn auf dem Gebiete der Sozialisierung nicht einheitlich, sondern von kleineren politischen Verbänden willkürlich — hier so und dort anders — vorgegangen würde. Es ist Stellung genommen worden gegen den Reichsrat zugunsten des im preußischen Entwurfe vorgesehenen Staatenhauses in der Annahme, daß der Reichsrat der notwendigen Entwicklung zum Einheitsstaat hemmend in den Weg treten würde. Die Mißstände, die die Kammer aus eigener Erfahrung auf dem Gebiete des Verkehrswesens dauernd zu bekämpfen hat, haben ihr besondere Berechtigung gegeben, auf dem Gebiete des Verkehrswesens nun endlich auch eine einheitliche Verwaltung von Reichs wegen zu fordern.

Das Land Sachsen bildet, um mit den Worten eines Beschlusses der Volkskammer vom 28. Februar 1919 zu reden, innerhalb der deutschen Republik einen demokratisch-sozialistischen Freistaat im Rahmen des Deutschen Reiches. Seine Verfassung ist zunächst nur durch ein vorläufiges Grundgesetz vom 28. Februar 1919 geregelt.

Die politische Umwälzung mag durch den Abschluß einer neuen Verfassung im Reiche als im wesentlichen beendet gelten. Die Verfassung für Sachsen, soweit sie noch aussteht, wird in vielen wichtigen Punkten den zwingenden Vorschriften öffentlichen Rechtes, die die Reichsverfassung auch für die einzelnen Länder aufgestellt hat, folgen müssen. Auf dem Gebiete der Zusammensetzung der politischen Körperschaften ist das von Reichs wegen sichergestellte allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ein nicht mehr zu beseitigendes Erfordernis. Es in seinem richtigen Grundgedanken auch auf die öffentlich-rechtlichen Vertretungen in den einzelnen Gemeinden zur Geltung zu bringen und dabei doch deren Eigenart und Sonderverhältnisse mit zu berücksichtigen, wird eine besondere Aufgabe der Landesgesetzgebung bilden, an die sie zum Teil schon herangetreten ist und zu der auch die Kammer auf besonderes Ersuchen der sächsischen Regierung sich geäußert hat.

B. Weit schwerer als die verhältnismäßig einfachen Forderungen auf politischem Gebiete, die ein großer Teil des Volkes durch Umwandlung der Monarchie in die Republik und durch die Neugestaltung des öffentlichen Wahlrechtes als erfüllt ansieht, sind und müssen bei ihrer Tragweite und bei den unlösbar verschlungenen und ineinandergeschobenen wirtschaftlichen Verhältnissen die Kämpfe sein, die auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. Die Forderungen eigentlicher Sozialisierung sind im Anfang des Jahres jedenfalls noch etwas zurückgetreten. Die Revolution ist zum großen Teil ausgeartet in Lohnkämpfe gewöhnlicher Art.

1. Es ist demnach kein Zufall, wenn ein großer Teil der gesetzgeberischen Maßnahmen sich zunächst rein auf **sozial-politischem** Gebiete bewegt hat, nicht als ob durch gesetzgeberische Maßnahmen unmittelbar auf Lohn- und Gehaltsverhältnisse eingewirkt worden sei, aber mittelbar hat es sich jedenfalls um Angelegenheiten gehandelt, die mit Forderungen auf diesem Gebiete eng in Verbindung stehen. Die Festsetzung des Achtstundentages gehört zu den ersten Ergebnissen der Revolution auf diesem Gebiete. Die Befürchtungen, die wegen der Konkurrenzfähigkeit bei gekürzter Arbeitszeit dem Auslande gegenüber bei seiner Einführung gehegt wurden, treten heute nicht mehr so stark auf, da die Forderung des Achtstundentages und seine Einführung in den wichtigsten Ländern gleichfalls erfolgt und nicht etwa auf Deutschland beschränkt geblieben ist. Die ursprünglich recht rohen Bestimmungen sind, weil man einsah, daß der Theorie zuliebe der Achtstundentag sich jedenfalls nicht ohne Ausnahme überall durchführen läßt, verschiedentlich abgeändert worden.

Der ihn einführenden Verordnung vom 10. November 1918 über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter ist im März die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung gefolgt; damit ist der Achtstundentag auch im Handelsgewerbe, dem — wenigstens in unserem Bezirke — tatsächlich schon bestandenen Zustand entsprechend gesetzlich eingeführt worden. Im Zusammenhang damit hat eine Regelung der völligen Sonntagsruhe und ihrer in besonderen Fällen zugelassenen Ausnahmen stattgefunden. Mehrfach hatte die Handelskammer Stellung zu nehmen zu der Frage der Einführung des 6-Uhr-Ladenschlusses, dessen gesetzliche Einführung sie in allen Fällen im Einvernehmen mit den beteiligten Kreisen abgelehnt hat. In Verbindung mit der Vorschrift über den Achtstundentag haben Erhebungen stattgefunden über eine Aenderung der Pausen für jugendliche Arbeiter. Schließlich hat die Handelskammer sich gutachtlich zu äußern gehabt über die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf die Preisbildung. Angesichts der allenthalben verfügten Einschränkung der Arbeitszeit und der Notwendigkeit anderseits, die deutsche Wirtschaft, wenn überhaupt, so durch Arbeit in die Höhe zu bringen, hat sich die Kammer für Aufhebung der sächsischen Sonderfeiertage eingesetzt.

Die Frage der Regelung der Heimarbeit hat die Handelskammer mehrfach beschäftigt. Stets ist die Handelskammer dafür eingetreten, die Heimarbeit nach Möglichkeit in denjenigen Geschäftszweigen zu erhalten, wo nicht etwa ihre Einschränkung aus hygienischen Gründen angezeigt erscheint.

In diesem Zusammenhange ist hinzuweisen auf die außerordentliche Ausdehnung und Bedeutung, die die Tarifverträge gewonnen haben, die schon Ende 1918 in der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember geregelt worden sind.

Nach dieser Verordnung kann das Reichsarbeitsministerium Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises überwiegende Bedeutung in dem Tarifgebiet erlangt haben, für allgemein verbindlich erklären. Bevor die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ausgesprochen wird, pflegt das Reichsarbeitsministerium unmittelbar oder durch Vermittlung der Landesregierung die Handelskammern um gutachtliche Aussprache zu den Anträgen der beteiligten Vertragsparteien auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung solcher Tarifverträge zu ersuchen. Die Handelskammer hat bisher in ungefähr 30 Fällen sich zu derartigen Anträgen gutachtlich darüber äußern müssen, ob die zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung vorgeschlagenen Tarifverträge im Tarifgebiet überwiegende Bedeutung für die in Frage kommenden Berufskreise besäßen, so daß deren Bestimmungen auch vorbildlich sein könnten für diejenigen Kreise, die ihnen bisher, da sie den vertragschließenden Parteien nicht angehörten, noch nicht unterworfen waren. Mit nur ganz geringen

Ausnahmen hat sich die Handelskammer für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tarifverträge aussprechen können.

Die Tarifverträge haben neben dem allgemeinen Wunsche der Arbeitgeber, den in ihrer Macht gewachsenen Arbeiterorganisationen auch ihrerseits geschlossen gegenübertreten zu können, den Zusammenschluß der Arbeitgeber innerhalb der einzelnen Geschäftszweige und auch dieser untereinander erheblich gefördert. Hervorzuheben ist für den Leipziger Bezirk die Gründung des Zentralausschusses der Leipziger Arbeitgeberverbände. Von Allgemeininteresse ist die Bildung des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Ihm ist der Sächsische Handelskammertag als Mitglied beigetreten.

Je mehr sich die einzelnen Geschäftszweige zusammenschließen, um so mehr erscheint es für die Handelskammer wichtig, daß sie an ihrer Aufgabe, der Vertretung der Gesamtinteressen von Handel und Industrie ihres Bezirkes, festhält. Die Kammer hat daher stets die Wünsche auf fachliche Gliederung ihrer Ausschüsse abgelehnt, an sachlicher Gliederung festgehalten und auftauchenden Wünschen einzelner Geschäftszweige auf Sondervertretung durch Heranziehung besonderer Vertrauensleute Rechnung getragen.

Die mit der Demobilmachung eingetretene große Arbeitslosigkeit war die Ursache dafür, daß — allerdings ohne genügende Vorbereitung — die schon lange erörterte Erwerbslosenfürsorge eingerichtet wurde. Nach zahlreichen Abänderungen ist sie durch die Verordnung vom 16. April neu geregelt worden. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Unterstützung wirklich trotz aller Bemühungen erwerbsloser Personen kann nicht verkannt werden, daß die Erwerbslosenfürsorge in nicht unerheblichem Umfange mißbräuchlich in Anspruch genommen wurde und geradezu verhängnisvolle Folgen hatte. Die Mißstände sind nunmehr auch von der Reichsregierung anerkannt worden. Das Reich hat durch die Verordnung vom 27. Oktober einen mäßigenden Einfluß auf die von einzelnen Gemeinden dauernd beschlossene Erhöhung der Sätze dadurch geübt, daß es die Streichung der Reichsbeihilfen androhte und durch die Möglichkeit, die bewilligten Gelder auch als Zuschüsse zu Ausbildungskosten zu verwenden, die Erwerbslosenfürsorge etwas produktiver gestaltete. Ein Abbau der Erwerbslosenfürsorge, z. B. durch eine sie ersetzende Erwerbslosenversicherung ist von Regierungsseite als Programm aufgestellt worden. Seine Verwirklichung steht noch bevor.

2. Die Betrachtung der sozialen Maßnahmen, die bei der wirtschaftlichen Umwälzung getroffen worden sind, leitet über zu einer Erörterung der **Sozialisierungsbestrebungen,** den vieldeutigen Begriff der Sozialisierung verstanden als eine Ueberführung hierzu geeigneter Betriebe in die Gemeinwirtschaft. Die Erkenntnis, daß nicht durchweg in allen solchen Fällen die Staatswirtschaft als Mittel der Sozialisierung angesprochen werden muß, dürfte heute allgemein sein.

a) Als Unterbau der Sozialisierung ist zunächst gedacht worden an eine Sozialisierung der Einzelbetriebe.

Sie soll vorbereitet werden durch eine Organisation der Angestellten und Arbeiter im einzelnen Unternehmen. Den bereits Ende 1918 durch Verordnung vom 23. Dezember geschaffenen Angestellten- und Arbeiterausschüssen sind durch die Verordnung über Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 4. Januar 1919, mehrfach ergänzt und abgeändert, schließlich durch Verordnung vom 3. September 1919 zunächst nur gewisse Befugnisse namentlich hinsichtlich der Mitwirkung bei Entlassung eingeräumt worden. Bei der zunehmenden Radikalisierung der wirtschaftlichen Ansichten sind diese aber schon bald nicht mehr als genügend angesehen worden. Es begann der große Kampf um ein Gesetz über die sogenannten Betriebsräte. Besonders hervorgetreten ist der Gedanke etwa im Februar und März. Er war das allerdings erst spät aufgestellte Ziel des umfassenden, das wirtschaftliche Leben fast ertötenden Generalstreiks, von dem Mitteldeutschland, insbesondere Leipzig, in den letzten Tagen des Februar bis ziemlich Mitte März betroffen wurde. Um zu seiner Beendigung beizutragen, hat die Regierung damals den Entwurf eines Betriebsrätegesetzes analog ähnlichen Bestimmungen, wie sie in Sachsen z. B. schon vorher im Gebiete des sächsischen Braunkohlenbergbaues getroffen worden waren, zugesagt. Der ungemein einschneidenden Bedeutung, die es für das gesamte Wirtschaftsleben hat, einer Bedeutung, die kaum ein anderes Gesetz auf wirtschaftlichem Gebiete für sich in Anspruch nehmen kann, hat die Behandlung in der Kammer entsprochen. Mehrfach sind die zuständigen Ausschüsse mit ihm beschäftigt gewesen, ebenfalls die Gesamtsitzung. Es ist außerdem durch eine besondere gemeinsame Abordnung der Handelskammern eine Aussprache mit Mitgliedern des Reichstagsausschusses in Berlin herbeigeführt worden. Nicht das Verlangen, die alte uneingeschränkte Macht des Unternehmers im Betriebe aufrecht zu erhalten, hat den heftigen Widerspruch der betroffenen Kreise geweckt, sondern er ist entsprungen aus der Ueberzeugung, daß Handel und Industrie nur wieder emporblühen können, wenn die freie Entschließung des Unternehmers nicht gelähmt wird, dem es zwar nur erwünscht sein kann, zur Mitarbeit Angestellte und Arbeiter in weitgehendem Maße heranzuziehen, dessen Unternehmen aber zugrunde gehen muß, wenn ein vielköpfiger Ausschuß ohne die gleiche Verantwortung und Sachkenntnis des Unternehmers nicht nur gleichberechtigt neben diesen treten, sondern ihm womöglich noch übergeordnet werden soll.

Die Betriebsräte sollen nach dem Plane der Regierung den Unterbau des Reichswirtschaftsrats bilden. Die endgültige Ausgestaltung desselben wird sich verzögern, die Regierung setzte daher zunächst einen vorbereitenden Reichswirtschaftsrat ein. Zum Entwurf für diesen hat die Kammer nach mehrfacher Richtung hin Verbesserungswünsche vorzubringen für notwendig erachtet. Für Sachsen sei in dieser Beziehung noch hingewiesen auf die durch Verordnung vom 22. April errichtete Landesstelle für Gemeinwirtschaft.

b) Ueber diese nach Auffassung weiter Kreise nur vorbereitenden Maßnahmen der Sozialisierung ist man auf einzelnen Gebieten weit hinausgegangen. In erster Reihe ist der Kohlenbergbau zu nennen. Abgesehen von den ersten Verordnungen über Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau, Ernennung von Reichsbevollmächtigten usw. hat das Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März zusammen mit den Ausführungsbestimmungen vom 21. August die Planwirtschaft auf diesem wichtigsten aller Rohstoffgebiete durchgeführt. In ihren eigenen Ausschüssen und gelegentlich einer gemeinsamen Besprechung aller Handels-

kammern ist von der Handelskammer Leipzig zu den verschiedenen Entwürfen Stellung genommen worden. Die Regelung der Kaliwirtschaft, die den Leipziger Bezirk nicht stark berührt, sei hier nur ebenfalls als Beispiel einer sozialisierten Wirtschaft erwähnt. Die Kohlenbewirtschaftung ist nur eins der Gebiete, die in dem allgemeinen Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 als zur Gemeinwirtschaft geeignet bezeichnet worden sind. Das Gesetz, hervorgegangen aus einem Entwurf eines Reichsenergiegesetzes, hat in erster Linie an eine Bewirtschaftung der Energien gedacht und hier insbesondere schon zu umfangreichen Vorarbeiten auf dem Gebiete der Elektrizitätsbewirtschaftung geführt. Der Entwurf eines Reichselektrizitätsgesetzes, der eine Art Organisation der Selbstverwaltung über das ganze Deutsche Reich vorsah, in seinem Grundgedanken eine Abgrenzung der Bezirke nach wirtschaftlichen, nicht nach politischen Grenzen darstellend, ist von der Kammer begrüßt worden, ist aber nicht Gesetz geworden. Der zweite Entwurf, der die Ueberleitung der Starkstromerzeugung in das Eigentum des Reiches vorsieht, hat seine Erledigung ebenfalls noch nicht gefunden. Das gleiche gilt für den Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes, das die Kammer auch eingehend beschäftigt hat.

Zu erwähnen ist endlich ein erster Versuch der Regierung auf dem Gebiete der Bodenreform, einem Gebiete, auf dem sich schon längst gegen unbeschränkte private Betätigung Stimmen erhoben haben. Die Richtlinien, die für ein Reichsbodengesetz ausgearbeitet wurden, sind uns allerdings als nicht glücklich erschienen. Die Kammer hat zu ihnen in ausführlicher, weithin Interesse erweckender Weise sich ausgesprochen. Auch auf diesem Gebiete muß auf das historisch Gewordene Rücksicht genommen werden. Verordnungen und Bestrebungen mancherlei Art, wie sie auftauchten und Siedlungsland zu schaffen suchten, können begrüßt werden. Die Verordnung vom 15. Januar über Ausgestaltung des Erbbaurechts mag hier erwähnt werden.

3. Ein wichtiges Gebiet, das infolge der tief einschneidenden Gesetze, die nicht nur für vorübergehende Zeit, sondern für die Dauer in diesem Jahre erlassen worden sind, von ganz hervorragender Bedeutung geworden ist, ist das Gebiet der direkten und indirekten **Steuern.** Es ist begründet, gerade hierüber im Anschluß an die Sozialisierungsbestrebungen zu berichten, denn die Kammer hat den Standpunkt vertreten, daß die Durchführung berechtigter Sozialisierungswünsche sich durch eine entsprechende Verteilung der Steuerlast am leichtesten ermöglichen läßt. Um es bei den einzelnen Gesetzen nicht jeweils hervorzuheben, sei ganz allgemein betont, daß die Kammer hier nach eingehender Beratung in ihrem zuständigen Ausschusse sich meistens noch mit den übrigen Handelskammern in Verbindung gesetzt und daß sie auch nicht versäumt hat, im Steuerausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages an den Beratungen jeweils teilzunehmen. Die Handelskammer Leipzig hat die Genugtuung, daß ein von ihr jahrelang gehegter Wunsch endlich seine Erfüllung gefunden hat, ein Wunsch, dem sie, wie bereits hervorgehoben, in den ersten Tagen des Januar in ihrem Rundschreiben an die Mitglieder der zu wählenden Nationalversammlung und dem sie weiter in ihrer Aeußerung zur Reichsverfassung Ausdruck gegeben hat:

a) Die direkte Besteuerung, ursprünglich ein ängstlich gehütetes Sonderrecht der einzelnen Staaten, ist zur Sache des Reiches geworden. Die Reichseinkommensteuer soll gesetzlich festgelegt werden. Von gleich einschneidender, ja vielleicht noch von größerer Bedeutung ist es, daß auch die Einheitlichkeit in der Verwaltung und Erhebung der Steuern gewährleistet worden ist, dadurch, daß sie Sache des Reiches wurden. Die Reichsabgabenordnung enthält die gemeinsamen, für die Erhebung und Verwaltung und für das Rechtsmittelverfahren bisher schmerzlich vermißten Grundsätze. Ihr wichtigster Teil ist bereits mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 ab durch das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. September in Kraft getreten. Den Anteil der einzelnen Staaten und Gemeinden an der Einkommensteuer neben dem Reiche regelt das neue Steuergesetz. Als weiteres für die Dauer bestimmtes Steuergesetz wichtigster Art ist das Erbschaftssteuergesetz zu erwähnen, das nicht nur das Erbe, sondern den gesamten Nachlaß zur Besteuerung heranzieht und vor allem auch das Erbe der Ehegatten und Kinder steuerpflichtig macht. Das Reichsnotopfer im Zusammenhang mit der Kapitalertragssteuer mußte die Kammer als äußerst gefährlich für Handel und Industrie bezeichnen, die, in solche Fesseln geschlagen, sich kaum wieder aufrichten können.

b) Hinter dieser umfassenden neuen direkten Besteuerung stehen die neuen indirekten Steuern an Bedeutung etwas zurück, so wichtig sie auch im einzelnen sind. Zündwarensteuergesetz und Spielkartensteuergesetz vom 10. September, Grunderwerbsteuergesetz und Tabaksteuergesetz vom 12. September seien nur erwähnt. Der Entwurf eines Vergnügungssteuergesetzes ist zurückgezogen worden. Diese Steuer wird wohl den Gemeinden verbleiben. Ausführlicher Erwähnung bedarf die Umsatzsteuer. Sie ist erheblich ausgebaut worden. Die Beschäftigung mit ihr hat das ganze Jahr angehalten. Es waren insbesondere die Fragen der Befreiung einfacher Schmucksachen von der Luxussteuer, die Maßnahmen zur Erzielung einer guten Buchführung der Umsatzsteuerpflichtigen, die Aufhebung des Abwälzungsverbotes für die Umsatzsteuer, die Erhebung der Umsatzsteuer für die nach dem 31. Juli 1918 vereinnahmten Zahlungen aus Lieferungen von Kunstgegenständen, Antiquitäten vor dem 5. Mai 1918, die Befreiung der Ausfuhr von der Umsatzsteuer, kurz die Auslegung des Umsatzsteuergesetzes im einzelnen; auch verschiedene Gutachten über die Umsatzsteuerpflichtigkeit hat die Kammer erstattet.

Auf dem Gebiete des Steuerwesens hat sich die Kammer endlich noch eingehend mit der Frage der Verwendung von Kriegsanleihe bei der Zahlung von Reichssteuern befaßt. Auch der Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des Branntweinmonopols ist von der Kammer beraten worden. Endlich ist noch im Zusammenhang mit dem zu bildenden Braunkohlensyndikat die Frage der Besteuerung von Syndikaten von der Kammer behandelt worden.

4. Auf dem Gebiete des **Verkehrs** hat infolge der Unzulänglichkeit aller Verhältnisse die Kammer eine besondere Tätigkeit entfaltet.

a) Im Personenverkehr hat es gegolten, die Erschwernisse zu mildern, die dem Handel durch die Verkehrsbeschränkungen und den Reiseausweiszwang erwuchsen. Die Kammer hat sich dafür eingesetzt, die Bestimmungen der einzelnen Eisenbahnverwaltungen über die Zu-

lassung von Geschäftsreisenden jeder Art einheitlich zu gestalten. Ihr Vorschlag, die den geschäftlich reisenden Personen von ihr bestätigten Reisen als dringlich anzuerkennen, hat die Zustimmung der Eisenbahnbehörden ebenso gefunden wie ihre Anregung, die erholungsbedürftigen Angestellten und Arbeiter aus Handel und Industrie auf Grund kammerseitig ausgestellter Ausweise zu Erholungsreisen zuzulassen.

Für die Verbesserung des Fahrplans im Verkehr mit Leipzig hat sich die Kammer wiederholt verwandt und in engster Fühlungnahme mit dem Leipziger Verkehrsverein keine Mittel unversucht gelassen, der Stadt Leipzig im Reiseverkehr die Stelle zu sichern, die ihr als zweitgrößter Handelsstadt des Reichs zukommt. Sie hat schärfsten Protest erhoben gegen die Vernachlässigung Leipzigs anderen Städten gegenüber durch den preußischen Eisenbahnfahrplan, wie sie sich nach Aufhebung der elftägigen Personenzugssperre aus den ganz unzulänglichen Verbindungen Leipzigs mit Norddeutschland ergab, leider nicht immer mit Erfolg. Die Einrichtung von Reichskraftwagenlinien bei den zuständigen Stellen des Reichs ist befürwortet worden.

Der in Aussicht genommene Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich hat zu dem Antrag Veranlassung gegeben, bei der Neuorganisation der Reichsbahnen den Sitz einer Zentralbehörde nach Leipzig zu verlegen. Bei der Abgrenzung der künftigen Direktionen dürfen nach Auffassung der Kammer nicht die bundesstaatlichen Grenzen maßgebend sein, sondern ausschließlich wirtschaftliche Erwägungen. Der Reichsverkehrsminister hat in Aussicht gestellt, Verhandlungen mit den hiesigen zuständigen Stellen hierüber herbeizuführen.

b) Der Güterverkehr ist durch die wiederholt verhängten Verkehrssperren, den Wagenmangel, die Unzulänglichkeit der Güterbeförderungsmöglichkeiten, die Diebstahlsgefahr und die zahlreichen Beschädigungen stark beeinträchtigt gewesen.

Um die Wagengestellung für dringliche Güter zu beschleunigen, hat die Verkehrsabteilung nach Prüfung jedes Einzelfalles rund 5600 Dringlichkeitsbescheinigungen ausgestellt.

Zur Förderung des Ausfuhrverkehrs hat sie mit Erfolg eine bevorzugte Gestellung der erforderlichen Eisenbahnwagen nach jeweiliger Vorlage der Ausfuhrbewilligung des Reichskommissiars erreicht.

Die nach Abschluß des Waffenstillstandes und der Rückbeförderung der Streitkräfte noch monatelang anhaltenden Verkehrsunterbindungen mit den linksrheinischen Gebieten haben die Kammer veranlaßt, wiederholt die Deutsche Waffenstillstandskommission zum energischen Eingreifen zu ermahnen, sehr oft mit Erfolg. Da die Zulassung von Sendungen nach der britischen Zone zunächst von der Beibringung beglaubigter Inhaltserklärungen auf den Frachtbriefen abhängig gemacht wurde, hat sich die Verkehrsabteilung der Kammer dieser Aufgabe unterzogen.

Einer weiteren Erhöhung einzelner Gütertarife und der Aufhebung zahlreicher Ausnahmetarife hat die Kammer unter dem Zwange der Verhältnisse zugestimmt, auch konnte sie einen Kampf gegen die wiederholte ungeheure Verteuerung der Fahrpreise im Personenverkehr angesichts des kostspieligen Betriebs der deutschen Bahnen nicht aufnehmen.

c) Im Post- und Telegraphenwesen machten sich die Folgen der Umwälzung äußerst unangenehm bemerkbar. Die Klagen über die Mängel im Fernsprechverkehr haben die Kammer das ganze Jahr hindurch beschäftigt. Zahlreiche Anträge ihrer bezirkseingesessenen Firmen auf Einrichtung von Fernsprechanschlüssen sind unterstützt worden. Für die Nutzbarmachung der Funkentelegraphie und für die Erweiterung der beim hiesigen Telegraphenamte schon bestehenden Anlage dieser Art hat die Kammer die maßgebenden Reichsbehörden interessiert. Weiterverhandlungen hierüber sind im Gange. Nach Wiederaufnahme des funkentelegraphischen Verkehrs mit Amerika hat die Verkehrsabteilung, wie vor dem Kriegszustande mit diesem Weltteil, die Vermittlung der Weitergabe der Radiogramme eine Zeitlang übernommen.

Die Klagen über Verzögerungen in der Ueberweisung von Postscheckbeträgen haben die Kammer zu einer Eingabe an die Ober-Postdirektion veranlaßt. Zu dem Plane der Verlegung des Postscheckamtes zwecks Erweiterung des Betriebs hat die Kammer in der Richtung Stellung genommen, daß die Erweiterung dringend erwünscht, die Verlegung des Amtes aus dem Zentrum der Stadt aber unzweckmäßig sei.

Um die Wiedereröffnung der während des Krieges geschlossenen Postämter, um die Vermehrung der Bestellgänge und die Wiederzustellung der Postpakete an die Empfänger ist die Kammer mit Erfolg bemüht gewesen. In Gemeinschaft mit den übrigen sächsischen Kammern ist beim Reichspostministerium die Erhöhung der Entschädigung für abhanden gekommene Pakete beantragt worden. Die Vorschläge wegen Einführung des Einkilopakets hat die Kammer lebhaft unterstützt. Die beträchtliche Erhöhung der Post-, Telegramm- und Telephongebühren ab 1. Oktober mußte, so hinderlich sie auch für Handel und Industrie war, als ein unvermeidliches Übel ertragen werden.

d) Die Wasserstraßenpolitik, die schon in den Vorjahren von uns eingeschlagen wurde, ist im Berichtsjahre tatkräftig weiterverfolgt worden. Die umfangreichen Untersuchungen über die Linienführung des Mittellandkanals, an denen die Kammer mitgearbeitet hat, werden im Druck erscheinen und den beteiligten Stellen und maßgebenden Persönlichkeiten zugestellt werden, ebenso der als Sonderdruck veröffentlichte Abschnitt der Denkschrift über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Elster—Saale-Kanals für das preußisch-thüringisch-sächsische Einflußgebiet. Auch an dieser Stelle sei erwähnt, daß die Durchführung des südlichen Projekts des Mittellandkanals — in Verbindung mit dem Bau des Elster—Saale-Kanals — allein den Leipziger Wünschen auf Anschluß an den großen Wasserweg gerecht zu werden vermag.

e) Hinsichtlich des Luftverkehrs hat die Kammer die Freude erlebt, ihre Bemühungen während der Kriegszeit von Erfolg gekrönt zu sehen, nachdem die Deutsche Luftreederei inmitten des Jahres ihren Betrieb den Leipziger Wünschen entsprechend aufgenommen hatte.

5. So bedeutend auch alle diese Maßnahmen gewesen sind, so wichtig die Anbahnung geordneter Verhältnisse, das Wiederaufleben der Arbeitsfreude und die Konsolidierung der Finanzverhältnisse für das innere Deutschland an sich sind, in der Zukunft wird der Schwerpunkt der Entwicklung auf die Förderung der **Außenhandelsbeziehungen** gelegt werden müssen. Die Kriegszeit hat gezeigt, daß Deutschland sich selbst zu erhalten nicht in der Lage ist. Schon aus diesem Grunde, ganz abgesehen von den ungeheuren Verpflichtungen dem Auslande gegenüber, die der Friedensvertrag mit sich gebracht hat, muß auf die Entwicklung gesunder Außenhandelsverhältnisse der allergrößte Wert gelegt werden. Die Handelskammer hat es deshalb außerordentlich begrüßt, daß beim Auswärtigen Amt in Berlin eine Außenhandelsstelle ins Leben gerufen worden ist, die nach ihrer Meinung auch auf dem Gebiete des Auslandsdienstes umfassende erfolgversprechende Reformen bereits in die Wege geleitet hat und die vor allen Dingen darauf ausgeht, der Kaufmannschaft selbst gebührenden Einfluß einzuräumen. Eine ihrer ausgezeichneten Einrichtungen, den sogenannten „Eildienst", weiteren Kreisen bekanntzumachen, ist die Kammer dauernd bemüht.

Es ist mit Genugtuung zu verzeichnen, daß schon in den ersten Tagen, in denen die Postbeziehungen zu dem einen oder dem anderen bisher abgesperrten Lande wieder aufgenommen werden konnten, Anfragen aus der ganzen Welt, aus Südamerika, Nordafrika, auch aus den feindlichen Ländern, aus England und ganz besonders aus Italien, an die Kammer gelangt sind, aus denen der Wunsch nach deutschen Waren, der Wunsch auf Vertretungen deutscher Firmen mit Lebhaftigkeit hervorging. Die Befürchtungen, die infolge der innerpolitischen Verhältnisse in Beziehung auf unsere Wettbewerbsfähigkeit dem Auslande gegenüber sich breit machten, sind geschwunden; im Gegenteil hat die über jede Gebühr erfolgte Entwertung der deutschen Mark zu einer solchen Steigerung der Ausfuhr geführt, daß man die ernstesten Besorgnisse hegen muß, die deutschen Waren würden verschleudert, Deutschland werde ausverkauft, unseren Kaufleuten würden die Waren vom Ausland aus den Händen gerissen, weil sich für dieses durch den Stand der Währung die Einkaufspreise außerordentlich niedrig stellten; sie haben zum Teil heute leider noch nicht einsehen wollen, daß sie nicht nur in ihrem Interesse, sondern im Interesse der ganzen deutschen Volkswirtschaft viel höhere Preise vom Auslande hätten fordern müssen. Die Frage, wie dem abzuhelfen sei, hat allgemein die berufenen Kreise Deutschlands lebhaft beschäftigt. Die Kammer hat in eingehender Gesamtsitzung die verschiedenen Maßnahmen erwogen und sich schließlich insbesondere zugunsten der Selbsthilfe, die durch Einwirkung der Berufskreise auf ihre Angehörigen erfolgen soll, aber gegen die Einführung von Ausfuhrzöllen geäußert.

Die Erörterungen über Abbau der Aus- und Einfuhrverbote haben einen breiten Raum eingenommen in den Beratungen des zuständigen Ausschusses der Kammer und bei der Beschäftigung der Zollabteilung. Es hat beklagt werden müssen, daß zum Teil, infolge der ihr aufgedrungenen Geheimhaltungspflicht, weitere Kreise nicht in dem von der Handelskammer erwünschten Maße zur Mitarbeit haben herangezogen werden können. Die Neugestaltung der statistischen Warenausfuhr hat allgemeine Erhebungen veranlaßt.

Besonderen Umfang nahm die Behandlung der Unzuträglichkeiten an, die für den Warenverkehr mit der Tschecho-Slowakei aus dem allgemeinen Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote der Prager Regierung und aus den Umständlichkeiten ihres Bewilligungsverfahrens entstanden waren. Daneben ist über die Anbahnung einer allgemeineren handelspolitischen Verständigung mit der Tschecho-Slowakei beraten worden. Wegen der Schwierigkeiten und Verzögerungen bei den Ein- und Ausfuhrbewilligungen sind sowohl aus Anlaß einzelner Beschwerdefälle als auch in bezug auf das Verfahren wiederholt schriftliche Vorstellungen bei den zuständigen Stellen erhoben worden.

Endlich waren zwecks Mitteilung an den Deutschen Industrie- und Handelstag in Berlin die Wünsche von Handel und Industrie für die Neugestaltung unseres handelspolitischen Verhältnisses zu Schweden und zu der Schweiz zu erörtern. Die Kündigung der Handelsverträge mit diesen Staaten war die Veranlassung dazu.

Der Gedanke, den veränderten Währungsverhältnissen auf dem Zollgebiete durch Erhebung von Zuschlägen, durch Erhebung sogenannter Goldzölle, Rechnung zu tragen, hat an sich etwas Bestechendes; er ist aber undurchführbar und hat tatsächlich zu außerordentlichen, namentlich für unsere nordischen Seeplätze empfindbaren Härten geführt, als die Entente die Erhebung dieses Goldzuschlags an der Westgrenze nicht gestattete. Unter diesen Verhältnissen beantragte die Kammer bereits am 20. August die Aufhebung des Goldzuschlages, den sie sonst begrüßt haben würde. Die entsprechende Verordnung der Regierung ist erst Ende des Jahres ergangen.

Der Außenhandel findet seine gedrängteste Form auf der Leipziger Messe. Auf die glänzende Entwicklung, die die Leipziger Mustermessen genommen haben und die besonders in diesem Jahre sich gezeigt hat, einzugehen, ist hier nicht der Ort; es sei nur hervorgehoben, daß die Kräftigung der Leipziger Messe im Interesse ganz Deutschlands liegt und daß die Kammer die unheilvollen Zersplitterungsbestrebungen Deutschlands auch auf diesem Gebiete beklagt. Anläßlich der Herbstmustermesse hatte die Kammer die Ehre, Herrn Reichspräsidenten Ebert und Herrn Reichswehrminister Noske mit noch anderen Ministern des Reichs und des Freistaates Sachsen in ihren Räumen zu empfangen.

III.
Die einzelnen Abteilungen der Kammer.

An letzter Stelle soll noch einzelnen Sonderabteilungen der Kammer ein Wort gewidmet werden.

1. Die **Zollauskunftsstelle** wurde im Jahre 1919 ausgiebig in Anspruch genommen. Zu ihrer Zuständigkeit gehören Ein-, Aus- und Durchfuhrbeschränkungen. Die Zollverhältnisse des Auslandes, namentlich auch der neugegründeten Staaten, bieten viele Zweifelsfragen. Die Zahl der Auskünfte, über die Niederschriften zurückbehalten werden konnten — bei der großen Zahl ist die übliche Zurückbehaltung von Notizen über den Inhalt der Auskünfte nicht immer durchführbar —, hat 6249 betragen, gegen 4799 im Jahre 1913. Davon waren 528 schriftliche, 3218 mündliche, 2503 telephonische.

2. Der Umfang der Beschäftigung der **Verkehrsabteilung**, über deren Aufgaben bereits eingehend berichtet worden ist, ergibt sich aus folgenden Zahlen.

Es sind ausgestellt worden:

	16 800	Reiseausweise,
	2 500	Paßvermerke,
	5 600	Dringlichkeitsbescheinigungen,
	12 000	Frachtbriefbeglaubigungen,
	1 100	Bescheinigungen allgemeiner Art,
zus.	38 000	Bescheinigungen.

Außerdem sind in Eisenbahn- und Postangelegenheiten rd. 20 000 telephonische und mündliche Auskünfte erteilt, etwa 40 000 Personen persönlich abgefertigt worden.

3. Die bereits am 1. Juli 1917 eingerichtete **Abteilung für Auskunftswesen und Presse** hat ihre eigentliche Aufgabe, den Ausfuhrhandel durch Auskunft und Beratung zu fördern und ihm sonst die Wege zu ebnen, erst im Berichtsjahre richtig aufnehmen können. Dafür hat aber ihre Arbeit, namentlich seit dem Abschluß des Friedens, gleich so lebhaft eingesetzt, daß ihr ein weiterer Beamter zugewiesen und ein dritter im Haushaltplan vorgesehen werden mußte.

Den breitesten Raum hat die Erledigung der Anfragen eingenommen, die sich aus allen Ländern ergossen und sich auf die Nachweisungen entweder von Bezugsquellen oder von Vertretungen richteten. Die weitaus größte Anzahl der Anfragen kam aus Italien, in Abständen folgten dann die Vereinigten Staaten von Amerika, Spanien, Frankreich, verhältnismäßig spärlich kam England, im Gegensatz zu einigen seiner Kolonien und Schutzgebiete; ganz fehlten die eigentlich russischen Gebiete — begreiflicherweise! — und Australien. Die neutralen europäischen Länder sind bei dieser Aufzählung unberücksichtigt gelassen.

Die Abteilung hat den Standpunkt vertreten, daß diese Anfragen nach denkbar bestem Wissen und Können zu erledigen seien. Wenn auch das letzte Wort darüber, ob sie einen Agenten brauchen und annehmen können oder ob sie liefern können und wollen, den Firmen des Bezirks überlassen bleiben muß, so hat die Abteilung doch geglaubt, daß es nicht verabsäumt werden dürfte, den Firmen die reiche Möglichkeit zur Anknüpfung und Erneuerung geschäftlicher Beziehungen zum Auslande wenigstens näherzubringen und nutzbar zu machen.

Auch persönliche Besuche von Ausländern sind in großer Anzahl zu verzeichnen gewesen.

Es kann angenommen werden und es liegen Beweise dafür vor, daß diese Tätigkeit recht nutzbringend gewesen ist. Manche Leipziger Firma wird Kunden und Aufträge haben verbuchen können, ohne daß sie vielleicht weiß, daß sie das ihrer Handelskammer verdankt.

Auf der anderen Seite haben sehr erfreulicherweise auch recht viele Leipziger Firmen den Wert der Abteilung erkannt und sie reichlich und, wie wir ebenfalls wissen, nutzbringend mit den verschiedensten Anliegen in Anspruch genommen.

In dem Ausbau der Abteilung und in ihrer Ausstattung mit den erforderlichen Hilfsmitteln, darunter auch einer Kartei, wird zielbewußt, wenn auch schrittweise und vorsichtig, fortgefahren werden.

4. Nun einige Worte über die **Börse**. Für die Fondsbörse war das Berichtsjahr insofern von Bedeutung, als in diesem die amtlichen Notierungen wieder aufgenommen wurden. Der amtliche Börsenverkehr setzte nach dem Vorgehen der Berliner und Frankfurter Börsen am 15. September ein. Technisch unterscheidet er sich von dem Handel zu Friedenszeiten nur dadurch, daß für Dividendenpapiere und verschiedene festverzinsliche Werte sogenannte vorläufige Einheitskurse bereits während der Börsenzeit durch Ausrufen durch die Makler festgesetzt werden. Außerdem hatte der Börsenvorstand beschlossen, für einzelne bestimmte Papiere neben den Einheitskursen auch fortlaufende Kurse zu gestatten. Nebenbei entwickelte sich, dem Berliner Beispiel folgend, ein nichtamtlicher Freiverkehr, der schon vor der amtlichen Wiedereröffnung der Börse sich stark entfaltet und einen notwendigen Ersatz für den offiziellen Börsenhandel gebildet hatte. Das Börsengeschäft selbst nahm im allgemeinen einen sehr lebhaften Charakter an, sowohl was Aktien als auch was festverzinsliche Werte anlangt. Die Aktien wurden namentlich seit der Zeit des heftigen Valutaniedergangs vom Publikum bevorzugt, während es auf dem Anlagemarkt stark bewegt zuging, nachdem die Verordnung zur Hinterlegung oder Anmeldung der Wertpapiere behufs Einlösung der Zins- und Gewinnanteilscheine veröffentlicht war und der Umtausch eines Teiles der Kriegsanleihe in Prämienanleihe ermöglicht wurde. Wegen Ueberhäufung der Leipziger Bankgeschäfte mit Arbeit wurde die Börse auf deren Antrag für vereinzelte Tage geschlossen.

Der Zugang neuer Wertpapiere war, wie vorauszusehen, seit Wiedereröffnung der Börse ziemlich lebhaft, doch blieb er immerhin hinter den gehegten Erwartungen zurück. Es sind für insgesamt 348 510 000 ℳ neue Wertpapiere eingeführt worden.

Der Handel an der Produktenbörse hat aus den gleichen Gründen wie in den Kriegsjahren, nämlich wegen der allgemeinen Beschlagnahme des Getreides und der Futtermittel, auch im Berichtsjahre noch sehr daniedergelegen, bis sich eine Besserung durch Freigabe des Hafers einstellte. So erfreulich diese Maßnahme an sich war, so hatte sie doch nicht den gewünschten Erfolg einer Verbilligung der Ware, da viel Hafer unter Ausnutzung der Valuta in das Ausland, namentlich nach Frankreich verladen wurde, was rückwirkend wieder zu Gegenmaßnahmen der Regierung und der Kommunalverbände führte. Allein in Leipzig sind seit Freigabe des Hafers bis Ende Dezember 20 Schiedsgerichtsanträge, die sämtlich Streitigkeiten aus Haferlieferungen zum Gegenstande hatten, eingegangen.

Trotz Warenmangels konnte die Leipziger Garnbörse aufrecht erhalten werden; sie wurde in den üblichen Zwischenräumen abgehalten und war außerordentlich stark besucht; natürlich konnte die starke Nachfrage nach Garnen auch nicht annähernd befriedigt werden.

Die Warenbörse, deren Einrichtung nach dem Hamburger und Bremer Vorbilde jüngst von der Kammer beschlossen wurde, ist im alten Jahre noch nicht ins Leben getreten. Sie soll aber bald eröffnet werden und zunächst an ein oder zwei Tagen in der Woche regelmäßig

stattfinden. Es ist zu hoffen, daß sie sich glücklich entwickeln und zu einem besuchten und förderlichen Treffpunkte unserer tatkräftigen, ehrbaren Kaufmannschaft werden möge.

5. Die **Oeffentliche Handelslehranstalt** hat mit Beginn des 89. Schuljahres zu Ostern des Berichtsjahres eine wesentliche Erweiterung in ihrer Organisation erfahren, dadurch, daß der Höheren Abteilung (Handelsrealschule) eine 3. Mädchenklasse und eine 4. Knabenklasse angegliedert wurden. Beide weisen starken Besuch auf; die 4. Knabenklasse hat in zwei Parallelklassen zerlegt werden müssen.

Mit diesem Ausbau ist die Schülerzahl wieder gewachsen, zumal auch die Schüler- und Lehrlingsfachkurse in diesem Jahre stark besucht sind, und zwar ist sie gewachsen auf 1159 junge Leute gegenüber 1100 im vergangenen Jahre. Zum ersten Male sind wir gezwungen gewesen, eine dritte Parallelabteilung im Schülerfachkurs einzurichten, in der lediglich Kriegsteilnehmer vereinigt wurden.

Unter dem Kohlenmangel und dem Generalstreik hat die Schule in den ersten Monaten zu leiden gehabt, insbesondere gilt dies auch von den sehr stark besuchten Kriegsteilnehmerkursen, von denen drei Anfang Januar, ein anderer Anfang März eröffnet worden sind. Sie haben bis zum 15. Juli gedauert. Der geistige Gewinn hat nicht ganz den Hoffnungen bei der Eröffnung entsprochen. Es ist schwer und vielfach ganz unmöglich gewesen, einen großen Teil der Besucher zu einer wirklich selbständigen Mitarbeit heranzuholen.

Im ersten Vierteljahr des Schuljahres haben an der Schule Kurse für arbeitslose Angehörige des Handelsstandes bestanden.

Aus dem Lehrerkollegium ist Ende des Sommers Professor Reuter nach 27jähriger verdienstvoller Tätigkeit an der Schule in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger ist der Berliner Studienassessor Herr Paffen gewählt worden, in dem die Schule endlich auch wieder einen Lehrer für die russische Sprache gewonnen hat.

Auf ministerielle Anordnung wurde an der Schule ein Lehrerausschuß gewählt. Bei den Schülern ist der Wunsch nach einem Schülerausschuß hervorgetreten. Ein Elternausschuß ist, da er vom Ministerium bis jetzt nicht angeordnet wurde, an der Handelslehranstalt noch nicht ins Leben gerufen worden.

Leider hat die Schule sich mit einer größeren Zahl Disziplinarfällen zu beschäftigen gehabt. Mehreren Schülern aus den verschiedenen Abteilungen mußte wegen grober Vergehen gegen die Schulordnung der weitere Besuch der Schule untersagt werden. Eine erhebliche Anzahl Lehrlinge ist auch wegen Unredlichkeit von ihren Firmen entlassen worden. Ein trauriges Zeichen der Zeit!

Sehr erfreulich dagegen ist es, daß von den drei Schülern, die nach München zum Besuche des Deutschen Museums geschickt wurden, wieder zwei für ihre Reiseberichte ausgezeichnet werden konnten.

Die Reifeprüfung der Höheren Abteilung haben 43 Schüler und 1 Schülerin, außerdem 3 vom Ministerium Zugewiesene bestanden. Der Abschlußprüfung im Schülerfachkurs haben sich 23 Schüler und 7 Schülerinnen unterzogen.

Zur Begutachtung hat die Schule vom Ministerium Prüfungsakten über die Abschlußprüfung der Handelsschule des Gefangenenlagers Knockaloe (Insel Man) in England empfangen. Sie waren durch die Deutsche Gesandtschaft in Bern dem Herrn Reichskanzler übermittelt worden, der die Ueberweisung an die Oeffentliche Handelslehranstalt in Leipzig verfügte.

Die brennendste Frage für die allernächste Zeit ist: wer künftig Träger für die Schule sein soll? Wenn die finanziellen Verhältnisse dahin führen, daß die Schule von der Stadt oder besser noch vom Staat übernommen wird, dann muß sich die Handelskammer gebührenden Einfluß auch fernerhin wahren, damit die innere Freiheit in der Lehrplangestaltung und in der Anpassung an auftretende kaufmännische Bedürfnisse nicht leidet. Auf unsere Eingabe an die Stadt wegen der Ueberleitung der Schule auf Stadt oder Staat, falls keine kräftige geldliche Beihilfe gewährt werden sollte, ist leider noch keine Antwort eingegangen.

6. Die **Bibliothek der Handelskammer** konnte im Berichtsjahre die Räume beziehen, die ihr im Herbste 1918 zu ihrer Erweiterung überlassen worden waren. Dadurch ist ihr die Möglichkeit geworden, die Bücherbestände so aufzustellen, daß die den Einbänden geradezu schädlich gewordene Enge beseitigt wurde. Zugleich haben auch die Arbeitsräume eine notwendig gewesene Erweiterung erfahren. Ueberaus erfreulich ist es, daß die Benutzung der Bibliothek im Jahre 1919 ganz erheblich gestiegen ist, und daß namentlich der Kaufmannsstand sich immer reger hieran beteiligte. Wünschen, die aus seinen Kreisen laut wurden, entsprach die Kammer bereitwilligst, indem sie wieder wie in Friedensjahren auch in den Nachmittagsstunden die Bibliothek geöffnet hielt. Der Lesesaal wurde rund 21 200 mal besucht, gegen 10 556 mal im Jahre 1918, hierunter finden sich rund 1700 Besuche, die der im Lesesaal untergebrachten Patentschriften-Auslegestelle galten (1918: 749 Besuche). Aus den Magazinen wurden in 1886 Entleihungen (1918: 954), 4003 Werke (1918: 1905) in zusammen 4790 Bänden (1918: 2555) in die Wohnung der Benutzer verliehen. Im Lesesaale fanden 420 Entleihungen von 732 Werken in zusammen 1520 Bänden (gegen 1918: 661 Bänden) statt. Die großen Opfer, die die Kammer hierfür Jahr für Jahr bringt, wurden nicht vergeblich gebracht.

7. Ein Wort noch zum **inneren Geschäftsbetriebe** der Kammer. Die bisherige Berichterstattung hat gezeigt, daß die Kammer ein Jahr der Arbeit hinter sich hat, wie sie es selbst im Kriege kaum zu verzeichnen hatte. Eine außerordentliche Inanspruchnahme der Kammermitglieder wie auch sämtlicher Beamten und Angestellten hat sich hieraus ergeben.

Im Berichtsjahre sind abgehalten worden: 9 öffentliche und 7 nichtöffentliche Sitzungen. Außerdem haben 27 Verfassungs-, 4 Finanz-, 23 Gesetzgebungs- (I und II), 10 Börsen-, 18 Zoll- (I und II), 3 Bau-, 3 Meß-, 4 Kramerstiftungs-, 1 Kramerunterstützungs-, 13 Handelsschulvorstands-, 11 Verkehrsausschuß- (I und II) Sitzungen stattgefunden. In mehreren Sitzungen waren die einzelnen Ausschüsse vereinigt.

Die Zahl der Abgänge betrug 15 800 gegen 16 [illegible]00 im Vorjahre, wobei, wie immer, so auch diesmal, die Ein- und Ausgangsziffern möglichst niedrig gehalten und gleichartige Schriftstücke

unter einer Nummer zusammengefaßt wurden. Die Stückzahl überschreitet bei einzelnen Nummern öfters mehrere Hundert.

In erheblichem Umfange hat die Kammer wieder die Ausstellung der Zeugnisse für den Handelsverkehr in Anspruch genommen. Im Jahre 1914 waren es rund 5000, 1917: 31 330, während sich in diesem Jahre die Zahl wieder auf rund 30 000 beläuft.

Revisoren zur Prüfung des Gründungsherganges von Aktiengesellschaften hat die Handelskammer 1919 in 5 Fällen ernannt.

Ursprungszeugnisse, Fakturenauszüge, Beglaubigungen von Buchauszügen, Postvollmachten, Beglaubigungen von Unterschriften haben die Zahl von insgesamt 4022 erreicht, gegen 11 902 im Vorjahre.

Zollkreditauskünfte sind 55, Gutachten über Eintragung von Firmen 37 erstattet worden.

Für Reisen nach dem Auslande sind 755 Paßgesuche gegen 390 im Jahre 1918 beurteilt worden.

142 Ehrenurkunden gegen 196 im Vorjahre hat die Kammer an Jubilare der Arbeit verteilt.

An Unterstützungsgesuchen waren 78 gegen 72 im Vorjahre zu erledigen.

Diese erheblich weiter gestiegene Arbeitslast hat die Beamtenschaft der Kammer mit Pflichteifer und Hingebung erledigt, ohne daß bisher im wesentlichen eine Vermehrung derselben stattfinden mußte. Im nächsten Jahre wird dies allerdings dringend nötig sein. Die Besetzung der Kanzlei, Kasse, Bibliothek, Börse, Zollabteilung, Verkehrs- und Schreibmaschinenabteilung und der Hausverwaltung blieben der Zahl nach unverändert. In der Kanzlei sind insofern Veränderungen bei der Beamtenschaft eingetreten, als die weiblichen Arbeitskräfte, die die Posten der im Felde stehenden Beamten während des Krieges bekleidet haben, in anderen Abteilungen untergebracht wurden, so daß die langjährigen Beamten der Kanzlei sämtlich wieder ihre alten Posten einnehmen konnten. Die Kammer hat die Arbeit und Pflichttreue der Beamten und Angestellten freudig und dankbar anerkannt und in Befolgung des Vorbildes, das Staat und Stadt gegeben haben, ihnen außer der laufenden mehrfach Teuerungszulagen bewilligt, wofür die Beamtenschaft ihren Dank wiederholt zum Ausdruck brachte.

Der Personalbestand der Kammer am Schlusse des Jahres 1919 beläuft sich auf 72, darunter befinden sich 40 Damen und 32 Herren.

B. Allgemeiner Ueberblick über die Lage von Handel und Industrie.

Das Jahr 1919 zeigt die größten Gegensätze. In den ersten Monaten stand es noch völlig unter dem Zeichen des Umsturzes der Verhältnisse. Die Tätigkeit von Handel und Industrie war nach jeder Richtung gestört. An ruhige Arbeit war nicht zu denken. Die Schwierigkeiten mit den Arbeitnehmern schlossen jedes produktive Arbeiten aus. War schon die Arbeitszeit durch den wahllos eingeführten, den Bedürfnissen des einzelnen Geschäftszweiges oft nicht Rechnung tragenden Achtstundentag der Dauer nach verkürzt, so war die Einbuße, die aus der allgemeinen Arbeitsunlust entstand, die oft zu passiver Resistenz wurde, noch viel schlimmer. Streiks waren häufig. Am bedeutendsten war der Ende Februar ausgebrochene Generalstreik, der ziemlich 14 Tage dauerte und Leipzig infolge Stillegens der Gas- und Elektrizitätswerke, der Straßenbahn, der Eisenbahn und selbstverständlich sämtlicher Industrieunternehmen in einer früher nie für möglich gehaltenen Weise beeinträchtigte und beinahe von jedem Verkehr mit der Außenwelt abschloß. Dort, wo Arbeitswille noch vorhanden gewesen wäre, fehlte es an den nötigsten Rohstoffen, vor allen Dingen an den Kohlen. Die Arbeitsschwierigkeiten in den Bergwerken waren ungeheure. Sie gingen nicht immer zurück auf die Schuld der Bergarbeiter, sondern ergaben sich zum Teil daraus, daß jahrelang in den Bergwerken Raubbau getrieben war, daß ein gewisser Ausbau der Bergwerke einmal erfolgen mußte. Es fehlte allerdings infolge der Einführung des Achtstundentags, der seinerseits noch verkürzt und durch den Sechsstundentag ersetzt werden sollte, an den nötigen Arbeitskräften. Neue unterzubringen war schwer, einmal weil es sich hier um gelernte Arbeiter handelt und vor allem auch darum, weil den örtlichen Verhältnissen gemäß an eine Unterbringung neuer Arbeiter in Verhältnisse, auf die der deutsche Arbeiter Anspruch machen kann, nicht gedacht werden konnte. Zum Bauen fehlte es ja am Nötigsten. Wenn sich wirklich einmal die Produktion hob, dann fehlte es an den Verkehrsmöglichkeiten, Kohlen entsprechend abzufahren. Der Zustand der Lokomotiven, wie er durch die Kriegswirtschaft eingetreten war, war erschreckend. Reparaturen wurden nicht geleistet. Die Arbeit in den Eisenbahnwerkstätten war ihren dürftigen Ergebnissen nach eine der schlimmsten.

Waren schon die Schwierigkeiten im Innern, die hier nur ganz kurz geschildert werden können, erheblich genug, so wurden sie doch noch gefördert durch die außenpolitischen Verhältnisse. Der Entwurf des Friedensvertrages überstieg auch die schlimmsten Erwartungen. Die allgemeine Lähmung des Geschäftes trat ein. Selbst soweit mit dem Auslande, besonders nach Norden, Geschäftsverbindungen haben unterhalten werden können, wurden sie durch die Gewaltmaßnahmen der Entente, besonders durch die Ostseeblockade unterbunden. Die Ansichten darüber, ob ein derartiger Vertrag, der, wenn er seinen Buchstaben gemäß durchgeführt wird, den vollen Untergang der deutschen Volkswirtschaft bedeuten muß, unterschrieben werden soll oder nicht, waren geteilt. Wenn dem deutschen Volke unter dem Zwange der feindlichen Mächte keine andere Wahl als die der Unterschrift blieb, dann war die Ueberzeugung maßgebend, daß der Friedensvertrag in seinen Bestimmungen so unsinnig ist, daß er überhaupt nicht erfüllt werden kann, daß diese Bestimmungen auf eine namentlich seitens Amerika nicht für möglich gehaltene Unkenntnis der tatsächlichen politischen wie wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands zurückgehen muß und daß eine Revision unausbleiblich ist.

Der Friedensvertrag war ein neuer Anstoß zum Sinken der deutschen Währung, das namentlich vom August an in erschreckender Weise bis Ende des Jahres sich fortgesetzt und da den größten Tiefstand noch nicht erreicht hatte. Zu der Beurteilung der politischen Verhältnisse kam hierbei dazu, daß alle Maßnahmen des verarmten Deutschlands, das wirtschaftliche Leben der Armut seiner Bewohner entsprechend zu regeln, in unverständlicher, letzten Endes häufig Deutschlands Gläubiger selbst mit schädigender Weise von den Gegnern zunichte gemacht wurden. Durch das offene Loch im Westen wurde der Kanal, durch das das Ausland Deutschland mit Luxusgegenständen, die es hätte entbehren können — es seien in erster Linie Schokolade und Zigaretten genannt —, in einer das deutsche Volk geradezu ausplündernden Weise überschwemmte. Alle Versuche, die Grenze dicht zu machen, alle Versuche, die Zölle den veränderten Währungsverhältnissen entsprechend durch Goldzölle zu ersetzen, waren ziemlich bis zum Ende des Jahres ohne Erfolg.

Die Folge des katastrophalen Rückganges der deutschen Mark war eine ungeheure Preissteigerung im Inlande. Versuche, die Wirtschaft wieder in die alten Bahnen zu lenken und ihr die nötige Freiheit wieder zu geben, wie sie verheißungsvoll mit der Freigabe der Lederwirtschaft einsetzte, führten infolge dieser Währungsverhältnisse zu Ergebnissen, die die Lust zu weiteren Versuchen dieser Art unterdrückten, zumal sich auf dem Gebiete der Freigabe von Hafer ähnliche Verhältnisse entwickelten. Die Anhänger der Zwangswirtschaft gewannen neuen Boden. Sie übersahen, daß die eingetretenen Folgen, abgesehen davon, daß ohne Freigabe Beschäftigung der Industrie und eine Versorgung mit Schuhen überhaupt nicht erfolgt wäre, unglücklicherweise in einen Zeitpunkt fielen, in dem das Sinken der Mark in noch nie dagewesenem Tempo sich vollzog. Ferner übersahen sie, was beispielsweise den Hafer anlangt, daß genau wie umgekehrt mit Einführung der Zwangswirtschaft es beobachtet werden konnte, daß zusammenhängende Wirtschaftsgebiete nur einheitlich behandelt werden können, daß nicht der eine oder andere Gegenstand der Bewirtschaftung herausgegriffen werden kann. Die sich notwendig ergebende Anpassung an die Weltmarktpreise mußte unter diesen Umständen zu erschreckenden Zahlen führen. Es galt daher, diese Anpassung zum Teil zu verlangsamen, in der Hoffnung, daß bei einem Steigen der Mark ohne weitere Belastung des inländischen Verbrauchs der gewünschte Erfolg einträte.

So schädlich diese Entwicklung für die gesamte Volkswirtschaft war, so unerwartete Ergebnisse hat sie nach mancher Richtung doch gehabt. Es setzte ein Auslandsgeschäft ein, wie es bei Beginn des Jahres von niemand erwartet worden war. Der billige Stand der Mark gab starken Anreiz zum Einkauf in Deutschland. Infolge des mehrjährigen Fehlens aller Verbindungen mit dem Auslande, die, solange der Friedensvertrag nicht in Kraft war, auch nicht aufgenommen werden konnten, fehlte es an genügender Kenntnis der deutschen Industrie über die Weltmarktpreise. Das erleichterte den Einkauf des Auslandes weit unter den im Ausland gültigen Preisen. Versuche der Außenhandelskontrolle, wie sie — an sich unter Befolgung des richtigen Grundsatzes der Selbstverwaltung — durch Gründung der Außenhandelsstellen, Preisprüfungsstellen usw. gemacht wurden, kamen im allgemeinen zum großen Teile zu spät. Den Anreiz, den die deutsche Ware gab, bot auch das deutsche Grundstück, von denen zahlreiche in ausländischen Besitz übergingen, boten vor allen Dingen die deutschen Wertpapiere, die infolge der stürmischen Nachfrage des Auslandes eine unangemessene, in den deutschen Marktverhältnissen durch nichts gerechtfertigte, bei den fest verzinslichen Papieren oft geradezu unverständliche Kurshöhe erzielten.

Das Inlandsgeschäft hat sich unter diesen Umständen, zumal auch im Innern eine zunehmende Befestigung der Verhältnisse, eine Verbesserung insbesondere der Kohlenbeförderung, bei der allerdings Rückschläge nicht ausblieben, und eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse einsetzten, gut entwickelt. Die Arbeiterschwierigkeiten wurden geringer, es gelang zum Teil, sie durch die zahlreich abgeschlossenen Tarifverträge in etwas geordnetere Bahnen zu lenken, nur zum Teil allerdings, denn zahlreich sind die Fälle, in denen trotz aller Vereinbarungen Tarifverträge seitens der Arbeitnehmerschaft vor Ablauf ihrer Gültigkeit gebrochen wurden. Die stürmische Nachfrage des Auslandes brachte im Inlande zum Teil einen Warenmangel in Erscheinung, der den Käufer, der das dauernd den Wert verlierende Geld durch Ware ersetzen wollte, zum Teil in eine unerwünschte Abhängigkeit vom Verkäufer brachte. Es kann nicht verkannt werden, daß dem Verkäufer infolge der unübersehbaren Entwicklung der Preise und der deutschen Mark es oft unmöglich war, sich an einen Preis des näheren zu halten oder auf Lieferungsverpflichtungen innerhalb bestimmter Zeit sich einzulassen. Ebenso sehr muß aber betont werden, daß von der üblich gewordenen Klausel „freibleibend“ in einer über das Bedürfnis notwendigen Weise hinaus Gebrauch gemacht worden ist. Dabei wurden leider rechtliche Verpflichtungen recht wenig beachtet. Ja, selbst im Bewußtsein, gegen derartige Verpflichtungen zu verstoßen, sind dem Käufer Zumutungen gemacht worden, die nur dadurch möglich waren, daß sich eben der Verkäufer in einer Machtposition fühlte, wie sie bisher selten gewesen war. Dieser Standpunkt recht zahlreicher Kaufleute hat für den deutschen Außenhandel schwerwiegende Folgen gehabt. Die Klagen vom Auslande über das Schwinden der Vertragstreue des deutschen Kaufmannes sind aus der ganzen Welt gekommen, sie haben zum Teil zu sehr unerwünschten Abwehrmaßnahmen seitens des Auslandes geführt. Die Handelskammer hat, wo sie konnte, zu vermitteln gesucht und Ansprüche inländischer Firmen, soweit sie nach ihrer Ansicht über das berechtigte Maß hinausgingen, im Wege der Verhandlungen abzuändern versucht in der Annahme, daß der, oft allerdings übertriebene Ruf von der Vertragsuntreue des deutschen Kaufmanns, der gesamten Wirtschaft mehr zu schaden geeignet ist, als ein geringer Verdienst oder auch ein Verlust, den der einzelne im Einzelfalle erleidet. Dabei muß hervorgehoben werden, daß das Ausland im allgemeinen gegen eine Preissteigerung, die den tatsächlichen Verhältnissen entsprach, sich weniger gewendet hat, daß es aber vor allem sicher sein wollte, nicht um Lieferungen zu kommen, die ein späterer Besteller vielleicht nur darum, weil er bessere Preise bot, erhielt.

Die Handelskammer hat, von der gleichen Voraussetzung ausgehend, auch im Inlande, so oft sie Gelegenheit hatte, versucht, die Bedeutung der Klausel „freibleibend“ auf das ihr richtig erscheinende Maß zurückzuführen und sich dabei im allgemeinen dahin geäußert, daß ein Rücktritt vom Vertrage seitens des Verkäufers mit wesentlich veränderten Verhältnissen begründet werden muß und daß, falls nun Preise und Lieferungstermin auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden, auch dem Käufer unter solchen Umständen nach Treu und Glauben ein Rücktrittsrecht zugebilligt werden muß.

Daß die Zahlungsweise unter solchen Umständen im allgemeinen eine recht gute war, bedarf keiner Hervorhebung. Die Zahlungsbedingungen wurden zunehmend verschärft. Die Forderung der Vorauszahlung war nicht selten, namentlich dort, wo der Verkäufer zur Herstellung seiner Fabrikate auf Auslandslieferungen angewiesen war. Mit der endlich im September erfolgten Aufhebung der Devisenordnung, mit der der Aufschwung des Auslandsgeschäftes überhaupt erst möglich wurde, war er in der Lage, Rohstoff aus dem Auslande zu beziehen, ohne den bisher so lästigen, immer bekämpften, weil erfolglosen Beschränkungen unterworfen zu sein.

Die ständige Preissteigerung bot für alle Unternehmer eine außerordentliche Gefahr. Bei den stets höher werdenden Preisen gehörten zur Anschaffung gleicher Mengen immer höhere Geldmittel. Die noch bestehende Preistreiberei-Verordnung, die in ihren Grundzügen jeder gesunden Preiskalkulation widerspricht und die schon im Kriege eigentlich nur auf der Fiktion des Fehlens eines Marktpreises aufgebaut war, vergrößerte die Gefahr in erheblicher Weise. Wenn auch der Kaufmann seine Geldmittel wachsen sah, die Menge seiner Ware sah er von Fall zu Fall schwinden, und er mußte, wenn der Entwicklung nicht einmal ein Ziel gesetzt wurde, damit rechnen, daß der Umfang seines Geschäftes trotz nie dagewesener Zahlen der Warenmenge nach eigentlich immer kleiner wurde. Dies führte zu der Notwendigkeit beträchtlicher Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften, brachte aber den einzelnen Kaufmann, der dieses leichte Mittel der Kapitalbeschaffung nicht hat, in recht schwierige Lage, in zum Teil unerwünschte Abhängigkeit von den Banken und nötigte ihn oft, sein Einzelunternehmen in die Form der Aktiengesellschaft zwecks Beschaffung neuer Mittel umzuwandeln.

Eine Abänderung aller dieser Verhältnisse war bei Ende des Jahres noch nicht zu erwarten und nicht abzusehen.

Die Lage der Geschäftszweige im einzelnen ist aus folgendem ersichtlich.

C. Bericht über Gang und Lage der einzelnen Zweige des Handels und der Industrie.

I. Pflanzliche Rohprodukte und Fabrikate, insbesondere Nahrungs- und Genußmittel.

A. Landwirtschaftliche Rohprodukte.

Von den **Getreidearten** wurde Mitte August der Hafer der Ernte 1919 für den Handel freigegeben. Es wurde nur den Gemeinden eine kleine Zwangsumlage auferlegt, die dazu dienen sollte, den Bedarf der Reichswehr und die für die Herstellung von Nährmitteln benötigten Mengen sicherzustellen. Die Haferpreise setzten mit etwa 55 ℳ ein, senkten sich zunächst zwar auf etwa 45 ℳ, erhöhten sich aber von Mitte Oktober ab unter der Wirkung des verschärft gehandhabten Ausfuhrverbotes sprungweise auf mehr als das Doppelte.

Während die Beschlagnahme der wertvollen **Futtermittel** und die Untersagung des freien Handels hierin im Berichtjahr noch fortbestand, wurde die Zwangsbewirtschaftung für Heu, Stroh und die weniger wertvollen Ersatzfuttermittel im Sommer aufgehoben.

An **Düngemitteln** machte sich großer Mangel bemerkbar. Die während des Krieges sehr entwickelte Industrie der Luftstickstoffgewinnung konnte den Bedarf nicht genügend decken, da der Kohlenmangel zur teilweisen Einstellung der Betriebe führte. Die Preise für Stickstoff sind gegen die Friedenspreise um das drei- bis vierfache gestiegen.

Von den Kalibergwerken wurde im Laufe des Jahres infolge Kohlenmangels fast die Hälfte stillgelegt, so daß Ende des Jahres noch Aufträge vom Dezember 1918 der Ausführung harrten. Phosphorsäure war fast nicht zu haben, da der Bezug der Rohstoffe aus dem Auslande infolge der niedrigen Valuta unmöglich war, ihm zum Teil auch Ausfuhrverbote entgegenstanden und Thomasmehl aus dem Saargebiet von Frankreich beansprucht wurde.

Von **Sämereien** war nur der Handel mit Kümmelsaat möglich, welche im Laufe des Jahres erheblichen Preisschwankungen ausgesetzt war. Es wurde bezahlt:

im Februar	für holländische Saat	18	ℳ	per	Kilo
„ August	„ „ „	8	„	„	„
„ Dezember	„ „ „	13	„	„	„

Dagegen war deutsche Saat nach Einbringung der diesjährigen Ernte mit 3 ℳ per Kilo in guter Beschaffenheit käuflich und stieg allmählich mit zunehmender Kauflust und in Anpassung an die Preise für holländische Ware bis zu 12 ℳ per Kilo Ende des Jahres.

B. Landwirtschaftliche Fabrikate.

Der **Mühlenindustrie** waren noch die durch den Krieg geschaffenen Beschränkungen auferlegt. Sie ist in ihrer Beschäftigung abhängig von der Menge des zur Verfügung stehenden Rohmaterials. Da dieses seit dem zweiten Kriegsjahre immer geringer wurde, war auch die Beschäftigung im Berichtsjahre eine schwache; sie betrug durchschnittlich 40 % der Friedensleistung. Die wachsende Entwertung des Geldes machte eine Einfuhr, die in begrenztem Umfange im Mai 1919 einsetzte, schließlich unmöglich. Zum Mangel an Beschäftigung trug ferner die Herabsetzung der Mehlausbeute von 94 % auf 80 % beim Weizen und 82 % beim Roggen bei. Der Ausdrusch und die Ablieferung des Brotgetreides wurden neben der Verspätung der Ernte anfänglich durch die Freigabe des Handels mit Hafer und die Fortlassung der Frühdruschprämien gestört. Durch die für September nachträglich bewilligten Frühdruschprämien und die Haferausdruschverbote wurden verhängnisvolle Folgen abgewendet. Unter diesen Umständen gestalteten sich die Arbeitsverhältnisse sehr unregelmäßig; zeitweilige Beschäftigungslosigkeit wechselte mit oft kaum zu bewältigender Arbeitsüberhäufung infolge vermehrter Anlieferung unter der Wirkung der Prämien. Arbeiterentlassungen in der stillen Zeit konnten vermieden werden, in allen Fällen ist die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer restlos erfolgt. Die von der Regierung festgesetzten Mahllöhne wurden allgemein als ungenügend empfunden, da sie in vielen Fällen nur zur Deckung der Unkosten ausreichten.

In der **Spiritusindustrie** waren die sehr knappen Vorräte durch die Reichsbranntweinstelle scharf rationiert, sodaß bei dem bestehenden Spiritusmangel nur der notwendigste gewerbliche Bedarf der Spiritus verarbeitenden Industrie gedeckt werden konnte, während die Ablassung und Verarbeitung von Sprit zu Genußzwecken (Trinkbranntwein) — früher der wichtigste Verbrauchszweig — vollständig unterbunden war. Auch vergällter Branntwein (Brennspiritus), nach dem wegen Petroleummangels, der Schwierigkeiten der Gasversorgung usw. ungemein große Nachfrage bestand, war fast ganz dem freien Verkehr entzogen und konnte im wesentlichen nur Gewerbetreibenden in eng begrenztem Umfange und der minderbemittelten Bevölkerung, Kranken und zur Säuglingspflege

mit Hilfe einer durch die Kommunalverbände geschaffenen Verteilungsorganisation zur Verfügung gestellt werden. Bei dem völligen Stilliegen der Destillationsbranche ist das am 1. Oktober 1919 erfolgte Inkrafttreten des Reichsmonopols für Branntwein für die breitere Oeffentlichkeit fast unbemerkt vor sich gegangen. Der Verbrauch von Sprit zu Trink-, Parfümerie- und kosmetischen Zwecken, ferner der Verbrauch der Apotheken, Laboratorien und verwandter Gebiete werden durch das Monopol zur Beschaffung von Geldmitteln für das Reich herangezogen. Die Verbrauchsabgabe, die der Staat für den in Verkehr gegebenen Spiritus für sich in Anspruch nahm, betrug im Herbst 1918 800 *M* für 100 Liter reinen Alkohols. Die in dem jetzigen Begriff des regelmäßigen Verkaufspreises liegende Belastung, die der früheren Verbrauchsabgabe entspricht, beträgt nunmehr 2000 *M* für 100 Liter r. A. Die Preise für Sprit zur unvollständigen Vergällung (technische Zwecke), wie auch für vollständig vergällten Branntwein (Brennspiritus) haben nur verhältnismäßig geringe Erhöhungen erfahren und sind zum Teil sogar niedriger geworden. Die Monopolverwaltung erlaubt Privatunternehmern nur die Herstellung gesüßter Branntweine (Liköre). Da es zu solchen aber an Zucker und Branntwein fehlte, war dieser Geschäftszweig zu nahezu völligem Stillstand verurteilt.

Obwohl für die **Essigherstellung** seit dem Kriege vom Reiche nur eine verkürzte Menge Spiritus freigegeben wurde, hat man sich in Erzeuger- wie in Verbraucherkreisen mit den vorhandenen Mengen abgefunden. Der frühere Arbeitermangel wurde durch die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer behoben. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer war ein gutes. Im Eisenbahnwesen wurde über die Unsicherheit der Versandweise geklagt, da Essig nur in offenen Wagen verladen werden durfte, was den Diebstahl ungemein begünstigte. Als Zahlungsweise hat sich sofortige Barzahlung in Groß- und Kleinhandel mehr und mehr eingebürgert.

In der **Preßhefeindustrie** belief sich die Erzeugung infolge der großen Knappheit an Rohstoffen einerseits und an Kohlen andererseits auf nur 60% gegenüber dem letzten Friedensjahre. Die Fabriken waren auf eine geringe Menge Gerste und hauptsächlich auf Melasse angewiesen. Malzkeime waren nur in sehr geringen Mengen erhältlich, so daß man sich an Stelle dieser mit Nährsalzen, die einen ungenügenden Ersatz darstellten, behelfen mußte. Die Nachfrage nach Preßhefe war lebhaft, so daß die hergestellten Mengen den Bedarf nicht decken konnten. Die Preise wurden unter der Kontrolle des Reichsernährungsministeriums wiederholt erhöht. Der Verkaufspreis ab Fabrik stellte sich im Januar 1919 auf 0,95 *M* für das Pfund, mußte aber im März auf 1,03 *M*, im Mai auf 1,13 *M*, im Juli auf 1,31 *M* und im November auf 1,71 *M* gesteigert werden. Die Ausfuhr von Preßhefe war nicht möglich, weil die Fabrikation nicht über den notwendigsten Inlandsbedarf hinaus erhöht werden konnte. Die schlechten Verkehrsverhältnisse brachten es mit sich, das Sendungen, obwohl sie als Eilgut aufgegeben wurden, oft sehr lange unterwegs waren, so daß besonders in den Sommermonaten die Beschaffenheit des leichtverderblichen Artikels darunter stark zu leiden hatte und dadurch auch erhebliche Verluste nicht ausblieben.

Für die **Brauindustrie** war das Berichtsjahr infolge der Kontingentierung und ganz geringen Zuweisung von Gerste (10% des Friedensverbrauchs, von denen jedoch nur 5% geliefert wurden) und des unzulänglichen Höchstpreises für Bier ungünstig. Die allgemeine Teuerung, die minderwertige Qualität der Biere und sonstige Erschwernisse, wie die zunehmende Abstinenzbewegung, mangelnde Erwärmung und Beheizung der Gastwirtschaften, frühe Polizeistunde usw. bewirkten außerdem, daß sich die Absatzverhältnisse immer schwieriger gestalteten. Die Bevorzugung der bayrischen Brauereien in bezug auf Belieferung mit Gerste brachte für die Brauindustrie des Kammerbezirkes eine drückende Konkurrenz, da die bayrischen Firmen mit der ihnen zugewiesenen etwa dreifach so hohen Gerstenmenge nicht nur in der Lage waren, stärkere Biere herzustellen, sondern auch die außerbayrischen Städte mit ihren Erzeugnissen überschütteten. Durch die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer wurde ein weit über das Bedürfnis hinausgehendes Personal beschäftigt; die Zahlungs- und Kreditverhältnisse waren im allgemeinen günstig.

Nachfrage und Preise im **Weinhandel** waren während des Jahres 1919 so ungleichartig, wie nur möglich. Die Nachfrage, die noch im November 1918 äußerst rege war, ging unter dem Druck der Novemberereignisse schnell zurück. Im Januar 1919 unterblieben fast alle Abschlüsse. Infolgedessen trat eine scharfe Preissenkung ein, so daß zum Beispiel die 1918er Jungweine, die bei der Lese in der Mittelpfalz zirka 5—6000 *M* gekostet hatten, mit zirka 2000 bis 2500 *M* bezahlt wurden. Die Weine aller deutschen Produktionsgebiete folgten dieser Preisgestaltung in ähnlichem Verhältnis. Im April begann im hiesigen Bezirk eine starke Nachfrage, und gleichzeitig setzte in Westdeutschland eine Preissteigerung ein, wie sie vordem nie dagewesen war und die Ende des Jahres noch anhielt. Alle Vorräte von alten Weinen wurden wahllos gekauft. Die Preise der 1919er Weine setzten sehr hoch ein und erreichten im weiteren Herbstverlauf eine außerordentliche Höhe. Als Beispiel wird uns berichtet, daß die allerkleinsten Obermoseler und Oberhardter Weine in rohem Zustande, also mit Hefe, zirka 10 000 *M* per 1000 Liter gehandelt wurden und im Rheingau unter 20 000 *M* per Stück von 1200 Liter nichts zu haben war. An dieser Preisbewegung wird die Schuld besonders auch den Groß-Einkäufen von Ausländern beigemessen, die vor phantastischen Preisen nicht zurückschreckten. Was die Qualität anlangt, so wurde ein Jahrgang von nur mittlerer Güte geerntet. Einem späten Frühjahr folgten Ende Mai und während des Juni heiße hochsommerliche Tage. Dann begann im Juli eine kühle und regnerische Periode, die erst im September großer Hitze wich. Wenn auch die Sonnenwirkung im Herbste als wirksamer gilt, als solche im Frühsommer, konnte sich im Berichtsjahre durch die allzuspät einsetzende Hitze doch nicht das Fehlen an Sonnenwärme ausgleichen, das der Sommer hinterlassen hatte. Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer vollzog sich glatt. Gehälter und Löhne haben sich den heutigen Lebensverhältnissen ohne wesentliche Reibung angepaßt. Geklagt wurde über die Bestimmungen der Verordnung über Preistreiberei, die bei den großen Preisschwankungen als unmöglich empfunden wurden. Der Telegrammverkehr mit dem für den Einkauf allein in Betracht kommenden besetzten Gebieten war im ersten Halbjahr so unzureichend, daß dringende Telegramme bis zu 7 Tagen unterwegs waren, was bei der Marktlage oft große Verluste zur Folge hatte. Zahlungen wurden prompt und immer mehr bargeldlos geleistet.

Der **Tabakindustrie** waren von der deutschen Tabakhandelsgesellschaft, Bremen, im Juni 1918 die letzten Bestände an Rohmaterial zur Zigarrenherstellung überwiesen worden, mit denen die Fabriken ursprünglich bis Ende November 1918 zu reichen hatten. Eine später zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit und Streckung der vorhandenen Vorräte erlassene Verfügung beschränkte das Verarbeitungskontingent vom November 1918 ab auf nur 20% der Herstellung des Jahres 1915. Während auf diese Weise die Fabrikation bis Ende Februar des Berichtsjahres sichergestellt wurde, einzelne Betriebe, die die vorgeschriebene Einschränkung bereits früher hatten eintreten lassen, ihren Betrieb auch noch bis Mai und Juli in beschränktem Umfange ohne Arbeiterentlassung aufrecht erhalten konnten, waren Mitte des Jahres infolge vollständigen Rohstoffmangels die Mehrzahl der Fabriken zu einem mehrmonatigen gänzlichen Stillstand verurteilt. Die für den 1. September wieder zugelassene Fabrikation setzte nicht zu diesem Zeitpunkte ein, da von dem seitens der Kriegsgesellschaft in Holland gekauften Rohmaterial noch nicht genügend hereingekommen war und die Einfuhr seitens des Handels nur unter erschwerten Bedingungen gestattet wurde. Somit konnte eine ordnungsgemäße Fabrikation erst zirka 2 Monate später wieder aufgenommen werden. Das Kontingent für die größeren Fabrikanten wurde am 15. Oktober 1919 auf $33^1/_3$ % der Herstellung des Jahres 1913 festgesetzt. Nach dem Fall der Devisenordnung war es ferner auch jedem Händler und Fabrikanten, der bereits im Frieden von Holland direkt eingeführt hatte, gestattet, im Rahmen seines Kontingents von Holland unmittelbar holländische Kolonialtabake, wie Sumatra und Java, einzuführen. Die übrigen Tabaksorten, wie Brasil, Domingo, Carmen (Exoten) wurden von deutschen Importhändlern in genügendem Maße eingeführt und durch die Tabakhändler der Fabrikation zugewiesen, bis mit Ende Dezember 1919 von der Kriegsgesellschaft die direkte Einfuhr aus Holland für Händler und Fabrikanten wieder gesperrt wurde, weil nunmehr der größte Teil der durch die Kriegsgesellschaft im Anfang des Jahres abgeschlossenen Käufe erst zur Verteilung kommen mußte. Diese früher mit Genugtuung begrüßten Käufe stellten sich jetzt als ein erheblicher Schaden für die gesamte Tabakindustrie heraus. Der holländische Markt ist von Beginn der neuen Campagne von September 1919 bis Ende 1919 derart gesunken, daß z. B. Ende Dezember Decktabake zirka 50 %, Umblattabake zirka 100 % und Einlagetabake teilweise 200 % billiger zu erstehen waren, als die Tabake, die durch die von der Kriegsgesellschaft getätigten Käufe übernommen werden mußten. Die fortwährende Verschlechterung unserer Valuta und die am 1. April 1920 in Kraft tretende Banderolesteuer ließen Ende des Jahres den Ausblick für 1920 sehr betrübend erscheinen. Die von der Inlandsernte abgelieferten Mengen Tabak waren außerordentlich gering und hatten auf die allgemeine Preisgestaltung keinen Einfluß. Der schwerste Schaden, der der Tabakindustrie zugefügt wurde, war der Schleichhandel und der Schmuggel von fertigen Tabakwaren aus dem besetzten Gebiet, in dem für Rohtabak und Fertigfabrikate kein Goldaufschlag für Zollzahlungen erhoben wurde. Die Beraubungen während des Versandes gaben ebenfalls zu heftigen Klagen Anlaß. Die Zahlungsverhältnisse waren gute; es wurden in der Regel nur Kassageschäfte getätigt.

Der Geschäftsgang in der **Konservenindustrie** bewegte sich nach Einstellung der Heereslieferungen in ruhigeren Bahnen. Obst und Gemüse wurde nur in geringen Mengen geliefert, da der Bedarf der Verbraucher sehr groß war und im Schleichhandel höhere Preise angelegt werden konnten, als von der verarbeitenden Industrie, die sich an die Höchstpreise zu halten hatte, Gemüsekonserven allerdings zu Höchstpreisen frei handeln und Früchte zu Richtpreisen absetzen durfte. Die geringe Beschäftigung hatte zum Teil Arbeitslosigkeit zur Folge, doch wurden die Kriegsteilnehmer zum größten Teil wieder eingestellt. Löhne und Gehälter erfuhren im vergangenen Jahr eine Erhöhung um durchschnittlich 85 %. Als großer Nachteil wurde die im Anfang des Jahres erlassene Verordnung über die achtstündige Arbeitszeit empfunden, auf Grund derer die Arbeiterschaft trotz der Verderblichkeit der Ware die Ueberarbeit häufig verweigerte. Für die Zeit der Ernte wurde der Konservenindustrie später das Recht auf eine bestimmte Anzahl Ueberstunden eingeräumt. — Geklagt wurde über die unzureichenden Verkehrsverhältnisse.

C. Landesprodukte, Kolonial- und Materialwaren.

Der Großhandel in Landesprodukten war auch im Berichtsjahr in den hauptsächlichsten Artikeln noch der seit Bestehen der Zwangswirtschaft herrschenden Rationierung unterworfen, so daß seine freie Entwicklung nicht möglich war. Die Einfuhr von Lebensmitteln unterlag der Genehmigung des Reichskommissars in Berlin. Ueber die Schwierigkeiten, unter denen es in seltenen Fällen möglich war, Waren zu wirklich vorteilhaften Preisen einzuführen, wurden zahlreiche Beschwerden laut. Es führte schließlich dazu, daß sich der alte eingesessene Handel immer mehr vom Importgeschäft zurückzog und der Schleichhandel sich des Geschäfts in der Lebensmitteleinfuhr bemächtigte. Besonders tätig zeigte er sich im Sommer des Jahres bei der Einfuhr aus dem besetzten Gebiet. Ueber die Angestellten- und Arbeiterverhältnisse wird berichtet, daß Mangel an Beschäftigung nicht bestand, weil der Großhandel durch die Verteilung der rationierten Lebensmittel hinreichend Beschäftigung für sein Personal hatte. Auch die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer vollzog sich ohne Schwierigkeiten. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Angestellten war befriedigend. Seit April 1919 bestehen für den Leipziger Lebensmittelgroßhandel Gehaltstarife. Die Absatzverhältnisse im verflossenen Jahre waren für die wenigen Artikel, welche dem Großhandel zur Verfügung standen, sehr leichte, denn die Nachfrage überstieg fast immer das Angebot. In der ersten Hälfte des Jahres waren die Umsätze nur gering und beschränkten sich in der Hauptsache auf Zuteilungen von Reichsstellen, welche im Auftrage des Reichsverwertungsamtes aus Heeresbeständen noch zur Verfügung stehende Waren an den legitimen Großhandel abgaben. Die Beschlagnahme deutscher **Hülsenfrüchte** wurde mit Beginn der neuen Ernte freigegeben, und es entwickelte sich von August an ein lebhaftes Geschäft in E r b s e n. Die Anfangspreise betrugen 3 ℳ per Kilo und stiegen mit der zunehmenden Nachfrage und dem Fallen der deutschen Valuta in Anpassung an die damit sich ergebenden hohen Forderungen für ausländische Erbsen, deren Einfuhr gleichzeitig freigegeben worden war, bis Ende

des Jahres auf 8 ℳ per Kilo. Unangenehme Störungen in der Abwicklung schwebender Geschäfte und Verluste erlitt der Großhandel teilweise durch Beschlagnahmeverordnungen und Ausfuhrverbote einzelner thüringischer Freistaaten. Weiße Bohnen deutscher Herkunft wurden mit 8 ℳ per Kilo gehandelt, braune Pferdebohnen und Ackerbohnen setzten im Herbste mit 2,50 ℳ ein und stiegen bis Ende des Jahres auf etwa 4 ℳ. Zu Speisezwecken besteht dafür wenig Interesse. Von ausländischen Bohnen waren ostindische Rangoon-Bohnen im Oktober mit 4,50 ℳ per Kilo von England käuflich, durch den hohen Sterlingskurs stellten sie sich Ende des Jahres auf 6,50 bis 7 ℳ per Kilo. In Hülsenfruchtmehlen war Erbsen- und Bohnenmehl begehrt, aber in guter Beschaffenheit wenig angeboten. Preise für ersteres etwa 6 ℳ, für letzteres 3 ℳ per Kilo. Belgische Reisstärke, Marke Remy, wurde in größeren Mengen eingeführt, weil die deutschen Fabriken nicht zu liefern in der Lage waren. Die Preise bewegten sich im Frühjahr auf der enormen Höhe von etwa 60 bis 80 ℳ per Kilo, zu denen der Konsum den Artikel nicht aufnahm. Nach Unterzeichnung des Friedens im Juni begann ein regelmäßiger Import zu stark ermäßigten Preisen von 20 bis 30 ℳ per Kilo, welche als annehmbar erachtet wurden. Kurz vor Jahresschluß konnte das deutsche Reisstärke-Syndikat den beteiligten Großhändlern eine allerdings nur unbedeutende Zuweisung deutscher Reisstärke der beliebten Marke „Katze" zum Preise von 15 ℳ per Kilo machen, welche gern aufgenommen wurde. Geklagt wurde über die Reisedauer von 2 bis 3 Wochen bei Stückgut-Sendungen, das Abhandenkommen von Sendungen und die Beraubung von Waggons. Die Prüfung der Schaden-Rechnungen durch die Eisenbahnverwaltung erforderte in der Regel 3 bis 4 Monate, so daß dauernd erhebliche Beträge aus diesem Anlaß festgelegt waren. Die Zahlungen der Kundschaft erfolgten pünktlich ohne größere Inanspruchnahme von Kredit.

Kaffee konnte nur mit Bewilligung der in Hamburg unter Regierungsaufsicht stehenden Kaffee-Einfuhrgesellschaft nach bestimmten Vorschriften eingeführt werden. Die Einfuhr aus Holland war den Händlern im Binnenlande infolge der scharfen Bestimmungen fast unmöglich gemacht. Die Preise setzten Mitte des Jahres mit zirka 7 ℳ per ½ Kilo unversteuert ab Hamburg für mittlere Qualität ein und erhöhten sich langsam infolge zurückgehender Valuta auf zirka 15,50 ℳ per ½ Kilo am Schlusse des Jahres. Der Zoll auf Kaffee betrug zuerst 65 ₰ per ½ Kilo und stieg infolge Goldzollaufschlages bis auf 6,04 ℳ per ½ Kilo. Sehr erschwert wurde der reelle Handel durch den niedrigen Zollsatz von 30 ₰ per ½ Kilo bei Einfuhr über das besetzte Gebiet. Durch die Aufhebung des Goldzollaufschlages im Dezember entstanden den Groß- und Kleinhändlern bei den auf Lager befindlichen Partien große Verluste, da die beim Zollamt eingereichten Beschwerden kurzerhand zurückgewiesen und Rückzahlungen für die um 5,74 ℳ per ½ Kilo höher verzollten Partien abgelehnt wurden.

Von **Tee** konnten im Anfang des Jahres dem Handel nur die aus den Heeresbeständen zurückgebliebenen geringen Reste zugeführt werden, die durch die Teewirtschaftsstelle zum Preise von 13 ℳ für ½ Kilo an den Verbraucher abgegeben wurden. Die im Handel unter der Kontrolle der Teewirtschaftsstelle hereingekommenen ersten Einfuhrsendungen konnten noch zum einfachen Zollsatz verzollt und den Verbrauchern zum Preise von 15 ℳ das Pfund abgelassen werden. Infolge des dann laut Gesetz vom 21. Juli 1919 zu den Zöllen erhobenen Goldzuschlages schwankten die Preise für alle weiteren Zufuhren zum Teil nicht unerheblich. Der Zuschlag sowie das weitere Sinken der Valuta brachten den Preis für Tee bis zu etwa 25 ℳ das Pfund, ein Preis, bei dem der Verbrauch unter fernerer Berücksichtigung des bestehenden Zuckermangels eine erhebliche Einschränkung erfuhr. Die Erhebung des Goldzuschlages hatte zu großen Unzuträglichkeiten geführt und großen Schaden verursacht, weil die Gesetzgebung nicht verhindern konnte, daß über das besetzte Gebiet an der Westgrenze Tee auch weiterhin zum alten Zollsatz von 1 ℳ das Kilo ohne Goldaufschlag in das unbesetzte Deutschland eingeführt wurde, während auf in Hamburg oder Leipzig ordnungsgemäß verzollte Waren der neue Zollsatz von 2,20 ℳ das Kilo erhoben wurde mit einem Goldaufschlag bis zu 830 %, das ist ein bis um 19,46 ℳ höherer Zoll für ein Kilo Tee, als bei der Einfuhr über die offene Westgrenze.

Im Mai 1919 übernahm die Kakao-Wirtschaftsstelle die Regelung der Uebergangswirtschaft für **Kakao** und **Schokolade.** Die Einfuhr von Rohkakao wurde zunächst sehr erschwert durch die Bestimmungen der Reichsbank unter der Devisen-Ordnung, nach welchen für den Kauf von Rohkakao Auslandskredite von mindestens 6 Monaten zur Verfügung gestellt werden mußten. Vorübergehend, in der zweiten Hälfte des August, wurden Einfuhrbewilligungen infolge der ungünstigen Valuta-Verhältnisse überhaupt nicht erteilt, bis am 9. September 1919 die Einfuhr ganz freigegeben wurde und am 11. September mit der Aufhebung der Devisen-Ordnung vom 8. Februar 1917 auch die hemmenden Bestimmungen der Reichsbank in Wegfall kamen. Durch den Sturz der Markvaluta haben die Preise für das Rohmaterial ganz unerwartete Ziffern erreicht; es wurden Ende des Jahres für den Zentner Kakao 1100 bis 1400 ℳ gezahlt. Kakaobutter, die auch von der allgemeinen Preiserhöhung mit betroffen wurde, ist infolge ihrer vielseitigen Verwendbarkeit als Fett zum Backen und Braten ein sehr begehrter Haushaltartikel geworden. Die noch immer herrschende Warenknappheit und wohl auch die überlegene Qualität des inländischen Kakaopulvers sicherte diesem einen glatten Absatz, trotz höherer Preise gegenüber der über die billigere West-Zollgrenze eingeführten ausländischen Ware. Die Erleichterungen für die Herstellung von Schokolade lagen im Allgemeininteresse, denn solange keine deutsche Ware angeboten werden konnte, wurden zum Schaden der deutschen Valuta an der offenen Westgrenze Millionen für Kakao und Schokolade an das Ausland bezahlt und dafür minderwertige Erzeugnisse zu ganz ungerechtfertigt hohen Preisen ohne die Kontrolle der Wirtschaftsstelle eingeführt. Erst als deutsche Ware in größeren Mengen auf dem Markte erschien, gingen die Preise für diese geringwertigen Auslandsfabrikate zurück und die verbotene Einfuhr derselben wurde dadurch weniger lohnend. Der Zuckermangel bei der Schokoladeherstellung wurde durch die Freigabe einer beschränkten Menge Auslandszuckers teilweise behoben. — Für Pralinen war die Industrie noch auf das Kontingent deutschen Zuckers angewiesen, das Ende des Jahres 25 % des früheren Verbrauchs betrug. Außerdem fehlten für Pralinen-Erzeugnisse noch vielerlei Rohstoffe, die erforderlich sind, um die frühere Reichhaltigkeit der Füllungen der Sortimente wieder zu erreichen.

Reis konnte im vergangenen Jahre nur in verschwindend kleinen Mengen zur Einfuhr kommen. Sie wurde im September des Berichtsjahres von der Reichsregierung freigegeben, doch stellte sich sehr bald eine allgemeine Weltknappheit in diesem Artikel heraus, und Angebote in tatsächlich vorhandener, verschiffbarer Ware fehlten fast gänzlich. Bei abgeschlossenen Verkäufen in spanischem, Schweizer und italienischem Reis blieb es bei der Akkreditiv-Gestellung, während die Ware nicht geliefert wurde. Die Anfangspreise im Oktober für greifbare Ware in Hamburg stellten sich auf 9 ℳ per Kilo, gute Qualität amerikanischer Fancy-Reis. Der weiter sinkende Wert der deutschen Mark verursachte ein Anziehen des Preises bis Ende des Jahres auf 15 ℳ per Kilo. Der Absatz des Artikels war infolge des außerordentlich hohen Wertes gering, ein Rückgang des Preises aber mit Aufbesserung unserer Valuta zu erwarten.

Von **getrockneten Südfrüchten** waren Korinthen reichlich angeboten. Die Preise stiegen von 15 ℳ per Kilo im Herbst auf 20 ℳ per Kilo bis Ende des Jahres. Rosinen wurden im Laufe des Jahres mehrfach vom Reichsverwertungsamt aus Heeresbeständen zur Verteilung freigegeben. Der Preis stellte sich auf etwa 20 ℳ per Kilo. Vor dem Weihnachtsfeste war die Nachfrage besonders stürmisch, und die Preise für aus nordischen Staaten über Hamburg eingeführte Mengen stellten sich bis auf 30 ℳ per Kilo.

Von **Dörrobst** brachte die Reichsstelle für Gemüse und Obst in Berlin mehrere Male getrocknete bosnische Pflaumen zur Einfuhr und zum Angebot an die Großhändler, die schon vor dem Kriege diesen Artikel eingeführt hatten. Es bestand hierfür ebenfalls rege Nachfrage. Die Preise stellten sich auf etwa 9 ℳ per Kilo. In kalifornischem Trockenobst, ein für uns bedeutender Einfuhrartikel vor dem Kriege, blieben die Zufuhren unbedeutend. Die Vorräte sollen nach den von Amerika vorliegenden Berichten sehr gering sein, und die Preise stellten sich bei dem enormen Dollarkurs sehr hoch. Es wurden eingeführt kalifornische Pflaumen, Größe 50/60, zum Preise von 14 ℳ per Kilo, kalifornische Aprikosen Extra-Choice-Qualität zum Preise von 20 ℳ per Kilo.

II. Tierische Rohprodukte und Fabrikate.

Viehhandel: Der Handel mit Schlachtvieh lag während des Berichtsjahres in den Händen der Kommunalverbände. Händler wurden lediglich gegen Provision vom Viehhandelsverband beschäftigt. — Der Handel mit Zuchtvieh verlief unter den Beschränkungen auf Grund der bestehenden Verordnungen sehr gedrückt, zumeist war es ganz unmöglich, Vieh aus den Zuchtgebieten für den Freistaat Sachsen freizubekommen. Die Preise erhöhten sich nach und nach und erlangten am Schluß des Jahres die fünf- bis sechsfache Höhe der vor dem Kriege üblichen Preise.

Butter: Da die Zwangswirtschaft hierfür im Berichtsjahre beibehalten wurde, konnte sich der Großhandel nur mit der Verteilung der von der Reichsfettstelle zugewiesenen Mengen beschäftigen. Die Vorräte der Reichsfettstelle waren im ganzen Jahre sehr gering, obgleich es möglich gewesen wäre, sie unter Ausnutzung der billigen Auslandspreise im Sommer des Jahres zu ergänzen. Die Beschaffenheit der Butter wurde immer geringer, da die Zwangsbewirtschaftung keinerlei Ansprüche an Qualität mehr stellt. Nachdem die deutsche Butterablieferung infolge des Viehmangels sehr weit zurückgegangen ist und große Mengen Butter vom Schleichhandel aufgenommen wurden, ging die Reichsfettstelle mit nur geringen Mengen in das Jahr 1920.

Aehnlich lagen die Verhältnisse im Handel mit **Käse**. In der ersten Hälfte des Jahres war es den Reichsstellen möglich, von Zeit zu Zeit noch Auslandskäse zur Verteilung zu bringen, der trotz des hohen Preises seiner guten Qualität und der Abwechslung halber willige Abnehmer fand. Die Einfuhr wurde dann durch die Verschlechterung der deutschen Valuta gänzlich unterbunden.

Margarine war im Berichtsjahre nach wie vor rationiert. In den Monaten Oktober und November wurde die Herstellung infolge größerer Zuweisungen wesentlich gesteigert, ließ jedoch bei verminderter Anlieferung von Rohstoffen im Dezember wieder nach. Die Beschaffenheit der deutschen Fabrikate war leider infolge der schlechten Qualität der zur Verteilung kommenden Rohfette eine sehr minderwertige. Es machte sich vor allem der völlige Mangel an Milch bemerkbar. Die Auslandsmargarine war von bester Beschaffenheit und wurde der deutschen Ware gegenüber trotz des hohen Preises bevorzugt.

Der Handel mit **Eiern** unterlag bis Ende März 1919 noch der Zwangsbewirtschaftung. Vom April an wurde vom Reich die Bewirtschaftung für Inlandsware aufgehoben, doch war diese Freigabe nur eine bedingte, da eine ganze Anzahl Länder, und zwar die größten Produktionsländer, wie Bayern, Baden, Württemberg, Mecklenburg und die thüringischen Staaten die Ausfuhr von Eiern aus ihrem Gebiet verboten und weiterhin in Preußen die einzelnen Landräte in ihren Bezirken ganz verschiedene Bestimmungen für den Eierhandel erließen. Die Leipziger Händler bezogen Eier in der Hauptsache aus Pommern, Schlesien, der Provinz Sachsen und Hannover. Der Preis stellte sich anfangs im Kleinhandel auf 1 ℳ bis 1,20 ℳ, Ende des Jahres betrug der Höchstpreis etwa 1,60 ℳ. Die Auslandsware wurde weiterhin unter der Kontrolle des Reiches vom Syndikat des deutschen Eierhandels eingeführt und verteilt. Das einzige Land, aus dem Eier in erheblichem Umfange eingeführt werden konnten, war Dänemark. Mitte August jedoch mußte die Einfuhr aus diesem Lande eingestellt werden, da die Preise und der Kronenkurs zu sehr gestiegen waren. Der Einfuhr aus anderen Ländern standen teils die hohen Preise und Kurse der fremden Währung, teils Ausfuhrverbote entgegen. In der zweiten Hälfte des Jahres wurden durch die Eiereinfuhrgesellschaft m. b. H. größere Posten Eipräparate von England eingeführt, die aber bei der Bevölkerung nicht ganz den gewünschten Anklang fanden.

Fische und **Fischwaren** standen in der ersten Hälfte des Jahres noch unter der Zwangsbewirtschaftung. Am 1. August 1919 erfolgte die Freigabe der Fangergebnisse inländischer Fischereien, nach der sofort ein flotter Umsatz im freien Handel eintrat. Da die Fänge aber den Bedarf bei weitem nicht befriedigten und sich gleichzeitig eine starke, hauptsächlich durch Schieber verursachte Preistreiberei geltend machte, kam man schließlich wieder zu der Maßnahme, die eingebrachten

Fänge fortan schlüsselmäßig an die Großhandelsfirmen zu den regierungsseitig vorgeschriebenen Preisen zur Verteilung zu bringen. Wenn hierdurch auch ein großer Teil Frischfische und Räucherfische den Verbrauchern zu annehmbaren Preisen zugeführt werden konnten, so wurde doch nicht vermieden, daß im Schleichhandel wieder große Mengen zu wesentlich höheren Preisen vertrieben wurden. Alle Waren reichen nicht aus, den Bedarf voll zu decken; die Nachfrage blieb bis Ende des Jahres ohne Unterbrechung größer als das Angebot. — Die Bewirtschaftung von Auslandsfischen und Fischwaren wurde während des ganzen Jahres aufrecht erhalten. Die Einfuhr von Frischfischen, Räucherfischen und Fischkonserven hielt sich in sehr engen Grenzen; Salzheringe wurden häufiger zugeteilt. Die Preise hierfür stiegen von Fall zu Fall und erreichten gegen Ende des Jahres einen sehr hohen Stand.

III. Holz und Holzwaren-Industrie.

Im **Holzhandel** und der **Sägewerks-Industrie** war während der ersten Monate des Berichtsjahres infolge der durch die politischen Ereignisse hervorgerufenen Unsicherheit der Lage der Geschäftsgang ein ziemlich ruhiger. Bei der dann wieder einsetzenden Nachfrage stellte es sich heraus, daß die vorhandenen Mengen an Holz den Bedürfnissen nicht im entferntesten entsprachen, da sowohl durch die Abtrennung deutschen Gebietes mit großen Wäldern im Osten, als auch durch Ausfuhrbeschränkung bezw. Verbote der östlichen Staaten und durch den gänzlichen Ausfall der Einfuhr aus Rußland und Galizien eine außerordentliche Knappheit hervorgerufen wurde. Es wird berichtet, daß große Posten Hölzer, die in den früher deutsch-polnischen Gebieten gekauft und auch schon längst bezahlt waren, von der polnischen Regierung beschlagnahmt wurden und als verloren betrachtet werden mußten, nachdem sie in den Wäldern oder an den Bahnverladeplätzen teils gestohlen, teils durch langes Lagern wertlos geworden waren. Von der Tschecho-Slowakei wurden nur 20 % Rundholz zur Ausfuhr zugelassen. War die Knappheit auf der einen Seite aufs höchste gestiegen, so gelang es der Regierung infolge der offenen Grenze andererseits nicht, die Ausfuhr aus Deutschland zu verhindern; es wurden große Mengen Rundholz und Schnittmaterial zu Schleuderpreisen ins Ausland verschoben. Die Absatzverhältnisse waren unter diesen Umständen sehr günstige. Der Bedarf an trockenen Möbelhölzern war kaum zu decken. Die Preissteigerung für Holz hielt sich bis Oktober des Berichtsjahres unter Berücksichtigung des Achtstundentages und der allgemeinen Verteuerung der Produktionskosten in normalen Grenzen, wurde jedoch Ende des Jahres derart sprunghaft, daß z. B. Kiefernschnittmaterial, welches im Oktober 1919 noch zirka 250 bis 275 ℳ per cbm ab west- oder ostpreußischem Gebiet kostete, am Ende des Jahres einen Preisstand von zirka 800 ℳ per cbm erreichte. Dasselbe trat auch bei Fichte in Erscheinung. Die Preise betrugen bei den meisten Holzarten Ende des Jahres das 10- bis 15 fache der Friedenspreise. Was die Kohlenzufuhr anbelangt, so blieb sie auf 40 % der benötigten Menge beschränkt. Im allgemeinen hat sich die Holzindustrie aber durch Sägespäne und Abfallhölzer helfen können, wenn dies auch weiter preiserhöhend wirkte. Die Verkehrsverhältnisse waren ungemein schwierig. Die Auktionen konnten zum Teil der ungünstigen Post- und Personenbeförderung wegen nur schwer besucht werden, vor allem aber war die Wagengestellung infolge Mangels an geeigneten Waggons eine gänzlich unzureichende und die Beförderung des Materials infolge der weiten Frachtwege eine äußerst langsame. Verladungen wurden oft wochen- und monatelang verzögert, so daß z. B. größere Posten Hölzer in Weißbuche, Erle, Birke, Rotbuche usw. verdarben. Geklagt wurde ferner über Diebstähle von Holz während des langen Transports. Der Beschäftigungsgrad der Sägewerksindustrie war während des Jahres 1919 gut zu nennen, es wurde vielfach sogar in zwei Schichten zu 8 Stunden gearbeitet, so daß nicht nur alle früheren Angestellten und Arbeiter als Kriegsteilnehmer wieder eingestellt werden konnten, sondern auch die während des Krieges aushilfsweise eingestellten zum großen Teil weiter beschäftigt wurden und nur in ganz seltenen Fällen Entlassungen vorkamen. Das Verhältnis zur Arbeiterschaft war im allgemeinen zufriedenstellend, nachdem die Forderungen, die sich den tatsächlichen Verhältnissen anpaßten, bewilligt wurden. Die Akkordarbeit wurde noch nicht wieder eingeführt, doch konnte durch ein Prämiensystem ab Herbst 1919 die Arbeitsleistung merklich gehoben werden. — Während zu Beginn des Jahres der Einkauf von Roh- und Schnittmaterial noch gegen sofortige Kasse erfolgen konnte, haben sich die Zahlungsbedingungen im Laufe des Jahres so verschärft, daß kleinere und größere Abschlüsse nur gegen Vorausbezahlung oder größere Anzahlung zu tätigen waren. Die Aufbringung des Betriebskapitals wurde hierdurch und unter Berücksichtigung der teilweise künstlichen Preiserhöhung den weniger kapitalkräftigen Firmen ungemein erschwert. Bei den Abnehmerkreisen hat sich sofortige Barzahlung bei Uebernahme der Ware eingebürgert. Kredit wurde selten begehrt.

Die Geschäftslage in der **Möbelindustrie** gestaltete sich durchaus günstig, da nach Möbeln jeder Art eine sehr rege Nachfrage herrschte und der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden konnte. Eine geringe Zurückhaltung der Käufer machte sich lediglich nach der Revolution und nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages bemerkbar. Die Beschaffung der zur Gebrauchs- und Kunstmöbel-Fabrikation nötigen Rohstoffe stieß in der zweiten Hälfte des Jahres auf große Schwierigkeiten, insbesondere waren Gläser, Marmor, Schellack und Metallteile kaum noch zu beschaffen. Die Materialpreise stiegen auf das 10- bis 20 fache des Friedensstandes. Die Versorgung der Betriebe mit Leim durch die behördlichen Stellen versagte zu Zeiten vollständig. Auch über die schlechte Belieferung mit Kohle wurde Klage geführt. Für das Ausland gab der schlechte Stand der deutschen Valuta den Anreiz zu großen Käufen, die aber meist nicht bei der Fabrik, sondern zu deren Schaden durch Zwischenpersonen abgeschlossen wurden und deren Lieferung unkontrolliert über die offene Westgrenze erfolgte. Erst später wurden für die Ausfuhr von den Fachverbänden Richtlinien aufgestellt und die Preisüberwachung verschärft. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Angestellten konnte in der Sägewerksindustrie durchschnittlich als angenehm bezeichnet werden. Im Gegensatz hierzu war das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter hier kein erfreuliches. Fortwährende schroff und ohne Rücksicht auf den laufenden Tarifvertrag gestellte

Neuforderungen verbunden mit wilden Teilstreiks ließen das Gewerbe nicht zur Ruhe kommen und störten die glatte Abwicklung der Geschäfte. Auch am Jahresschlusse konnte von einer eingetretenen Besserung nicht gesprochen werden. Die Arbeitsleistung verminderte sich gegen die Friedensleistung um nahezu 50 %. Nach geschickten Arbeitern bestand lebhafte Nachfrage. Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer vollzog sich ohne Schwierigkeiten. Die mangelhafte Wagengestellung seitens der Bahn und die verschiedenen Verkehrssperren waren dem Versand außerordentlich hinderlich. Es wurde ferner über die schlechte Behandlung der Möbel während des Bahntransportes, sowie über Beraubung und Verlust von Sendungen geklagt. Man versuchte, hierin durch Versand in Möbelwagen statt als Stückgut Abhilfe zu schaffen. Die Zahlungsverhältnisse waren sowohl den Lieferanten als den Kunden gegenüber gute; Zahlungen erfolgten in der Regel bei Lieferung oder Rechnungserteilung. In einzelnen Fällen wurde alten Kunden noch 30 Tage Ziel gewährt, wie andererseits auch Anzahlungen vielfach üblich waren.

Bei den Firmen, die **Maßstäbe** und **Holzrahmen** herstellten, machten sich bei der Fabrikation die gleichen Mißstände wie in der Möbelbranche bemerkbar. Der Absatz von Maßstäben nach den skandinavischen Ländern und der Schweiz war trotz des erhobenen Valutaaufschlages ein lebhafter.

Die Lage der **Kistenindustrie** war im Berichtsjahre eine schlechte, da fast sämtliche Verbraucherbranchen für Kisten infolge Rohstoffknappheit, Kohlenmangels usw. ihre Betriebe bedeutend eingeschränkt und zum Teil stillgelegt hatten, so daß die Absatzverhältnisse sich sehr schwierig gestalteten. Erst in den letzten Wochen des Jahres war eine Belebung des Geschäftes festzustellen. Durch die Kriegsverhältnisse wurden eine große Anzahl kleinere und mittlere Kistenfabriken zur Schließung gezwungen, von denen nach dem Waffenstillstand nur einige wieder eröffnet wurden. Infolge des allgemeinen Holzmangels bereitete die Beschaffung der Kistenbretter den Herstellern große Sorge. Auch die Versorgung mit Nägeln erfolgte nur sehr schleppend. Die hohen Preise für diese Rohmaterialien zusammen mit den erhöhten Löhnen und sonstigen Herstellungskosten ließen die Preise für Kisten derart steigen, daß man soweit als möglich zu Ersatzmitteln griff. Zahlreiche Anfragen aus holzarmen Ländern nach großen Posten Kisten mußten unberücksichtigt bleiben. Da der Beschäftigungsgrad der Fabriken nur gering war, konnte die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer auf Grund der Demobilmachungsbestimmung von der Kistenindustrie nur schwer durchgeführt werden und kostete den Unternehmern große unproduktive Summen. Bei den Verkehrsverhältnissen gab vor allem der Wagenmangel Anlaß zu vielen Klagen. Es wurde vorwiegend gegen Kasse gehandelt, wenn auch in den letzten Monaten des Jahres wieder Ziel gefordert wurde und selbst Wechsel wieder zum Vorschein kamen.

IV. Industrie der Steine und Erden.

Im **Baugewerbe** war der Beschäftigungsgrad, da das Bauverbot weiter bestand, wegen des zunehmenden Baustoff- und Kohlenmangels sogar noch verschärft wurde, sehr gering. Die Bewirtschaftung der Baustoffe hat diese Sachlage nicht bessern können, da die Verteilung vielfach unzweckmäßig gehandhabt wurde und die festgesetzten Richtpreise nicht eingehalten wurden. Namentlich Zement war fast nur noch im Schleichhandel zu Phantasiepreisen zu erhalten, was natürlich die Bauten steigend verteuerte. Unter diesen Umständen mußte sich die Bautätigkeit auf die allerdringendsten und unaufschiebbarsten Instandhaltungsarbeiten beschränken. Der Wohnungsbau kam trotz der allgemein anerkannten Wohnungsnot und trotz der Gewährung von Baukostenteuerungs-Zuschüssen nicht recht in Gang. An Planungen von Siedlungsbauten, die übrigens nach Ansicht Sachverständiger in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes, wie der gegenwärtigen, als unwirtschaftlich anzusehen sind, hat es nicht gefehlt, aber nur wenige Bauvereinigungen haben sich zu Bauausführungen entschlossen. Auch der Rat der Stadt Leipzig kam während des Berichtsjahres über die Gründung eines Wohnungsbauamts nicht hinaus, und erst am Jahresschlusse wurde mit der Ausführung einer bescheidenen Anlage auf Mockauer Flur begonnen. Bauliche Unterhaltungsarbeiten an Wohngebäuden wurden weiter hinausgeschoben, vielfach leider ohne Rücksicht auf die Sicherheit und die damit eintretende Wertminderung der Gebäude, jedoch in der begreiflichen Erwägung, daß die Verteuerung der Unterhaltungskosten nicht durch Mieterhöhungen auch nur annähernd auszugleichen ist, weil die Mieteinigungsämter die Steigerung der Mieten gegenüber dem Friedenspreise im allgemeinen auf 10 % begrenzten. Nur auf dem Gebiete des Tiefbaues, der weniger Baumaterial erfordert, war die Beschäftigung besser. Bei dem allgemeinen Mangel an Beschäftigung wurde es von den Baugewerbetreibenden um so härter empfunden, daß auch im Berichtsjahre wieder namhafte industrielle Unternehmungen Bauten selbst größeren Umfanges in eigener Regie unter Ausschaltung des seßhaften Baugewerbes ausführen ließen. Der Achtstundentag hat das Leipziger Baugewerbe eigentlich nur durch den mitverordneten Lohnausgleich betroffen. Daß er die Arbeitsfreudigkeit gehoben hätte, kann ebensowenig behauptet werden, wie daß er auf die Arbeitsleistung einen ungünstigen Einfluß ausgeübt hätte. Zu einwandfreien Feststellungen nach dieser Richtung war die Beschäftigungslage während des vergangenen Jahres ungeeignet, denn gerade im Sommer, während dessen sonst die neunstündige Arbeitszeit galt, war wenig Arbeit, und in den Wintermonaten Januar—März, Oktober—Dezember, war, wie früher schon, die wegen der Licht- und Witterungsverhältnisse bis auf 7 Stunden verkürzte Arbeitszeit beizubehalten. Als sehr nachteilig hat nach Ansicht der Baugewerbetreibenden sich die Unbeständigkeit in der gesetzlichen Regelung der übrigen Arbeitsbedingungen durch die sog. Demobilmachungsverordnungen erwiesen, namentlich was Einstellungen und Entlassungen anlangt. Die Bestimmung über Arbeiterausschüsse ist für das Baugewerbe durch Reichstarifvertrag mit Zustimmung des Arbeitsministeriums durch das sog. Baudelegiertenwesen ersetzt worden. Abgesehen von Uebergriffen einzelner übereifriger „Baudelegierter" ist das Baugewerbe mit diesem Ersatz gut ausgekommen. Wegen Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer haben sich kaum wesentliche Schwierigkeiten ergeben. Der Arbeitgeber-Verband f. d. Baugewerbe hat mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer am 1. Januar 1919

einen gemeinsamen gleichberechtigten Arbeitsnachweis für das Baugewerbe eingerichtet und ihn als „Facharbeitsnachweis für das Baugewerbe“ dem städtischen Arbeitsamt angegliedert. Unzuträglichkeiten haben sich hierbei nicht ergeben. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen waren durch den im April abgeschlossenen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe mit Geltung bis 31. März 1920 geregelt. Zu den Tariflöhnen mußten aber auf Grund zentraler Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium Zulagen zugestanden werden von 25 ₰ für die Arbeitsstunde ab 28. August und weiteren 30 ₰ ab 12. Dezember, denen nochmals 30 ₰ ab 15. Januar 1920 folgen. Die letztere Vereinbarung ist nach fünfwöchigem Teilstreik der Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer getroffen worden mit dem Zusatz, daß für den Fall weiterer Verteuerung der rationierten Lebensmittel um mindestens 10 % gegenüber dem Stande vom 15. Januar 1920 auf Grund von Feststellungen des statistischen Amtes der Stadt Leipzig ab 1. März eine nochmalige Lohnerhöhung zu vereinbaren ist. Auch die Anstellungsbedingungen der Poliere, die der technischen und die der kaufmännischen Angestellten des Baugewerbes sind 1919 (erstmalig) auf der Grundlage von Reichstarifverträgen auch für Sachsen bezirklich geregelt worden, und zwar ausnahmslos im Wege friedlicher Verständigung. Die Verträge sind reibungslos durchgeführt worden. Die allgemeinen ungünstigen Begleiterscheinungen des Wagenmangels bei der Eisenbahn und die Verteuerung der Fracht haben natürlich auch auf das Baugewerbe nachteilig eingewirkt. Die Anregung, durch Ausbau des staatlichen Kraftwagenverkehrs dem Uebelstande abzuhelfen, also auch Zement, Ziegel, Kalk usw. von den Werken aus der näheren und weiteren Umgebung auf diesem Wege heranzufahren, ist nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Ueber den Zahlungsverkehr sind keine besonderen Klagen laut geworden. Die Borgwirtschaft ist unter den Einwirkungen des Krieges auch im Baugewerbe eingedämmt worden und hat den sonst üblichen Zahlungsgepflogenheiten Platz gemacht. Die Vorteile des bargeldlosen Zahlungsverkehrs werden auch von den Baugeschäften in stetig steigendem Maße wahrgenommen.

Die **Architekten** hatten, wie schon während der Kriegsjahre, unter dem Mangel an Beschäftigung besonders schwer zu leiden. Die Kleinwohnungs- und Siedelungsbauten, die zur Ausführung kamen, wurden meist ohne Mithilfe künstlerisch befähigter Architekten errichtet oder von den Gemeinden und deren Baubeamten geplant oder geleitet. Durch Herausgabe von Normen für Siedelungshäuser ist den Interessenten billiges Planmaterial an die Hand gegeben und damit eine Umgehung der Architekten gefördert worden. Die Prüfungsstellen der Behörden sind ohne Handhabe, das Spekulantentum fernzuhalten. Die Planungen lassen auch oft das künstlerische Moment vermissen.

Für den **Baumaterialienhandel** verlief das Berichtsjahr ebenso ungünstig wie für das Baugewerbe. Infolge der mangelnden Bautätigkeit war der Umsatz gering, während die Spesen stiegen. Zudem unterband die außerordentliche Kohlennot die Erzeugung aller wichtigeren Baustoffe. So mußten Mauersteine meist aus weiterer Entfernung herangeholt werden, die nähergelegenen Ziegeleien, besonders die kleineren, sind entweder stillgelegt oder gar abgebrochen, und die wenigen größeren konnten den Bedarf nicht decken. Aehnlich stand es mit der Fabrikation der Dachsteine. Besonders fühlbar machte sich der Mangel an Zement, der auf regelmäßigem Wege nur schwer, sonst nur zu außerordentlich hohen Preisen zu erhalten war. Die Preise für den bewirtschafteten Zement, die noch Mitte des Jahres 24 ℳ für 50 Kilo betragen hatten, beliefen sich am Ende des Jahres auf etwa das Doppelte. Aehnlich verhielt es sich mit Kalk. Infolge des Kohlenmangels wurde dieser so knapp, daß er in die Zwangswirtschaft einbezogen werden mußte. Das bestehende Sächsisch-Thüringische Kalk-Syndikat konnte mehrere Monate hindurch so gut wie gar nichts liefern. Es war nur möglich, für sehr hohe Preise aus Süd- und Westdeutschland Kalk heranzuführen. Man schritt sogar dazu, den Kalk aus den Gruben von Azetylenanlagen und Traßmörtel zu verwenden. Auch Sand und Kies stiegen mit den Arbeitslöhnen im Preise. Holz, das bis etwa Mitte des Jahres für Bauzwecke wie für Gerüstmaterialien einen noch annehmbaren Preis gehabt hatte, stieg im letzten Halbjahre außerordentlich, allein in den Monaten November und Dezember erhöhte sich der Preis für geschnittenes Bauholz von 160 auf 700 ℳ für 1 cbm. Inwieweit Verkäufe nach dem Auslande und die Verwendung der vorhandenen Holzvorräte als Brennmaterial hieran die Schuld tragen, steht dahin. Immerhin wirkte hemmend auf den Handel weniger die Preissteigerung der sämtlichen Baustoffe als die Schwierigkeit, überhaupt Material zu bekommen wegen der Bewirtschaftung der Baustoffe durch die Regierung. Der Verband der vereinigten Baumaterialienhändler Deutschlands hat daher im Oktober des Berichtsjahres eine Entschließung gefaßt, die sich für die vollständige und beschleunigte Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung ausspricht. Auch die ungünstigen Verkehrsverhältnisse — geringe Wagenstellung und wiederholte Einstellung des Güterverkehrs — erschwerten den Handel. Das Angebot von Arbeitskräften war genügend, das Verhältnis zur Arbeiterschaft gab zu Klagen keinen Anlaß. Die Löhne und Gehälter stiegen. Die Zahlungsverhältnisse waren gut. Der früher oft in erheblichen Beträgen den Abnehmern bewilligte Kredit hat sich sehr vermindert; kurze Zahlungsfristen haben sich eingebürgert. Der bargeldlose Zahlungsverkehr hat eine erhebliche Zunahme erfahren.

Unter der ungünstigen Lage des Baumarktes litt auch die **Beton- und Eisenbeton-Industrie.** Es lag zwar genug Bedarf vor, da die Firmen aber wegen der unsicheren politischen Lage sehr vorsichtig kalkulieren und an die abgegebenen Preise soviel Vorbehalte knüpfen mußten, kam es meist nicht zur Ausführung der geplanten Bauten. Um der im Anfang des Jahres herrschenden Arbeitslosigkeit zu steuern, wurden von den staatlichen und städtischen Behörden Notstandsarbeiten ausgeschrieben. Die hierbei vielfach abgegebenen niedrigen Angebote, die in gar keinem rechten Verhältnis zu den Unkosten standen, zeigten so recht den Mangel an Beschäftigung. Die Hauptschwierigkeit neben der geringen Bautätigkeit war für diesen Industriezweig der Mangel an Zement, der so weit ging, daß teilweise volkswirtschaftlich wichtige Aufträge nicht ausgeführt werden konnten. Auch die mit dem 1. Oktober wieder ins Leben gerufene behördliche Bewirtschaftung des Portlandzements konnte hierin keine Besserung bringen, weil an sich Produktionsmangel bestand und anderseits der für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellte Zement vielfach zu anderen Zwecken verwendet wurde. Der Zementmangel zwang dazu, aus dem Auslande Zement einzuführen, soweit

dies nicht durch Ausfuhrverbote, den ungünstigen Stand unserer Valuta oder durch Wagenknappheit unmöglich gemacht wurde. Der legitime Handel mit Baustoffen wurde zumeist ausgeschaltet, die Baustoffe konnten vielfach nur von wilden Zwischenhändlern gekauft werden. Dabei war es notwendig, die Ware im voraus zu bezahlen. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, wenn hier und da recht trübe Erfahrungen gemacht wurden. Soweit Bauten überhaupt zur Vergebung kamen, waren die dabei erzielten Preise nach Lage der Verhältnisse zwar hoch, trotzdem ergab sich aber kein Verdienst, weil die hohen Arbeitslöhne und Gehälter und die Minderleistungen der Arbeiter und deren Arbeitsunlust einen solchen ausschlossen. An sich war Arbeitermangel vorhanden, vor allem fehlte es an Facharbeitern. Diese Erscheinung gab im Zusammenhang mit den Teuerungsverhältnissen Veranlassung zu fortwährenden neuen Forderungen der Arbeiter und zu Ausständen der Zement-Facharbeiter, Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in verschiedenen Betrieben. Die erhöhten Löhne führten dazu, daß auch die Baustoffpreise sprunghaft in die Höhe gingen. Sie erreichten einen Stand, der das 20- bis 30fache des Friedenspreises überstieg, besonders Eisen und Zement. Besonders fühlbar machten sich bei der mangelhaften Beschäftigung auch die ungünstigen Verkehrsverhältnisse, die mangelhaften Zugverbindungen, die Stockungen des Personen- und Frachtverkehrs, die vielfach ernste Schwierigkeiten auf den Baustellen zeitigten und die Einhaltung der vereinbarten Ausführungstermine unmöglich machten, ferner die Mängel im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr, ganz abgesehen von der Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife.

Aehnlich wie in der Betonindustrie lagen die Verhältnisse der **Zementwarenfabriken** des Kammerbezirkes. Der Mangel an Kleinwohnungen und die überall geplanten Notstandsarbeiten ließen diese eine gute Beschäftigung erhoffen. Tatsächlich lag auch großer Bedarf an Zementwaren vor. Er konnte aber auch nicht annäherend befriedigt werden, weil der sich fortgesetzt steigernde Mangel an Zement und Eisen die Betriebe wiederholt wochenlang lahmlegte. Die Belieferung der Werke mit Betriebskohle genügte, allerdings sehr knapp, den Bedürfnissen, aber auch nur deshalb, weil zeitweise völliger Stillstand der Betriebe einige Ersparnisse an Kohle ermöglichte. Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten erfuhren im Laufe des Betriebsjahres wiederholt beträchtliche Erhöhungen. Dabei war es, weil die Steigerung der Löhne und Gehälter, aber auch die aller Materialpreise sprunghaft erfolgte, nur selten möglich, die Verkaufspreise damit in Einklang zu bringen, zumal vielfach durch plötzliches Ausbleiben der Rohstoffe die Fertigstellungsfristen sich über alles Erwarten verlängerten. In den Leistungen der Arbeiter zeigte sich vielfach ein nicht unbeträchtlicher Rückgang. Alle Versuche, die Leistungen zu steigern, scheiterten in der Regel am passiven Widerstand der Arbeitnehmer. Auch die versuchte Wiedereinführung des Akkordes wurde bisher in den meisten Betrieben vereitelt. Das persönliche Verhältnis der Unternehmer zu den Arbeitern und den Ausschüssen war im Berichtsjahre in der Hauptsache erträglich. Die Verkehrsverhältnisse gaben zu schweren Klagen Anlaß. Der Mangel an Güterwagen, die Schwierigkeiten mit dem Postverkehr, die sich zeitweise geltend machten, und die dauernden Erschwerungen des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs boten im Geschäftsverkehre oft kaum überwindbare Hindernisse. Die Zahlungen erfolgten im allgemeinen vereinbarungsgemäß; längere Kredite wurden nicht bewilligt. Der bargeldlose Verkehr bürgert sich immer mehr ein.

Die **Ziegelindustrie** hatte im Berichtsjahre wie schon während der ganzen Dauer des Krieges mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihr stehen zwar die Rohstoffe in unbegrenzter Menge zur Verfügung, es fehlte ihr aber an Kohle. Auch soweit den Betrieben Kohle geliefert wurde, war diese vielfach, weil den Empfängern kein Einfluß auf die Sortenwahl zusteht, für den Zweck ungeeignet, wodurch die Fabrikation nicht nur erschwert, sondern auch verteuert wurde. Der Umstand, daß die Ziegelei-Erzeugnisse nach wie vor beschlagnahmt sind und der behördlichen Freigabe unterliegen, führte zu Erschwerungen im Absatz; die Organisationen der Ziegelindustrie wirken daher auf Beseitigung der behördlichen Bewirtschaftung hin. Als Hindernis für die Ziegelindustrie, die als Saisonbetrieb auf die Ausnutzung der hellen Jahreszeit angewiesen ist, erwies sich fernerhin die Neueinführung der achtstündigen Arbeitszeit. Es wurde zwar zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer grundsätzlich eine längere Arbeitszeit für die Ziegelindustrie vereinbart. Diese Ausnahmebestimmung wurde jedoch von den Arbeitnehmern im Kammerbezirke fast durchweg abgelehnt. Dagegen ist die Akkordarbeit, die zunächst ganz abgelehnt worden war, im Laufe des Jahres mehr oder weniger wieder eingeführt worden. Was die Arbeiterverhältnisse anlangt, so war kein Mangel an Arbeitskräften vorhanden, schon deswegen nicht, weil die Ziegeleien verpflichtet waren, Arbeitslose einzustellen. Es wird jedoch über das Fehlen gelernter Arbeiter sehr geklagt; dadurch wurde die schon sehr verringerte Leistungsfähigkeit der Werke noch schwer beeinträchtigt. Neu war für die Ziegelindustrie auch die Einführung von Lohntarifen, die im Kammerbezirke jetzt durchgeführt ist. Arbeitseinstellungen kamen nur wenig vor und waren dann nur von kurzer Dauer. Ueber die Arbeitsausschüsse war im allgemeinen nicht zu klagen. Die Löhne sind stark gestiegen. Der Absatz der Erzeugnisse vollzog sich glatt, wäre aber noch besser gewesen, wenn nicht die behördliche Bewirtschaftung bestände, die den Absatz außerhalb des Bezirkes erschwert. Die außerordentlich gestiegenen Gestehungskosten hatten ein Anziehen der Preise zur Folge, das auch schon wegen der ganz geringen Produktionsmöglichkeit unumgänglich war. Die ungünstigen Verkehrsverhältnisse, namentlich der Wagenmangel, beeinträchtigten die Kohlenanfuhr und die Verfrachtung der Ziegeleierzeugnisse, besonders in der letzten Zeit außerordentlich. Die Zahlungsverhältnisse gaben zu Klagen keinen Anlaß; Kreditverkehr besteht gegenwärtig kaum noch. Wie ungünstig die Lage der Ziegelindustrie ist, ergibt sich am besten daraus, daß um Leipzig herum verschiedene Ziegeleien stillgelegt und abgebrochen worden sind oder abgebrochen werden sollen. Die betreffenden Werkbesitzer ziehen es vor, die augenblicklich vorteilhaften Abbruchsangebote anzunehmen, statt einer völlig unsicheren Zukunft entgegenzugehen.

Entsprechend der Lage des Baumarktes wäre das **Stuckgewerbe** im Berichtsjahre zu völliger Untätigkeit verurteilt gewesen, wenn nicht begüterte Privatleute vielfach größere Geldmittel zur Erneuerung ihrer Wohnräume angelegt hätten, wobei Stuckarbeiten mit in Frage kamen. Auch die zurzeit herrschende Freudigkeit weiter Kreise im Geldausgeben für öffentliche Vergnügungen war für die Besitzer der betreffenden Vergnügungsstätten vielfach bestimmend, diese zeitgemäß er-

neuern und dabei Stuckarbeiten mit ausführen zu lassen. Allerdings handelte es sich meist nur um mittlere und kleinere Aufträge, größere hätten auch bei dem Mangel aller in Frage kommenden Rohstoffe kaum ausgeführt werden können. So war Gips das ganze Jahr hindurch nur schwer, meist nur auf indirektem Wege und zum 10- bis 20 fachen Preise wie vor dem Kriege zu haben. Das gleiche gilt vom Rundeisen. Noch schlimmer war es mit Zement sowie mit Leim, Oel, Firnis, Schellack und deren Ersatzmitteln. Die vielfach schlechte Beschaffenheit dieser Rohstoffe erschwerte das Vervielfältigen plastischer Arbeiten sehr. Dazu kam die Kohlennot, die schon im Sommerhalbjahr, wo nur die Beheizung der Leimkessel in Frage kam, störend wirkte. Infolge des ruhigen Geschäftsganges war mit Ausnahme etwa von tüchtigen Modelleuren und Bildhauern kein Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Die Löhne mußten tarifmäßig nach und nach auf etwa das Dreifache der 1914 gezahlten erhöht werden. Die Zahlungs- und Kreditverhältnisse waren die jetzt allgemein üblichen, d. h. bei kleineren Aufträgen Bezahlung nach Fertigstellung, bei größeren Arbeiten Gewährung von Ratenzahlungen und sogar Vorschüssen. Die Rohstoffe waren dagegen nur gegen bar zu erhalten. Die Aussichten für die Zukunft werden zunächst ungünstig beurteilt, da die Bautätigkeit sich zunächst kaum heben wird und die vermögenden Kreise nach Inkrafttreten der neuen Steuergesetze weniger geneigt sein dürften, für die Erneuerung ihrer Wohnräume größere Summen aufzuwenden.

Gipsdielen gelten noch immer als eine der billigsten und vorteilhaftesten Baustoffe. Es herrschte daher im Berichtsjahre starke Nachfrage danach zum Bau für Notwohnungen, für Klein- und Siedelungsbauten. Die Fabriken hatten jedoch Not, dieser Nachfrage zu genügen, weil die Gipswerke wegen Kohlenmangels bei weitem nicht genug Gips erzeugen konnten. Die Preise für Gipsdielen stiegen den Verhältnissen entsprechend. Auch in diesem Industriezweige war mit sprunghaft in die Höhe gehenden Löhnen zu rechnen. Es bestand ein fortgesetzter Lohnkampf. Von der Aufhebung der Akkordarbeit befürchtet man schwere Nachteile. Die Zahlungen erfolgten meist glatt, zum größten Teil im Wege des bargeldlosen Verkehrs.

Großhandel mit Glas. Fensterglas: Kurz nach der Revolution des Jahres 1918 bemühten sich manche Fensterglas-Fabrikanten, die von der Umwälzung das Fallen der damaligen Tagespreise befürchteten, um den Verkauf ihrer Produktion. Die sehr bald auf allen Gebieten eintretende Verteuerung ließ jedoch einen richtigen Preisfall im Einkauf nicht zustande kommen. Unterangebote wurden von den Fabrikanten nicht gemacht; dazu wurde die Erzeugung durch die allgemeine Kohlenknappheit viel zu sehr beschränkt. Was besonders die sächsischen Hütten betrifft, die mit das beste Glas auf den deutschen Markt bringen, so litten sie unter dem Mangel an böhmischer Braunkohle, auf deren Verwendung ihre Fabrikation zugeschnitten ist. Mit am besten in der Produktion schnitten die sogenannten schlesischen (Lausitzer) Hütten ab. Im allgemeinen war Fensterglas, das vor dem Kriege in solchen Mengen auf den Markt kam, daß die Fabrikanten sich gegenseitig unterboten, außerordentlich knapp, so daß nicht nur an Ausfuhr nicht zu denken war, sondern im Gegenteile für Fensterglas wie für alle anderen Flachglasarten, also Roh-, Spiegel-, Draht- und Ornamentglas, ein Ausfuhrverbot erlassen werden mußte. Die beabsichtigte Wirkung dieses Verbotes ist jedoch bisher nicht eingetreten. Die Preise haben entsprechend der bedeutenden Kohlenverteuerung, der Preiserhöhung der Rohstoffe und der Lohnsteigerungen von Monat zu Monat beträchtlich angezogen, und die Warenknappheit ist geblieben. Für den letzteren Umstand war mitbestimmend, daß die größte Fensterglasfabrikanlage, die sich in Sulzbach bei Saarbrücken befindet, zu 80 % von den Franzosen beschlagnahmt worden ist, weiterhin, daß der Bezug aus der Tschecho-Slowakei, der im Sommer und Herbst des Berichtsjahres in ziemlichem Umfange möglich gewesen war, schließlich durch Kohlenknappheit und die Lieferungen für den Wiederaufbau des französischen Kriegsgebietes beeinträchtigt wurde. Die Preise waren in Böhmen etwa die gleichen wie in Deutschland, nur konnte man dort feste Käufe zu bestimmten Preisen tätigen, während die deutschen Hütten nur die Preise in Rechnung stellten, die am Tage der Lieferung bei ihnen galten. Von den belgischen Fensterglashütten haben nur wenige durch den Krieg gelitten; trotzdem vergingen Monate, ehe die Fabrikation dort wieder in Gang kam. Die Preise der belgischen Hütten hielten sich noch auf einem verhältnismäßig niedrigen Stande. Sie sind auf das 7- bis 8 fache gestiegen. In Deutschland mußte man dagegen Ende des Berichtsjahres den 20 fachen Preis anlegen. Dafür bekam man aber kaum Ware; bei dringendem Bedarf mußte man entweder wesentlich höhere Preise bezahlen oder warten, bis gelegentlich der eine oder andere Fabrikant eine kleine Menge zum Tagespreise abgab. Die Preissteigerung betrug von Anfang bis zum Ende des Berichtsjahres in Deutschland etwa 200 %. Die Nachfrage nach Fensterglas ist sehr lebhaft, es dürften aber Jahre vergehen, bis ihr die hergestellte Menge auch nur einigermaßen genügt. Weite Kreise der Fabrikanten und des Großhandels sind bemüht, mit Hilfe des Reichswirtschaftsamtes dem Schleichhandel beizukommen, die Bemühungen sind aber bisher vergeblich geblieben, da die Fensterglasfabriken nicht so zusammengeschlossen sind, daß ihnen von einer Stelle aus Vorschriften über den Verkaufspreis gemacht werden könnten.

Unbelegtes Spiegelglas: Die Ursachen, die auf dem Fensterglasmarkte zu so einschneidenden Maßnahmen führten und einen solchen Mangel an Ware zur Folge hatten, machten sich auch auf dem Spiegelglasmarkte geltend, nur daß hier bei den Hütten die Anforderungen an Kohle weit größer sind als bei den meist viel kleineren Fensterglashütten. Die Nachfrage seitens der Schleifereien und Belegereien war so groß, daß ihr nicht genügt werden konnte. Infolgedessen erreichten die Preise, insbesondere für die von den Möbelfabriken benutzten Spiegelglasscheiben, eine ganz außerordentliche Höhe. Der Bedarf an Möbelstücken mit Spiegeln ist nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande so groß, daß lange Zeit vergehen dürfte, bis er befriedigt werden kann. Hier macht sich der Ausfall der belgischen und französischen Erzeugung geltend. Die Güte dieser Ware hat bei der überaus großen Nachfrage erheblich gelitten, an eine Erhöhung der Erzeugung ist aber bei dem herrschenden Kohlen- und Sulfatmangel zunächst nicht zu denken, im Gegenteil rechnet man mit einem Rückgang der deutschen Produktion. Die Preissteigerung in der Zeit vom Anfang bis zum Ende des Berichtsjahres betrug etwa 160 %. Vom Schleichhandel ist Spiegelglas weniger betroffen worden als Fensterglas. Ein einziges Verkaufsinstitut konnte die Verkaufspreise regeln und das Eindringen fremder Elemente verhindern. Die böhmische Produktion von unbelegtem Spiegelglas ist nur gering und kommt für die Ausfuhr wenig in Betracht.

Gußglas: Die Herstellung von dünnem Rohglas und dünnem Drahtglas war derartig, daß bis Mitte des Berichtsjahres wenigstens einigermaßen der Nachfrage genügt werden konnte, bis im Laufe der Zeit auch bei diesen Artikeln eine mit einer Aufwärtsbewegung der Preise verbundene Steigerung des Bedarfs einsetzte, die die Vereinigung der Fabrikanten zwang, monatelang keine Aufträge in diesen Glasarten anzunehmen. Hier beeinflußte wohl ebenfalls der große Bedarf im Wiederaufbau-Gebiet Nordfrankreichs den deutschen Markt. Bestellungen im größten Umfange wurden für Frankreich nicht nur nach Deutschland gegeben, und zwar an die Hütten mit französischem Kapital, sondern auch nach Belgien und nach Böhmen. Die Preiserhöhung bewegt sich auch hier zwischen 160 und 180 %. Alle anderen Uebelstände, die bei Fensterglas und Spiegelglas schon eingehend geschildert worden sind, machten sich auch hier bemerkbar.

Im **Großhandel mit Glas-, Porzellan- und Steingutwaren** war die Nachfrage sowohl nach Stapel- wie nach Luxusware sehr lebhaft. Die Fabriken konnten die eingehenden Aufträge auch nicht entfernt bewältigen, da es ihnen an Kohle und an den erforderlichen Rohstoffen fehlte, teilweise auch Streiks die Lieferungen behinderten. Lieferzeiten von 1 bis 2 Jahren waren daher nichts Seltenes. Unter diesen Umständen waren die Lager des Großhandels vollkommen geräumt, und die spärlich eingehenden Waren waren im Handumdrehen wieder verkauft. Dementsprechend verfolgten die Preise eine ständig steigende Richtung. Die starke Nachfrage, zum Teile wohl auch die Abwanderung der Arbeiter in andere besser bezahlende Industriezweige, ferner der Umstand, daß die aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter an Uebung eingebüßt haben, und schließlich der Mangel an gewissen Rohstoffen hat zur Folge gehabt, daß die Qualität der gelieferten Ware geringer geworden war; erst im letzten Halbjahre wurde das Bestreben sichtbar, wieder Qualitätsware herzustellen, da die erzielten Preise den Fabriken gestatten, alles hierzu Erforderliche zu tun. Neben dem Inlande zeigte auch das Ausland, daß schon immer ein guter Abnehmer deutscher Glas- und Porzellanwaren gewesen ist, lebhafte Nachfrage; die Exportaufschläge haben dieser kaum Abbruch getan. Die Einfuhr oesterreichischer Glaswaren, besonders von Kristallglaswaren, wurde durch die Bestimmungen über die Einfuhrerlaubnis sehr erschwert; es hätten sich in diesen Artikeln namhafte Umsätze mit dem Auslande erzielen lassen, da große Aufträge vorlagen. Die langsame und unregelmäßige Bestellung der Briefe und Pakete wirkte sehr störend; wegen der zeitweise einsetzenden Bahnsperre wurden vielfach Aufträge zurückgezogen. Besonders lästig empfindet der Handel die mangelnde Vorsicht des Eisenbahnpersonals beim Rangieren der Wagen; dadurch entsteht viel Bruch, der sich bei der Warenknappheit und der Preishöhe doppelt fühlbar macht. Die Zahlungsverhältnisse werden allgemein günstig beurteilt, Kredit wurde sehr wenig in Anspruch genommen. Auch der ausländische Zahlungsverkehr war gut.

V. Kohlen.

1. Allgemeines. Das Jahr 1919 ist für die deutsche Brennstoffwirtschaft von ganz besonderer Bedeutung gewesen. — In ihm ist die Bewirtschaftung der Steinkohle, der Braunkohle, der Preßkohle und der aus Kohle hergestellten Koke (Brennstoffe) durch das Kohlenwirtschaftsgesetz vom 23. März 1919 geregelt worden. Danach leitet der Reichskohlenrat unter Oberaufsicht des Reiches mit dem aus den einzelnen Syndikaten gebildeten Reichskohlenverband die Brennstoffwirtschaft.

Die während des Krieges eingeführte und vom Reichskohlenkommissar ausgeübte Zwangswirtschaft der Brennstoffe konnte infolge der großen Brennstoffknappheit im Jahre 1919 noch nicht abgebaut werden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit, das Nachlassen der Leistungen, umfangreiche Streiks, Abgabe von Eisenbahnbetriebsmitteln an die Entente, ungenügendes Schaffen in den Eisenbahnwerkstätten, ferner die gewaltigen Zwangslieferungen von Kohlen an die Entente haben die Brennstoffwirtschaft im Jahre 1919 sehr ungünstig beeinflußt. Ueber den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, seinen Großhandel und seine Werke, auf die Leipzigs Handel und Industrie in der Hauptsache angewiesen sind, ist im einzelnen folgendes zu berichten:

2. Großhandel. Der Großhandel der mitteldeutschen Braunkohlenbergwerkserzeugnisse war durch die Zwangswirtschaft begreiflicherweise sehr eingeengt. Es wurde von ihm allerdings nicht verkannt, daß die Kohle infolge der geringen Erzeugung und des großen Verbrauches noch zwangsweise bewirtschaftet werden mußte.

Geklagt wurde viel über die Regelung der Transportfrage. Um theoretisch einige Transport-Kilometer zu sparen, waren vom Reichskohlenkommissar und dessen nachgeordneten Stellen Verfügungen getroffen worden, die sowohl für den Versender als für den Verbraucher sehr unangenehm waren. Durch die schroffen Anordnungen der Zwangswirtschaft kamen Verbraucher mit Einrichtungen, die an ein bestimmtes Brennmaterial gebunden waren, in die größten Schwierigkeiten. Auf diese Weise sind — abgesehen von der Verärgerung der Lieferer und Abnehmer — große Mengen Brennstoffe unnütz, weil unrentabel, verbrannt worden.

Auch in den Verordnungen für die Wasserverladungen war das Reichskohlenkommissariat nicht immer glücklich. Der Gedanke war auch hier gut, in der Ausführung wurde übertrieben. So wurden Brennstoffe von hier nach Riesa geschickt, um auf Kähnen nach Berlin verschifft zu werden. In Riesa staute sich alles, weil die Einrichtungen für solche Massenbewältigungen nicht vorhanden waren. In Berlin traten ähnliche Zustände ein, weil die Auslademöglichkeit fehlte. Von Mitteldeutschland wurden Briketts nach Bamberg geliefert, dort in Kähne geladen und stromabwärts nach der Gegend von Frankfurt a. M. gebracht, obgleich der Weg dorthin durch die Bahn nicht viel weiter und für die Verbraucher mindestens 30 % billiger war.

Die Versorgung des natürlichen Absatzgebietes für die mitteldeutschen Braunkohlenwerke ging infolge der notwendig gewordenen Verladung von Briketts nach den Gebieten, die früher auf ausländische Kohle, Saar- oder Ruhrkohle angewiesen waren, zurück. Die Rohbraunkohlen wurden nicht bloß wie früher im engeren Erzeugungsgebiet abgesetzt, sondern auch in weitere Absatzgebiete geliefert. Sie dienten hauptsächlich zur Feuerung in Kesselanlagen.

Die Absatzverhältnisse waren natürlich, da nicht genügend Mengen vorhanden waren und die Nachfrage bei weitem nicht gedeckt werden konnte, überall gut.

Der Nutzen des Zwischenhandels betrug während des Berichtsjahres etwa 1 *M* für die Tonne und stieg bis auf 1,50 *M* für die Tonne; dieser Gewinn konnte aber bei den großen Unkosten und hohen Gehältern nicht mehr als ausreichend angesehen werden.

Ueber die Zahlungsverhältnisse wurde nicht geklagt. Ein großer Konzern machte allerdings die Wahrnehmung, daß die gute Zahlungsweise merklich nachgelassen hat. Dies glaubte er darauf zurückführen zu müssen, daß die Großverbraucher infolge der außerordentlich hohen Preise sehr große Summen für die Bezahlung von Rohstoffen laufend aufzuwenden hatten. Der bargeldlose Zahlungsverkehr hat auch im Kohlenhandel zugenommen.

Der Großhandel sprach die Befürchtung aus, daß er durch die Gründung der großen Syndikate nach und nach wird ausgeschaltet werden. Dies wird nach den eingegangenen Berichten auch noch dadurch begünstigt, daß die festgesetzten Preise dem Erzeuger nicht gestatten, dem Kohlengroßhandel einen auskömmlichen Nutzen zu gewähren.

3. Die Werke. Die Braunkohlenwerke wurden nach der Revolution u. a. durch Lohnkämpfe und Streiks sehr erschüttert. Sie hatten ständig an Wagen- und Lokomotivmangel zu leiden. Erst in den letzten Monaten des Berichtsjahres ist bei manchen Werken hierin eine Besserung eingetreten. Die Steuergesetzgebung und die Bestrebungen nach Vollsozialisierung des Bergbaues hemmten die Werke in ihren Entschließungen besonders bei dem Ausbau von Neuanlagen. Die Kriegsgefangenen wurden ihnen zu schnell entzogen, und es war ihnen zunächst nicht möglich, von den aus dem Felde zurückgekehrten Kriegsteilnehmern die nötigen Ersatzkräfte, deren Bedarf durch die Einführung des Achtstundentages wesentlich erhöht wurde, rechtzeitig zu beschaffen. Der Mangel an gelernten Arbeitern konnte durch das Ueberangebot ungelernter Kräfte nicht ausgeglichen werden, weil die Einstellung genügender Arbeitskräfte an der Wohnungsfrage scheiterte.

Die Arbeiter wurden seit November 1919 nach einem für den gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbau abgeschlossenen Tarifvertrage entlohnt. Die Löhne der Arbeiter und Angestellten haben sich im Jahre 1919 fast verdoppelt.

Seit Anfang März 1919 gab es bei den Kohlenwerken, unabhängig von der Arbeiterzahl, aus Arbeitern zusammengesetzte Betriebsräte. Sie sollten den Betrieb überwachen und ihr Augenmerk auf einen möglichst günstigen Stand der Werke richten. Daneben wurden ihnen auch bei der Entlassung von Arbeitern und Angestellten gewisse Einspruchsrechte eingeräumt. Meistens hatten sie auch die Verteilung der den Bergarbeitern zugewiesenen Lebensmittel mit zu überwachen. Die im Jahre 1919 mit den Betriebsräten gemachten Erfahrungen sind verschieden. Bei vielen Werken hat diese neue Einrichtung nicht zu Schwierigkeiten geführt, dagegen ist die Tätigkeit der Betriebsräte bei anderen nicht ersprießlich gewesen. Sie erlaubten sich Uebergriffe und verschärften dadurch den Gegensatz von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bei vielen Werken haben sie sich in der Hauptsache nur darauf beschränkt, höhere Löhne für die Arbeiter durchzudrücken.

Die Materialbeschaffung war mit großen Schwierigkeiten verbunden. Oel und Lagermetall wurden im allgemeinen geliefert, dagegen litten die Werke Mangel an Zement und konnten Neuanlagen nicht fertigstellen. Durch das Fehlen von Zement wurde teilweise sogar die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes gefährdet. Die Aufhebung der Lederwirtschaft erschwerte die Riemenbeschaffung und ließ die Preise für diese unverhältnismäßig in die Höhe schnellen. Im letzten Viertel des Berichtsjahres war es nicht möglich, das für die Bergleute so wichtige Schuhwerk in geeigneter Güte zu beschaffen; ebenso fehlte es an Wäsche und Kleidung.

Trotz der großen Hindernisse, mit denen der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Jahre 1919 zu kämpfen hatte, ist es gelungen, die Förderung von Monat zu Monat zu erhöhen. Allerdings war es nicht möglich, die Brikettproduktion mit der Förderung der Rohkohlen entsprechend Schritt halten zu lassen, weil die Fabrikanlagen durch die starke Inanspruchnahme während des Krieges in ihrer Leistungsfähigkeit sehr zurückgegangen waren und die geförderten Rohkohlen infolgedessen nicht im Maße der Förderung zu Briketts verarbeitet werden konnten. Im Dezember 1919 hatten einzelne Werke die Friedensförderung bereits überschritten. Von einer Gruppe von Werken, die den Hauptteil des mitteldeutschen Braunkohlenreviers ausmachen, sind uns Förderungszahlen zur Verfügung gestellt worden, die einen interessanten Vergleich der Förderung im Oktober 1918, Februar 1919 und September 1919 bieten:

Förderung im	Oktober	1918	3 351 256	Tonnen
„ „	Februar	1919	1 832 507	„
„ „	September	1919	2 873 378	„

Die Selbstkosten der Werke haben sich vom Oktober 1918 bis September 1919 durch die hohen Lohnforderungen der Arbeiter, die hohen Preise der Rohmaterialien usw. fast verdreifacht. Sie betrugen für eine Tonne Rohkohle:

im	Oktober	1918	5,29 *M*,
„	Dezember	1918	10,37 „
„	Juni	1919	12,06 „
„	September	1919	14,09 „

Trotz der großen Preissteigerungen, die den Werken im Laufe des Jahres 1919 zugebilligt wurden, konnten sie nicht nutzbringend arbeiten, weil sie keine Möglichkeit hatten, die für die Instandsetzung der Werke notwendigen gewaltigen Gelder zu erhalten. Es mußte deshalb mit weiteren Preiserhöhungen gerechnet werden.

Seitens der behördlichen Stellen, denen die Regelung der Preise oblag, waren Maßnahmen getroffen worden, um einen Ausgleich zwischen den weniger gut arbeitenden Werken und denjenigen, die infolge günstiger Ablagerungen mit geringeren Gestehungskosten zu rechnen haben, dadurch herbeizuführen, daß Teile der Verkaufserlöse in eine Ausgleichskasse abzuführen waren, aus der dann die Schwachen zu Lasten der Stärkeren entschädigt wurden. Diese Ausgleichskasse wurde um die

Mitte des Jahres 1919 eingerichtet. Es hat sich aber herausgestellt, daß sie auf die Dauer nicht geeignet ist, den Interessen sämtlicher Werke zu dienen, weil sie von den Werken, die unter günstigen Verhältnissen arbeiten, als eine Strafe angesehen wird.

So erfreulich die Tatsache der Produktionshebung in den letzten Monaten des Jahres 1919 auch ist, Rückschläge werden nicht ausbleiben, wenn den Werken die Rohmaterialien nicht zu erschwinglichen Preisen zugeführt werden. Dies gilt in erhöhtem Maße für das Grubenholz, das für die Tiefbauwerke unentbehrlich ist und das schon im Berichtsjahr nur mit großen Schwierigkeiten beschafft werden konnte. Die Steigerung der Förderung wird, wie bereits erwähnt, ferner hauptsächlich auch davon abhängen, ob es gelingt, durch hinreichenden Wohnungsbau die Arbeiter seßhaft zu machen und den Werken die nötigen Gebrauchsgegenstände und Maschinen ohne Verzug zu liefern.

4. Leipzigs Versorgung im Jahre 1918 und 1919. Leider sind der Kammer vom Reichskohlen-Kommissar nicht die Zahlen über sämtliche Lieferungen nach Leipzig zur Verfügung gestellt worden. Die Kammer konnte deshalb nur unvollständige Zahlen verwenden. Immerhin kann man aus diesen ersehen, daß Leipzig im Jahre 1919 gegenüber 1918 sehr schlecht versorgt worden ist. Auf den preußischen Bahnhöfen trafen im Jahre 1918 an Steinkohlen, Koks, Steinkohlen-Briketts 118 612 t, dagegen im Jahre 1919 nur 86 095 t ein.

An Braunkohlen und Braunkohlen-Briketts erhielt Leipzig auf diesen Bahnhöfen im Jahre 1918 333 659 t und im Jahre 1919 331 856 t. Diese Zahlen setzen sich im einzelnen wie folgt zusammen:

Kohlenversorgung der Stadt Leipzig in den Jahren 1918/19.

Empfang auf Bahn und Wasser.

Die Angaben beziehen sich nur auf die preußischen Bahnhöfe in Leipzig.

	Steinkohlen, Koks, Steinkohlenbriketts 1919	Steinkohlen, Koks, Steinkohlenbriketts 1918	Braunkohlen, Braunkohlenbriketts 1919	Braunkohlen, Braunkohlenbriketts 1918
Januar	6 961	10 062	27 487	31 604
Februar	6 060	12 403	25 276	31 718
März	4 822	10 019	17 534	34 858
April	5 962	15 062	31 049	31 413
Mai	6 231	10 949	28 400	26 953
Juni	6 908	10 131	25 076	29 356
Juli	6 018	10 754	25 236	28 928
August	6 444	8 316	25 838	28 770
September	13 824	6 637	21 592	27 052
Oktober	8 226	10 814	48 216	21 464
November	7 688	5 354	31 281	19 809
Dezember	6 951	8 111	24 871	21 734
	86 095	118 612	331 856	333 659

Für Hausbrand, Kleingewerbe und Landwirtschaft gingen im Bahn- und Landbezug im Jahre 1918 416 397,50 t ein, während im Jahre 1919 für diese Verbrauchergruppen nur 281 691,03 t angeliefert wurden. Diese Zahlen gelten für sämtliche Brennstoffe wie Steinkohle, Steinkohlebriketts, Hüttenkoks, Gaskoks, Braunkohle, Braunkohlenbriketts, Naßpreßsteine, Grudekoks, Böhmische Kohle usw. Auf die einzelnen Monate verteilen sich die Eingänge wie folgt:

Monat	1918	1919	Monat	1918	1919
Januar	36 292 t	22 133 t	Juli	42 987 t	25 188,85 t
Februar	36 629 t	20 333 t	August	35 276 t	28 450,20 t
März	39 980 t	16 993,80 t	September	28 802 t	25 660,25 t
April	48 490 t	18 920,86 t	Oktober	28 041 t	26 050,10 t
Mai	27 968 t	31 550,61 t	November	23 775 t	25 253,91 t
Juni	45 725 t	26 833,95 t	Dezember	22 432,50 t	14 322,50 t

5. Preise in Leipzig 1918/19. Die mitteldeutschen Braunkohlen-Briketts wurden im Oktober 1918 vom Großhändler an die Industrie und den Kleinhandel zum Preise von 238 ℳ, die Förderkohle zum Preise von 94 ℳ für je 10 Tonnen ab Werk einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer geliefert. Am 1. November 1919 betrugen diese Preise für Briketts 673,50 ℳ, für Förderkohle 236,50 ℳ.

Von den kleinen Abnehmern wurden besonders für Hausbrand bei der Abnahme größerer Mengen im Jahre 1918 und 1919 folgende Detailpreise für den frei Keller gelieferten Zentner bezahlt:

	Braunkohlenbriketts: Salonbriketts 1919	Braunkohlenbriketts: Salonbriketts 1918		Braunkohlenbriketts: Salonbriketts 1919	Braunkohlenbriketts: Salonbriketts 1918
Januar	6,60	4,40	Juli	8,40	4,90
Februar	—	—	August	10,—	4,90
März	6,60	4,60	September	10,—	4,90
April	—	—	Oktober	11,40	5,—
Mai	7,40	4,90	November	—	5,—
Juni	8,— (bis 22./6. 19; ab 23./6. 19 8,40 ℳ)	4,90	Dezember	11,40	5,40

VI. Großhandel mit Eisen, Blechen und Metallen. Eisen- und Stahlgießerei. Eisenkonstruktion.

Der Großhandel mit Eisen und Blechen litt im Berichtsjahre unter Mangel an jeglichem Material, wodurch der Umsatz einen ganz erheblichen Rückgang erfuhr. Da andererseits die Geschäftsspesen mit der allgemeinen Teuerung und den Lohn- und Gehaltsaufbesserungen bedeutend wuchsen, sah man Ende des Jahres der Zukunft mit Sorge entgegen. Die Preise von Eisen und Blechen erhöhten sich im Laufe des Jahres um das Fünf- bis Siebenfache.

Großhandel mit Kupfer und Messing. Nach Ausbruch der Revolution wurde den Werken von der Kriegs-Metall-Aktien-Gesellschaft zur Lieferung an die Selbstverbraucher eine entsprechende Menge Material freigegeben und gleichmäßig an die früheren Verbraucher nach Bedarf verteilt. Auf diese Weise war den Metallwerken, Fabriken, Kupferschmiedereien usw. sofort die Möglichkeit gegeben, wieder bestimmte Artikel in Kupfer und Messing herzustellen, sodaß die aus dem Kriege heimkehrenden Arbeiter in ihren Arbeitsstätten wieder Beschäftigung finden konnten. Für die Folge setzte dann erneut die Beschäftigung und Verteilung nach dem Kontingentscheinverfahren durch die Kriegs-Metall-Aktien-Gesellschaft ein, deren Tätigkeit aber den praktischen Anforderungen der Industrie wenig gerecht wurde. Vor allem lähmten die zu niedrig gehaltenen Preise für Rohstoffe das Geschäft. Nachdem im September 1919 die letzte Verteilung der Rohstoffe seitens der Kriegs-Metall-Aktien-Gesellschaft erfolgt war, setzte die freie Bewirtschaftung der Sparmetalle durch die Werke bezw. ihre Verbände ein. Die Preise wurden sofort der Weltmarktlage angepaßt. Es ergab sich dadurch, daß verhältnismäßig genügend Rohstoffe gefördert und beschafft werden konnten. Seit November 1918 bis Ende des Berichtsjahres stiegen die Preise für Messingfabrikate von etwa 400 ℳ bis zu 2000 ℳ, für Kupferfabrikate von etwa 600 ℳ bis 2770 ℳ. Der Geschäftsgang der Werke war äußerst lebhaft. Sehr zu leiden hatten sie unter den verschiedenen wilden Streiks und unter der Kohlennot; mehrere Werke lagen schon im Februar bis zu 7 Wochen wegen Kohlenmangels still. Die Arbeitsleistung ist allgemein gegen die Kriegs- und Vorkriegszeit um ein Drittel gesunken. Bis zum September des Berichtsjahres wurde den Verbrauchern ein 30tägiges Ziel eingeräumt; nach der Erhöhung der Rohstoffpreise, die immer mehr Betriebskapital beanspruchte, beschlossen jedoch alle Verbände, bei Auftragserteilung eine 50 prozentige zinslose Anzahlung vom Rechnungsbetrage und Zahlung des Restes innerhalb 8 bis 14 Tagen nach Rechnungsdatum zu fordern.

Die **Eisen- und Stahlgießereien** waren während des Berichtsjahres stets gut mit Aufträgen versehen, da trotz der in diesem Umfange noch nie gekannten Unsicherheit auf wirtschaftlichem Gebiete bei den Interessenten des Eisenmarktes eine rege Kauflust herrschte. In der ersten Hälfte des Jahres hatte die Industrie zu leiden unter den Streiks und den sonstigen politischen Unruhen. Im allgemeinen wurde die Ausführung der Aufträge sehr ungünstig beeinflußt durch die Verkürzung der Arbeitszeit, die erhöhten Löhne und den Mangel an Rohmaterialien, der an vielen Stellen die volle Ausnützung der Betriebe nicht gestattete. Da die Hütten- und Walzwerke ausnahmslos unter Erz- und Brennstoffmangel zu leiden hatten, erfuhr die Produktion von Roheisen einen außerordentlichen Rückgang. Das Roheisen wurde weiter bewirtschaftet durch den Roheisenverband, der auch die Preise gleichmäßig festsetzte, so daß nach wie vor in dieser Beziehung eine gleichmäßige Kalkulationsunterlage für den ganzen Geschäftszweig gegeben war. Die Zuteilung erfolgte schwankend, aber doch im allgemeinen so, daß die Betriebe, wenn auch mit mehr oder weniger langen Unterbrechungen aufrecht erhalten werden konnten. Die Zuteilung von Kohle entwickelte sich schon während der letzten Kriegszeit wenig befriedigend; sie wurde aber im Laufe des Berichtsjahres völlig unzureichend. Der zeitweise gänzliche Ausfall der Lieferungen von Gießereikoks aus Westfalen und Schlesien, sowie Braunkohle aus Böhmen beeinträchtigte weiterhin die Produktion der Gießereien sehr. Die Preise für Roheisen und Koks hielten sich in den Grenzen, die durch die Fabrikation bedingt waren, während die Schrott- und Bruchpreise willkürlich um das Acht- bis Fünfzehnfache stiegen. Die nach Eintritt des Waffenstillstandes in Erscheinung getretene Arbeitslosigkeit brachte es mit sich, daß an Hilfsarbeitern ein außerordentliches Ueberangebot vorhanden war. Dagegen machte sich in den letzten Monaten ein Mangel an tüchtigen Spezial-Facharbeitern für die Metallbranche bemerkbar. Der Zuzug solcher Arbeiter von auswärts wurde einesteils durch die Demobilmachungsverordnung vom 19. Mai 1919 erschwert, anderenteils scheiterte er in den meisten Fällen an dem herrschenden Wohnungsmangel. Ferner fehlte es sehr an gut ausgebildeten Betriebsingenieuren und Technikern mit Spezialkenntnissen. An Angestellten, soweit es sich um Durchschnittskräfte handelte, lag bis in die letzten Monate des Berichtsjahres ein übergroßes Angebot vor. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiterschaft litt anfangs unter dem fortgesetzten Bestreben der Arbeitervertreter, wirtschaftliche Ziele mit solchen politischer Art zu verflechten; in der zweiten Hälfte des Jahres wurde es jedoch merkbar erträglicher. Die Löhne erfuhren während des Berichtsjahres weitere sprunghafte Steigerungen und erreichten gegen Ende des Jahres durchschnittlich die fünf- bis sechsfache Höhe der Friedenslöhne. Kriegsteilnehmer wurden ohne Schwierigkeiten wieder eingestellt. Große Erschwernisse brachten die mangelhaften Verkehrsverhältnisse mit sich. Ueber die ungenügende Wagengestellung wurde vor allen Dingen geklagt. Die Abnehmerkreise haben sich im Berichtsjahre mit den verschärften Zahlungsbedingungen, Rechnungsbegleichung ohne jeden Skontoabzug innerhalb 14 Tagen vom Ausstellungsdatum ab gerechnet, abgefunden. In den letzten Monaten des Jahres wurden aber die Geldeingänge schleppend, und die Kundschaft versuchte häufig, ein längeres Ziel herauszuholen.

In den **Eisenkonstruktionswerkstätten** waren während der Uebergangszeit in den ersten Monaten des Jahres infolge Mangels an Eingang von neuen Aufträgen Betriebseinschränkungen nicht zu umgehen, soweit die Werke nicht in der Lage waren, von den ins neue Geschäftsjahr übernommenen alten Aufträgen zu zehren. Erst gegen Mitte des Jahres traten die Abnehmer aus der Zurückhaltung, die sie sich infolge der Ungeklärtheit der Verhältnisse auferlegt hatten, heraus, und es liefen wieder Anfragen für Bedarf an Eisenkonstruktion jedweder Art aus allen Industrien in reichlicherem Maße ein. Für die Erledigung neu hereingenommener Aufträge gestaltete sich die Roh-

stoffbeschaffung von Monat zu Monat schwieriger und bildete sehr bald den wesentlichsten Punkt bei der Uebernahme von Aufträgen. Hand in Hand mit dem Materialmangel ging eine sprunghafte Preissteigerung für Walzwerkerzeugnisse, die die Möglichkeit ausschaltete, für langfristige Aufträge mit festen Preisen anzubieten. Mit den dann zugrunde gelegten gleitenden Preisen befreundeten sich die Abnehmer nur sehr schwer. Von den zugeteilten Kohlenmengen wurde ebenfalls nur ein Bruchteil geliefert. — Im Verkehr mit den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen bildeten sich erst allmählich und, nachdem grundsätzliche Fragen ihre Klärung vor dem Schlichtungsausschuß gefunden hatten, erträgliche Verhältnisse heraus. Der Absatz ist gegenüber dem Friedensumsatz allgemein erheblich zurückgegangen. Die Verminderung des Absatzes war zu einem erheblichen Teile darin begründet, daß sich Staat und die Gemeinden in Neuanlagen außerordentlich beschränkten und den Bedarf an Eisenkonstruktionen zunächst vollständig zurückstellten; Ausschreibungen blieben in der zweiten Hälfte des Jahres gänzlich aus. Der Bedarf an Eisen für Wohnungs- und Geschäftshausbau ist gleichfalls auf ein Mindestmaß beschränkt geblieben, weil auch hierfür die Gestehungskosten eine Höhe erreichten, die eine angemessene Verzinsung der in Frage kommenden Bauten nicht mehr einbrachte. Im letzten Halbjahre machte sich mehr und mehr der außerordentliche Bedarf des Auslandes fühlbar. Anfragen, insbesondere aus Holland, der Schweiz und den skandinavischen Ländern lagen Ende des Jahres in großer Anzahl vor. Die Preisbildung für das Ausland unterstand einer Preisprüfungsstelle auf gesetzlicher Grundlage. — Die Unsicherheit der Verhältnisse führte auch hier zu einer Gesundung der in Friedenszeiten außerordentlich schlechten Zahlungsbedingungen. Es war fast überall üblich, mit Auftragserteilung die erste Zahlung zu leisten und den Rest kurz nach Fertigstellung voll zu begleichen. Selbst die früher nie gekannte Vorausbezahlung war in vielen Fällen eingeführt.

VII. Maschinenbau und Metallfabrikation. Eisen- und Metallwaren.

Nach **Motoren** war Anfang des Jahres keine Nachfrage vorhanden, nachdem aber Inlandsaufträge in geringer Zahl und später auch Auslandsbestellungen eingingen, haben sich die Aufträge derart gehäuft, daß Ende des Jahres der Beschäftigungsgrad ein sehr starker war und Bestellungen auf lange Zeit hinaus vorlagen. Die Industrie arbeitete bei der Umstellung auf die Friedensfabrikation, während der sie außerdem mit passiver Resistenz ihrer Arbeiter zu kämpfen hatte, mit Verlust, nach Wiedereinführung der Akkordarbeit und mit zunehmender Beschäftigung wurden jedoch wieder normale Verhältnisse erreicht. Die Rohmaterialien haben sich im Laufe des Jahres außerordentlich verteuert und waren infolge ihrer Knappheit nur mit großen Schwierigkeiten zu beschaffen. Die Preise für fertige Maschinen stiegen dementsprechend. Als besonders erschwerend wurde empfunden, daß die Preisgestaltung auf dem Eisenmarkte teilweise rückwirkend erfolgte, wodurch eine genaue Kalkulation ausgeschlossen war.

Die Fabrikation von **Dynamos, Elektromotoren** und anderen **Maschinen der Elektrotechnik** konnte nach der Umstellung auf die Friedenswirtschaft, die sich ohne Störung vollzog, sofort in vollem Umfange wieder aufgenommen werden, da einesteils nach den Kriegsjahren, während welcher nur der Bedarf der Heeresindustrie gedeckt wurde, in allen anderen Kreisen ein überaus großer Bedarf nach Erzeugnissen der elektrotechnischen Industrie vorlag, andererseits infolge der Aufhebung der in bezug auf die Sparmetalle ergangenen Kriegsmaßnahmen zur Beschlagnahme und Rationierung die Herstellung nicht mehr behindert war. Die aus dem Auslande eingehenden sehr zahlreichen Aufträge konnten nur in beschränktem Maße Berücksichtigung finden. Im Verkehr mit dem Auslande erschwerten die durch die schwankende Valuta bedingte Unbeständigkeit der Preise und die notgedrungen beanspruchten langen Lieferfristen die Geschäftsabschlüsse. Die Rohstoffbeschaffung wurde immer schwieriger, insbesondere waren Ende des Jahres Dynamobleche kaum noch erhältlich. Zu deren Bezug aus dem Auslande bestand infolge der hohen Preise wenig Neigung. Die im Anfang des Jahres geführten Lohnkämpfe wurden durch die mit den Arbeiter- und Angestelltenverbänden abgeschlossenen Tarifverträge beendet. Die Zahlungsverhältnisse waren gute, doch wurde von Kleinabnehmerkreisen bereits wieder versucht, im Gegensatz zur sofortigen Kassezahlung das Kreditwesen einzuführen.

Transportanlagen wurden infolge der fortwährenden Steigerung aller Löhne, der Erhöhung der Frachten usw. in steigendem Maße benötigt. Wenn auch die deutsche Schwerindustrie sich im Berichtsjahre noch zurückhielt, zuerst mit Rücksicht auf die Sozialisierungsbestrebungen, dann durch die dauernden Arbeiterbewegungen, das zu erwartende Betriebsrätegesetz und den Ausfall der Abstimmung in den Abstimmungsgebieten, so war doch durch die aus dem Auslande hereingekommenen Aufträge ein reichlicher Ausgleich geschaffen. Nachdem sich die Spezialfirmen zu Verbänden zusammengeschlossen hatten, wurden im Auslande Preise erzielt, die den Weltmarktpreisen ziemlich nahe kamen. Die Rohstoffbeschaffung war äußerst schwierig und wurde durch den unberechtigten Schleichhandel fast zur Katastrophe. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter blieb trotz der besseren Ernährung erheblich gegen die Friedensleistung zurück. Ueber die mangelhaften Verkehrsverhältnisse wurden lebhafte Klagen laut. Die Forderung sofortiger Barzahlung für Rohmaterialien hatte zur Folge, daß auch für die Fertigfabrikate strenge Zahlungsbedingungen gefordert wurden, mit denen sich das Ausland gleichfalls einverstanden erklärte.

Auf die Herstellung von **Aufzügen** wirkten die Unsicherheit der Verhältnisse, die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung, Kohlenzufuhr und die Lohnbewegungen gleichermaßen ungünstig ein. Von Rohstoffen war Eisen nur mit 8 bis 10monatiger Lieferfrist zu erhalten. Die Absatzverhältnisse waren befriedigende, Verkäufe nach dem Auslande wurden in erheblichem Maße nicht abgeschlossen.

Maschinen für die Papierindustrie und das Buchgewerbe. Die Nachfrage nach diesen Maschinen war äußerst rege und konnte in keiner Weise befriedigt werden, da die Industrie auch hier mit Rohstoffknappheit und der Verminderung der Arbeitsleistung zu rechnen hatte. Insbesondere entsprachen die Kohlenzuweisungen nicht dem tatsächlichen Bedarf. Es bestätigte sich auch hier,

daß der Schleichhandel die meisten Rohmaterialien in der Hand hatte. Die Wiedereinführung des freien Wettbewerbs an Stelle behördlicher Maßnahmen wurde deshalb dringend verlangt. Die Preise für die Fertigfabrikate erhöhten sich entsprechend den steigenden Metallpreisen, Löhnen und Unkosten gegen Ende des Jahres sprunghaft. Gut bewährt haben sich die Prüfungsstellen für die Ausfuhr. Als großer Mangel stellte sich der Umstand heraus, daß über die ausländische Marktlage, insonderheit über die Konkurrenz keine sicheren Nachrichten zu erhalten waren. Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer vollzog sich glatt, das Verhältnis zu den Angestellten- und Arbeiterausschüssen war im allgemeinen befriedigend, irgendeine Erhöhung der Produktion durch ihre Tätigkeit war jedoch nicht zu verzeichnen. Die Zahlungsverhältnisse waren bei großer Geldflüssigkeit sehr gut. Der Entziehung der Kapitalien durch die neuen Steuergesetze sah man mit Besorgnis entgegen.

Der Absatz in **Werkzeugmaschinen** hat naturgemäß gegen den überreichlichen Bedarf während der Kriegszeit bedeutend nachgelassen. Die Ausfuhr neuer Maschinen war, namentlich in der ersten Jahreshälfte, noch ziemlich lebhaft, weil die Preiserhöhungen, die Deutschland forderte, sich bei den damals noch billiger eingekauften Rohmaterialbeständen in mäßigen Grenzen hielten. Seitdem die allgemeine Materialknappheit zu außerordentlichen Preiserhöhungen gezwungen hatte, die durch die Valutaverhältnisse bei allen aus dem Auslande kommenden Stoffen noch verschärft wurde, machte sich eine Verringerung der Auslandsaufträge bemerkbar. Zum Teil war diese Verringerung der Auslandsbestellungen auch auf die große Anzahl gebrauchter Werkzeugmaschinen zurückzuführen, die von Händlern und Besitzern nach dem Auslande verschoben wurden, wogegen mit neuen Maschinen nicht anzukämpfen war. Die Tätigkeit der Preisüberwachungsstelle wurde als sehr förderlich empfunden. Die Knappheit der Rohstoffe, besonders der Kohle, machte sich Ende des Jahres in besorgniserregender Weise bemerkbar. Arbeitslosigkeit und Arbeitsmangel hat sich trotz Verminderung der Produktion nicht gezeigt. Den Grund erblickt man in dem Rückgang der geleisteten Arbeitsmenge; sie betrug etwa ein Drittel der Vorkriegsleistung. Das Verhältnis zur Arbeiterschaft war gespannt. Gegen Ende des Jahres waren die Löhne um 150 % gegen die im Anfang des Jahres gezahlten gestiegen.

Lebhaft war die Nachfrage nach **Maschinen für das Baugewerbe** sowohl im Inland wie für das Ausland, so daß teilweise trotz der Materialknappheit die Zahl der Arbeiter und Angestellten vermehrt wurde. Infolge des weiteren Anziehens der Eisenpreise wurden jedoch Ende des Jahres die Aussichten für 1920 weniger günstig beurteilt. Den gestellten Zahlungsbedingungen — für das Inland Anzahlung, für das Ausland Vorausbezahlung des Kaufbetrags bei Abschluß — wurde seitens der Kundschaft willig nachgekommen.

Der **Wagenbau** war, entsprechend der anhaltenden Nachfrage, gut beschäftigt. Aufträge aus dem Auslande lagen nicht vor. Die ungenügende Belieferung mit Kohle machte sich besonders störend bemerkbar. Ferner führten Güter- und Postberaubungen zu mancherlei Unannehmlichkeiten. Da sich die Forderungen der Arbeitnehmerausschüsse in normalen Grenzen bewegten, war das Verhältnis zu ihnen ein zufriedenstellendes. Kriegsteilnehmer wurden ohne Schwierigkeit wieder eingestellt.

Die Absatzverhältnisse für **Motorfahrzeuge** im In- und Auslande waren gute und die Beschäftigung dementsprechend stark, wobei auch besondere Schwierigkeiten in der Beschaffung von Rohstoffen nicht im Wege standen. Es entstanden solche der Industrie lediglich zum Teil durch radikale politische und wirtschaftliche Forderungen ihrer Arbeiter, denen nicht immer nachgegeben werden konnte. Durch die im Verein Deutscher Motofahrzeug-Industrieller e. V., Berlin, zusammengeschlossene Automobilindustrie wurde eine einheitliche Preisgestaltung erzielt. Verkäufe wurden nur gegen Barzahlung getätigt.

Das Jahr 1919 zwang die gesamte **Flugzeugindustrie,** sich den Fabrikationseinrichtungen entsprechend umzustellen, da es unmöglich war, auch die wesentlich beschränkte Zahl Arbeiter für die Herstellung von Flugzeugen zu verwenden. Wenn auch die Leipziger Flugzeugwerke ihre Bemühungen, auch fernerhin Vorbildliches im Bau von Flugzeugen zu leisten, fortsetzten, so ward allen diesen Versuchen, welche nur von wissenschaftlichem Geist getragen waren und kaufmännische Vorteile in absehbarer Zeit nicht bringen konnten, ein Ziel gesetzt durch die seitens der Allierten ergriffenen Maßnahmen und das Inkrafttreten der Friedensbedingungen. Durch diese wurden die Firmen gezwungen, gänzlich von dem Bau von Flugzeugen abzusehen. Die Fabrikationszweige, denen sich die deutsche Flugzeugindustrie hauptsächlich zuwandte, waren landwirtschaftliche Maschinen, Möbel und Automobile. Unter der schwierigen Beschaffung von Rohstoffen hatte die Flugzeug-Industrie genau so zu leiden wie die gesamte Leipziger Metallindustrie. Trotzdem die Zahl der Arbeiter und Angestellten naturgemäß stark reduziert werden mußte, konnte immer noch ein ansehnlicher Teil voll beschäftigt werden. Mit der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer sind, wie uns berichtet wurde, Störungen nicht verbunden gewesen. Die Bewegung der Löhne drückte sich in den für die Leipziger Metallindustrie gültigen Tarifen deutlich aus.

Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen. Die Beschäftigung war bis weit über die Hälfte des Jahres hinaus eine sehr schwache. Es lag dies teils daran, daß die Umstellung auf die Friedenswirtschaft durch Arbeitsunlust, die Forderungen der Arbeiter und den im März stattgefundenen Generalstreik erschwert wurde, vor allem aber daran, daß lohnende Aufträge infolge Aufhörens der Kriegslieferungen zurückgezogen wurden und auch fernerhin ausblieben. Dieser Zustand schlug aber dann verhältnismäßig schnell in einen Warenhunger um, so daß Ende des Jahres die Nachfrage nach Ware ein Vielfaches dessen war, was überhaupt erzeugt werden konnte. Bei der Erteilung von Aufträgen übten die sehr hohen, teilweise bis zum zehn- und zwölffachen der Friedensnotierungen gestiegenen Einkaufspreise einen hemmenden Einfluß aus. Der Absatz nach dem Auslande war ein reger. Nach Aufhebung der Rationierung der Metalle stieß die Beschaffung der Rohstoffe im großen und ganzen nicht auf Schwierigkeiten, nur soweit die Industrie Armaturen für das Baugewerbe herstellte, wurde über Mangel an Kupfer geklagt. Die Einstellung der Kriegsteilnehmer ließ sich Anfang des Jahres nur durch Arbeitsteilung ermöglichen, gegen Ende des Jahres herrschte an Facharbeitern eher ein Mangel als ein Ueberfluß. Gleichzeitig stieg die Arbeitslust und besserte sich auch

das anfänglich gespannte Verhältnis zwischen Arbeitgeber und den Arbeitnehmerausschüssen. Die Löhne stiegen im Laufe des Jahres um durchschnittlich 62 %, die Gehälter um 100 %. Ueber die mangelhaften Bahn- und Postverhältnisse wurde stark geklagt. Im Inlande wurden Zahlungen prompt bei oder kurz nach Lieferung geleistet, vom Auslande wurde Vorausbezahlung verlangt und auch zugebilligt. Bankkredite wurden infolge der Verteuerung aller Materialien vielfach bedeutend in Anspruch genommen.

Die Herstellung von **gesundheitstechnischen Anlagen** hatte sehr unter der mangelnden Bautätigkeit zu leiden, welche besonders durch die außerordentlich hohen Gestehungskosten aller Baumaterialien und die erheblich gestiegenen Arbeitslöhne in ihrer Wirtschaftlichkeit behindert war. Für bessere sanitäre Einrichtungsgegenstände war bei der vorhandenen Geldflüssigkeit rege Nachfrage, und es wurde auch hierin gut verkauft. Sonst boten die vielfach während des Krieges zurückgestellten, jedoch nunmehr unbedingt notwendigen Instandsetzungsarbeiten reichliche Beschäftigung.

Mit reichlichen Aufträgen waren die Firmen versehen, die **wissenschaftliche und technische Instrumente und Apparate** herstellen. Die steigenden Preise hierfür wurden meist bewilligt; Ausfuhrverbote und Preisüberwachung erwiesen sich als notwendig. Von Rohstoffen waren Kupfer, Aluminium, Seide für Drahtumwickelungen und gegen Ende des Jahres auch Eisen schwer zu beschaffen. Die Belieferung mit Kohle war unzureichend; sie betrug etwa 50 % der angeforderten Menge. Die Verhandlungen mit den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen sollen sich in den letzten Monaten des Jahres sachlich abgewickelt und zu Klagen keinen Anlaß gegeben haben. Beim Zahlungsverkehr hat sich Anzahlung bei Auftragserteilung immer mehr eingebürgert. Auch das Ausland hat sich an diese Zahlungsbedingung gewöhnt.

Für die Herstellung von **Kugellagern** lagen stets mehr Aufträge vor als ausgeführt werden konnten, so daß die Beschäftigung eine rege war. Die Preise wurden von der Preiskonvention der Kugellagerfabriken den gestiegenen Herstellungskosten, für die Ausfuhr im Einvernehmen mit der Außenhandelsstelle gleichzeitig den Valutaverhältnissen angepaßt. Auch hier hatte die Industrie unter der allgemeinen Knappheit an Rohmaterialien zu leiden.

Die **Geldschrank-Industrie** konnte den überaus großen Bedarf nicht annähernd decken. Vielfach herrschte Material- und Kohlenmangel. Besonders einschneidend war die Verkürzung der Arbeitszeit und die teilweise Abschaffung der Akkordarbeit. Die Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse waren befriedigend, doch trugen die eingesetzten Arbeiterausschüsse nicht zu einer Förderung der Produktion bei. Geklagt wurde während des ganzen Jahres über großen Wagenmangel. Die Zahlungsverhältnisse haben sich insofern sehr verschärft, als viele Rohmateriallieferanten Vorausbezahlung oder Zahlung gegen Frachtbrief-Duplikat bedingen, während die Kundschaft vielfach noch Ziel in Anspruch nimmt.

VIII. Rohstoffe und Fabrikate der pharmazeutischen, chemischen und verwandten Industrie. Fettwaren und Oele.

Die Herstellung von **Farbstoffextrakten** war in den Kriegsjahren so gut wie unterbunden, weil es unmöglich war, Farbholz aus den Ursprungsländern heranzuschaffen. Man war lediglich auf die Vorräte angewiesen, die sich bei Kriegsausbruch im Lande befanden, und auf die geringen Mengen, die aus den besetzten Gebieten als Beuteware hereinkamen. Die Extraktfabriken waren daher genötigt, den Ausfall durch andere Arbeiten auszugleichen. In der Hauptsache wandten sie sich der Lohnextraktion inländischer Gerbstoffe zu. Damit waren sämtliche Fabriken dauernd reichlich beschäftigt, soweit es die mangelhafte Kohlenbelieferung zuließ. Arbeitskräfte waren bei fortwährend steigenden Löhnen im Berichtsjahre in genügender Anzahl zu haben. Die Lohnkämpfe spielten sich im allgemeinen ohne größere Reibung ab. Der Bedarf an Farbholzextrakten und Farbholz war infolge der jahrelangen Aushungerung sehr groß. Die jeweils zur Verfügung stehenden Mengen fanden daher willige Abnahme zu auskömmlichen Preisen. Bisher waren nur kleinere Lieferungen von Farbholz über England käuflich, die den Bedarf der Extraktfabriken noch lange nicht deckten und infolge des ungünstigen Standes unserer Valuta außerordentlich teuer waren. Infolge dieser knappen Rohstoffversorgung konnte zunächst an Auslandsgeschäfte nicht gedacht werden. Von den kommenden Steuergesetzen, insbesondere der geplanten Umsatzsteuer, befürchtet man einen ungünstigen Einfluß auf die weitere Entwicklung des Geschäftes. Auch die fortschreitende Verschlechterung unserer Verkehrsverhältnisse machte sich in der Farbholzindustrie störend bemerkbar. Der Abtransport der in Hamburg ankommenden Waren auf der Elbe war mangels genügenden Kahnraumes nur zu außerordentlich hohen Frachtraten möglich, die selbst die Eisenbahnwaggonfrachten erheblich überstiegen. Die zeitweilig günstigere Bahnverladung war aber deshalb nicht möglich, weil keine Wagen gestellt wurden. Die im Oktober eingetretene erhebliche Erhöhung der Bahnfrachten, die sich zunächst bei dem allgemeinen Warenhunger noch nicht als Absatzhindernis erwiesen hat, dürfte beim Einsetzen des allgemeinen Wettbewerbs die geographisch weniger günstig gelegenen Fabriken schwer benachteiligen.

Auch die **Farbenindustrie** zählt das Jahr 1919, trotz guter Absatzverhältnisse, zu den unerquicklichsten Perioden, die sie bisher durchzumachen hatte. Zunächst führten die mißlichen Transportverhältnisse und die Aufrechterhaltung der Blockade in der ersten Hälfte des Berichtsjahres einen fühlbaren Mangel an natürlichen Farbstoffen herbei. Anderseits stellte die Besetzung eines Teiles des Rheinlandes durch die feindlichen Mächte die Anilinfarbstoffversorgung unserer einheimischen Fabriken chemischer Farben in Frage, da der in den besetzten Gebieten stark vertretenen Teerfarbstoffindustrie, der es an Kohle mangelte, bei der Abgabe ihrer Erzeugnisse an das unbesetzte Deutschland Schwierigkeiten bereitet wurden. Die Herstellung von Druckfarben litt vorzugsweise unter Knappheit an geeigneten Firnissen und Oelen, die fast ausnahmslos der Bewirtschaftung unterlagen. Allgemein wurde die gebundene Wirtschaft mit allen ihren Begleiterscheinungen, Zuteilungen, Ein- und Ausfuhrverboten, Höchstpreisen usw. drückend empfunden, obwohl es z. B. der

zwangsweisen Regelung des Verkehrs mit Zink-, Blei- und Chromsalzen, die Anfang November aufgehoben wurde, zu verdanken war, daß während des Berichtsjahres, wenn auch innerhalb eines bescheidenen Rahmens, eine regelrechte Erzeugung der entsprechenden Metallfarben aufrechterhalten werden konnte. Mit dem Tage ihrer Freigabe verschwanden Zink-, Blei-, sowie Chromsalze vom Markte oder waren nur noch zu unerhörten Preisen erhältlich. Obschon die Erzeugung in keinem Verhältnis zu der der Vorkriegsjahre stand, gelang es der Farbenindustrie, wieder in fremden, darunter überseeischen Ländern, Fuß zu fassen. Die Verkaufspreise, die Anfang des Jahres langsam gestiegen waren, festigten sich im Sommer, um in den letzten Monaten sprungweise anzuziehen. Die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern, die wiederholt in den Ausstand traten, wurden geklärt, in Leipzig durch den zwischen der Vereinigung Leipziger Farbenfabriken und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands im Oktober abgeschlossenen Tarifvertrag, für den der vom Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und vom Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands unterzeichnete Tarif als Mantel dient.

Für den **Farbengroßhandel** war die notgedrungene Verständigung der großen Farbenfabriken untereinander, die unter normalen Verhältnissen vom Großhändler nicht zu begrüßen wäre, von Bedeutung. Das unsichere Geschäft erlangte im Laufe des Jahres insofern eine gewisse Stetigkeit, als an unzuverlässige Händler, Schieber, Ware von den großen Firmen nicht mehr abgegeben wurde und man der Kundschaft gegenüber jederzeit die bekannten straffen Verkaufsbedingungen der Erzeuger betonen konnte. Leider bot sich keine Handhabe, die Schädlinge des Farbengroßhandels ganz auszumerzen, die sich auf Umwegen immer noch Farbstoffe zu verschaffen wußten, hauptsächlich basische und sauerfärbende bunte Farbstoffe, die nach dem Auslande verschoben wurden, oder sogenannte Halbwollfarbstoffe in Schwarz, Braun und Blau, um sie erheblich abgeschwächt an farbehungrige Betriebe zu verwuchern. Den fühlbaren Warenmangel besonders in den erwähnten Halbwollfarbstoffen zum Umfärben von Tuchen, der zunächst auf die schon im Berichte über die Farbenindustrie besprochene beschränkte Erzeugung zurückzuführen war, mußten die Ablieferungen verschärfen, die nach Maßgabe des Friedensvertrages zu leisten waren. Trotz sprunghafter, allerdings berechtigter Preissteigerung ließ der große Bedarf nicht nach. Keine leichte Aufgabe war es, unter diesen Umständen möglichst allen Kunden, namentlich den alten Abnehmern, einigermaßen gerecht zu werden.

Lackfabrikation. Die Beschaffung der für die Erzeugung notwendigen Verdünnungsmittel (Schwerbenzin, Solventnaphta usw.) war in den letzten Monaten des Jahres fast ganz in Frage gestellt. Die deutschen Kokereien, die Solventnaphta und ähnliche Produkte gewinnen, sind auf Grund des Friedensvertrages zur Ablieferung eines großen Teiles ihrer Erzeugnisse an die Entente verpflichtet. Da auch in Erdölen ein unverkennbarer Mangel herrschte, konnte dem Ausfall durch Verwendung von Erdöl-Destillaten vorläufig nicht abgeholfen werden. Unter gleichen Gesichtspunkten litt die Versorgung mit Kumaronharz, dessen Zwangsbewirtschaftung gegen Jahresschluß durch eine bloße Höchstpreisverordnung ersetzt wurde und das man erst in den Kriegsjahren als Ersatz für die ausgegangenen ausländischen Naturharze schätzen lernte, obwohl seine Herstellung aus der Steinkohle schon früher bekannt war. Kopale, Harze, Schellack, Holzöl, Terpentinöl und Leinöl, die teilweise noch bewirtschaftet wurden, waren recht knapp und stiegen im Laufe des Jahres annähernd um das Vierfache im Preise. Unter diesen Umständen gewinnt der Gedanke, unsere einheimischen Naturharze zu verwerten, an praktischer Bedeutung. Die Gewinnung und Verteilung der Naturharze soll Aufgabe einer Wirtschaftsgemeinschaft sein, der die interessierten Industrien angehören. Die politischen Streiks, der Mangel an Kohle und Weiß- oder Eisenblechgefäßen mußten neben den Schwierigkeiten im Transportwesen nachteilig auf den Geschäftsgang einwirken. Das Verhältnis zur Arbeiterschaft, deren Entlohnung der Reichstarif der chemischen Industrie regelte, gab zu Klagen keinen Anlaß, da auch die größten Lackfabriken nur eine beschränkte Anzahl von Arbeitern beschäftigen, die individuell behandelt werden konnten. Im Inlande lag eine rege Nachfrage nach Lacken vor, die darauf zurückzuführen war, daß die Industrien, welche als Abnehmer in Frage kommen, gute Beschäftigung zu verzeichnen hatten und viele während der Kriegszeit zurückgestellte Lackierarbeiten jetzt notgedrungen zur Ausführung kommen mußten. Das Auslandsgeschäft erstreckte sich im Wettbewerbe mit englischen und französischen Firmen im wesentlichen nur auf Länder mit schwacher Währung. Kredit konnte nach Lage der Verhältnisse nicht oder nur in den seltensten Fällen gewährt werden.

Die **Siegellackfabrikation** war infolge des gesteigerten Postpaketversandes im zweiten Halbjahr gut beschäftigt, obschon Kohlen- und Rohstoffmangel die Fabrikation stark verzögerte. Bei der Lage des Rohstoffmarktes ist es natürlich, daß meistens Ersatzlacke zu hohen Preisen auf den Markt kamen, die vom Verbraucher oft mit Recht beanstandet wurden. Sobald wieder mehr Ordnung im Verkehre herrscht, wird die Siegellackfabrikation ihren bescheidenen Platz wieder einnehmen müssen, und manche Fabrik, besonders von den neugegründeten, dürfte ihren Betrieb wieder einstellen, weil der gesteigerte Bedarf nur ein Produkt der Uebergangszeit ist.

Petroleum. Die Petroleumvorräte waren im Berichtsjahre äußerst knapp, da eine Einfuhr von Uebersee her bis zum Oktober nicht möglich war. Es konnten nur die geringen Vorräte aufgebraucht werden, die dem Reiche aus früherer Einfuhr von Rumänien und Galizien noch verblieben waren. Erst in den letzten Monaten wurden aus Amerika verschiedene Dampferladungen Leuchtöl eingeführt. Der Preis für diese Ware stellte sich unter Berücksichtigung der hohen Seefrachten und der stark gesunkenen Valuta verhältnismäßig hoch, unter Berücksichtigung der Valutadifferenz aber auch nicht höher als in den umliegenden neutralen Ländern. Der Kleinverkaufspreis für Petroleum hielt sich bis Ende September für das Liter auf 45 ₰, stieg bis zum Oktober auf 1,20 ℳ, im November auf 2,20 ℳ und im Dezember auf 2,75 ℳ.

Die Krisis, die dem Geschäfte in **Mineralschmierölen und Fettwaren** zu Anfang des Berichtsjahres drohte, kam nicht zum Ausbruche. Den Ausfall, den das Ausbleiben der rumänischen Oelzufuhren und die zeitweilige Unterbrechung der Lieferung aus Galizien verursachten, halfen die großen Schmiermittelbestände des Heeres und der Marine einigermaßen verschmerzen, die den Verbrauchern zugeführt wurden. Der Bedarf an Zylinder- und Maschinenöl war nicht zu decken;

Spindelöl wurde weniger gefragt, da die Textilindustrie größtenteils noch lahmgelegt und daher nicht aufnahmefähig war. Noch bis in den Herbst hinein sah man sich gezwungen, mit Mineralschmierölen und Fettwaren recht sparsam umzugehen und daneben Teeröle zu verwenden, die jedoch in vielen Fällen einen Ersatz für reines Mineralöl nicht zu bieten vermochten. Erst im September schien der Bedarf Deutschlands an Schmiermitteln durch das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen, dessen Abwicklung einem Konsortium übertragen wurde, und durch die Einfuhr von amerikanischen Oelen sichergestellt. Aus Galizien wurde gemeldet, daß die Ausbeute an Rohöl keinen Rückgang aufzuweisen hatte. Die Förderung im Borislauer Revier schätzte man auf etwa 6000 Wagen im Monat, auch in Ostgalizien soll Rohöl in genügender Menge vorhanden sein. Unter diesen Umständen konnte das Freigabescheinsystem, durch das der Bezug von der Mineralölversorgungs-Gesellschaft m. b. H. (vor dem 1. 1. 19 Kriegsschmierölgesellschaft m. b. H.) geregelt wurde, fallengelassen werden. Die Mineralölversorgungsgesellschaft m. b. H. selbst trat mit dem 31. 12. 1919 in Liquidation. Da unsere wirtschaftliche Lage und der niedrige Stand unserer Währung gebieten, nur den bringendsten Bedarf von Rohstoffen durch Aufkäufe im Auslande zu decken, wurde die Einführung von amerikanischen Oelen, auf deren Verwendung namentlich bei der Herstellung von Zylinderölen nicht verzichtet werden kann, von der Einholung einer Einfuhrerlaubnis abhängig gemacht. An einen Abbau der Preise, die nach und nach teilweise um das zwanzigfache gestiegen sind, ist vorläufig noch nicht zu denken.

Die Verhältnisse innerhalb der früher zusammenfallenden **Asphalt-, Teerprodukten- und Dachpappen-Industrien** haben sich im Berichtsjahre mehr und mehr verschoben, so daß es sich empfiehlt, über die einzelnen Geschäftszweige getrennt zu berichten.

Da Gußasphalt aus Rohstoffen hergestellt wird, die in großen Mengen in Deutschland gewonnen werden, erfuhr die Ausführung von Gußasphaltierungen im vergangenen Jahre wie schon während des Krieges nur eine Einschränkung, aber keine Unterbrechung. Die Kosten für die Herstellung von Gußasphaltierungen mußten sich den erhöhten Materialpreisen und Arbeitslöhnen anpassen. Für Asphalt-Mastix zahlte man beispielsweise gegen Ende des Jahres das Mehrfache des Friedenspreises; trotzdem konnte die gesamte Asphalterzeugung des Jahres 1919 gut untergebracht werden.

Den Stampfasphaltunternehmungen brachten die unter alten Verhältnissen abgeschlossenen Verträge, die die Instandhaltung von Straßen und Plätzen während eines Zeitraumes von vielen Jahren vorsahen, große Verluste. Nur einige wenige Kommunalbehörden konnten sich dazu verstehen, den Unternehmern zum Ausgleiche der unvorhergesehenen größeren Ausgaben angemessene Zuschüsse zu gewähren. Als Ersatz für den italienischen Asphalt, der früher zu Stampfasphalt verarbeitet wurde, fand deutscher Asphalt steigende Verwendung, welcher im braunschweigischen und hannoverschen Gebiete vorkommt, und dessen Preise gleich denen der Zusatzmaterialien ganz erheblich anzogen, was besonders die Firmen zu spüren bekamen, die eigene Asphaltgruben nicht besitzen.

Die Teerdestillationsbetriebe des Leipziger Bezirkes sind im wesentlichen auf den Teer angewiesen, den die Gasanstalten abgeben. Den großen Rest des Steinkohlenteers, der in Deutschland hergestellt wird, hat sich schon vor Jahren und auf viele Jahre hinaus die Groß-Teer-Destillations-Industrie gesichert, die vorzugsweise im Rheinlande und in Schlesien zu Hause ist. Mit der Einschränkung des Gasverbrauches mußte die Erzeugung von Gasanstalt-Teer immer mehr zurückgehen. Die Destillationsprodukte, Benzol, Treiböle, Steinkohlenteerpech und Imprägnierungsstoffe reichten zur Deckung des großen Bedarfes nicht aus; ihre Preise sind gleich denen des Steinkohlenteers beträchtlich gestiegen, für den Verbraucher um so mehr, als sich zwischen Erzeuger und Verbraucher zahlreiche illegitime Händler zu schieben pflegten.

Die Dachpappenfabriken waren während des Krieges bis zu 80 % ihrer Erzeugung für den Kriegsbedarf beschäftigt. Im Berichtsjahre hielten Industrien und Behörden mit Aufträgen zurück. Unter diesen Umständen wäre dem Ausfalle, der durch das Ausbleiben der Kriegsaufträge entstand, nicht abzuhelfen gewesen; d. h. die Erzeugung hätte nicht abgesetzt werden können, wenn nicht die Leistung des einzelnen Arbeiters — ganz abgesehen von der Einführung des Achtstundentages — hinter der innerhalb eines gleichen Zeitraumes in Vorkriegszeiten zurückgeblieben wäre. Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse wurden durch Tarife geregelt. Der Kohlenmangel verursachte weniger Sorge, da die Dachpappenindustrie zu den sogenannten sparsamen Kohlenverbrauchern gehört. Mißstände auf dem Teermarkte, die nach Aufhebung der während des Krieges durch das Reichsmarineamt und die Kriegs-Rohstoff-Abteilung durchgeführten Teerbewirtschaftung in Form von Preistreibereien zunächst auftreten mußten, beeinträchtigten die Rohmaterialienversorgung.

In der **chemischen Industrie der ätherischen Oele und Riechstoffe** entrollt der Rückblick auf das Jahr 1919 kein erfreuliches Bild, obwohl ein glatter Absatz zu verzeichnen war und die Fabriken im Gegensatz zu anderen Industriezweigen über Betriebseinstellungen, mit Ausnahme solcher, die durch politische Streiks verursacht wurden, nicht zu klagen hatten. Da in den einzelnen Betrieben eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft schon vor Abschluß des maßgebenden Tarifvertrages zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands erzielt worden war, kam neben dem Kohlenmangel nur die Knappheit der Rohstoffe als Hemmschuh eines geregelten Geschäftsganges in Betracht. Die Schwierigkeiten, die die Beschaffung von Rohmaterialien in ausreichender Menge und Güte unterbanden, leuchten ohne weiteres ein, wenn man ins Auge faßt, daß die Industrie der ätherischen Oele und Riechstoffe hauptsächlich ausländische Produkte verarbeitet und daß im Berichtsjahre die geringe Kaufkraft unserer Mark die Tätigung größerer Einkäufe beeinträchtigte. Diese Tatsache läßt es begreiflich erscheinen, daß der Verwertung heimischer Erzeugnisse mehr Interesse entgegengebracht wurde. Z. B. machte der gesteigerte inländische Anbau von Fenchel, der in der Likör- und Zuckerwarenfabrikation eine wichtige Rolle spielt, in gewisser Hinsicht von den galizischen Zufuhren unabhängig. Der Marktlage kam es zugute, daß während des Krieges die hohen Gewürzpreise dazu verlockt hatten, mehr Kümmel anzubauen. Namentlich aus Ostpreußen, der Provinz

Sachsen und Schleswig-Holstein konnten ansehnliche Mengen guter Beschaffenheit angeboten
Für Fenchel zahlte man gegen Jahresschluß 390 bis 400 ℳ für 100 kg, während der Kümmelpwodurch Laufe des Jahres von hfl. 89,— auf hfl. 60,— für 100 kg (in den Niederlanden befinden sich Wurzeln gedehntesten Kümmelkulturen) fiel, was jedoch für den deutschen Käufer bei der fortschreanußten Entwertung seines Geldes keine Preiserholung bedeutete. Von den Messinaer und Kalabreser Essenzen war nur Zitronen-Oel in großen Mengen greifbar, während man Bergamott-Oel weniger reichlich anbot. Die Beschaffung von süßem und bitterem Pomeranzen-Oel stieß auf Schwierigkeiten; für Mandarinen-Oel wurden Phantasiepreise gezahlt. Leider hatte das sprunghafte Anziehen der Preise gewissen Kreisen Veranlassung gegeben, verfälschte Oele in den Handel zu bringen, wobei man neben den Messinaer und Kalabreser Essenzen auch Geranium-Oele, Nelken-Oel, Pfefferminz-Oel, Lavendel-Oel, Sandelholz-Oel und Rosen-Oel einbezog. Die Verfälschung von Rosen-Oel galt als ein recht einträgliches Geschäft, da die Preise für dieses Oel eine fabelhafte Höhe erreicht hatten, was einesteils auf die knappen Ernten von 1918 und 1919 und anderseits auf den zwischen Bulgarien und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Lebensmittelvertrag zurückzuführen ist, der den Austausch von Rosen-Oel gegen Nahrungsmittel vorsah. Der Bezug von Sternanis-Oel, Campher-Oel und Sandelholz litt unter dem Mangel an Schiffsraum und der Aufrechterhaltung der Blockade in den ersten Monaten des Berichtsjahres. Die geringen Zuteilungen von Alkohol, Spiritus, Schwefeläther und Schwefelsäure zwangen teilweise zu Abänderungen der Fabrikationswege. Der große Bedarf an ätherischen Oelen und Riechstoffen, den die Parfümerie- und Seifenfabriken sowie der Drogen-Großhandel zeitigten, konnte nur teilweise und nach Maßgabe der Rohstoffeingänge gedeckt werden. Der Absatz an die Likör- und Spirituosen-Industrie, die unter der Monopolisierung des Branntweins zu leiden hatte, war geringer. Die rege Nachfrage ausländischer, u. a. überseeischer Abnehmer, darunter besonders die der alten südamerikanischen Kundschaft, bewies, daß trotz französisch-englisch-amerikanischen Wettbewerbes deutsche ätherische Oele und Riechstoffe, hauptsächlich die Leipziger Erzeugnisse, im Auslande gern gekauft werden. Die Meinungen über die Geschäftsaussichten im kommenden Jahre sind geteilt.

In der **Essenzenfabrikation** machten sich gleichfalls der Spiritusmangel und die im Spätherbst eingetretenen hohen Preise der Reichsmonopol-Verwaltung hierfür sehr unangenehm fühlbar, so daß dieser Geschäftszweig fast völlig daniederlag. Soweit die Fabriken alkoholfreie Getränke herstellten, war der Beschäftigungsgrad ein besserer, doch reichten die Zuteilungen der Rohstoffe bei weitem nicht aus, die starke Nachfrage zu befriedigen.

Die Herstellung von **Glyzerin** litt im Berichtsjahre einesteils unter fast völligem Mangel an Rohstoffen und anderseits unter häufigem Kohlemangel. Gegen Ende des Jahres ließ sich entsprechend der stärkeren Seifenherstellung eine geringere Zunahme der Rohstoffmengen (Abfallwässer aus den Seifenfabriken) erkennen.

Die Fabrikation von **Zyankalium,** die in Sachsen nur von einer Firma betrieben wird, ist noch nicht wieder zum Aufleben gekommen. Sie ist durch Verfügung des Bundesrats vom Februar 1915 stillgelegt worden, damit die Ausgangsmaterialien (Zuckermelasse) der Kriegsvolkswirtschaft zugängig gemacht werden konnten. Auch im kommenden Jahre dürfte an die Freigabe der Melasse-Schlempe für industrielle Zwecke noch nicht zu denken sein.

Die Produktionsverhältnisse in der **knochenverarbeitenden Industrie** standen unter dem Zeichen großer Knappheit an Rohmaterial, die starke Einschränkungen der Knochenleim- und Knochenfettherstellung zur Folge hatten. Auch die mangelhafte Kohlenzufuhr erlaubte nicht, immer mit vollem Betriebe zu arbeiten. Ganz besonders machten sich die Arbeiterschwierigkeiten bemerkbar, die, wie uns berichtet wird, oft die Aufrechterhaltung des Betriebes in Frage stellten. Der Leimbedarf war stark, konnte aber nur zum geringen Teil befriedigt werden. Dasselbe galt von Düngemitteln, die in Sachsen überaus knapp und begehrt waren.

In der Fabrikation von **Tinte, Stempelfarben** und **flüssigem Bureauleim** trat mit dem Ende des Krieges ein Stillstand ein. Der Glaube, daß sofort billigere Preise eintreten würden, hatte eine Zurückhaltung im Einkauf zur Folge, die sich bis zur Mitte des Berichtsjahres bemerkbar machte. In der zweiten Hälfte des Jahres überstieg die Nachfrage das Angebot, zumal großer Mangel an Glas- und Porzellanflaschen sowie an Rohstoffen Platz griff, ganz abgesehen von den unerschwinglichen Preisen, die für diese Artikel verlangt wurden. Die Fabrikation gestaltete sich sehr schwierig, wozu nicht in letzter Linie die ungünstigen Transportverhältnisse beitrugen. Wiederholt mußten Preiserhöhungen vorgenommen werden. Die Arbeiterverhältnisse waren im allgemeinen normal, die Zahlungsweise der Kundschaft gut; es wird aber schon wieder vielfach Ziel in Anspruch genommen, wo früher sofort bezahlt wurde. Das Auslandsgeschäft hat sich auch schon belebt, man muß jedoch noch Zurückhaltung üben, da es an fast allen zur Fabrikation nötigen Stoffen mangelt und feste Lieferungsversprechungen und feste Preise noch nicht bekanntgegeben werden können, ein Uebelstand, der das Vertrauen des Auslands zum deutschen Kaufmann vielfach untergräbt.

Metall- und Schuhputzmittel. Für die Gestaltung des Geschäftes war die Versorgung mit Rohstoffen und Kohle ausschlaggebend. Leider enttäuschte das Berichtsjahr durch die Weiterbewirtschaftung der vollwertigen Rohmaterialien, deren geringe Zuteilungen für die Erzeugung nennenswerte Bedeutung nicht besaßen. Der Einfuhr ausländischer Rohstoffe waren durch die schwache Kaufkraft unserer Mark Schranken gezogen. Daher konnte man an eine Ausschaltung der in den Kriegsjahren notgedrungen eingeführten Ersatzrohstoffe nicht denken. Die Stockungen im Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehr sowie Arbeiterstreiks verursachten namhafte Verluste, und die pflegliche Behandlung der Güter durch die Verkehrsanstalten ließ viel zu wünschen übrig. Die Absatzverhältnisse waren gut. Für Qualitätsputzmittel zahlte der Verbraucher ohne Zögern die hohen Preise, die durch die Gestehungskosten gerechtfertigt waren. Der Außenhandel, der sich rege entwickelte, stieß anfangs auf Schwierigkeiten. Die alte Kundschaft aus Vorkriegszeiten erwartete zunächst Entgegenkommen hinsichtlich der Regulierung und mußte über die jetzigen straffen Zahlungsbedingungen aufgeklärt werden. Die Aussichten im kommenden Geschäftsjahr werden als günstig bezeichnet. Voraussetzung ist dabei, daß eine Besserung in der Rohstoffbeschaffung und eine Hebung unserer Währung eintritt.

…e **Kohlensäure** hat in der Kriegswirtschaft eine weit größere Bedeutung als früher ge… insbesondere hat die Umstellung im Brauverfahren eine verstärkte Nachfrage nach Kohlen… …zeugt. Im Berichtsjahre im besonderen wurde der Absatz dadurch gehoben, daß die Witte… …nstiger war als im vergangenen Jahre. Die Kohlensäurewerke konnten jedoch trotz aller An…gungen dem gesteigerten Bedürfnisse nicht in vollem Umfange genügen, da sie unter Mangel an …ohstoffen, vor allem an Pottasche, sowie an Kohlen und Koks stark zu leiden hatten. Außerdem wurden sie benachteiligt dadurch, daß die Materialien für notwendige Reparaturen an Maschinen usw. nur schwer zu beschaffen waren. Die Preise für die Rohstoffe, wie alle sonstigen Fabrikationsunkosten stiegen ganz außerordentlich, namentlich die Löhne und Gehälter. Doch gelang es wenigstens, ernste, die Produktion hemmende Verwickelungen mit den Angestellten und Arbeitern zu vermeiden. Die gesteigerten Einstandskosten mußten naturgemäß durch erhöhte Verkaufspreise einigermaßen ausgeglichen werden. Der Frachtverkehr war zeitweise sehr stockend, besserte sich aber gegen Ende des Jahres. Ueber die Kreditverhältnisse war nicht zu klagen.

Ueber das „Für und Wider die Syndikatwirtschaft" in der **Seifenindustrie,** das im Berichtsjahre die Gemüter bewegte, mußte in erster Linie die bedauerliche Entwertung unseres Geldes zugunsten der Beibehaltung dieser Wirtschaftsform entscheiden. Die Lebensfähigkeit der zahlreichen Fabriken mittleren und kleineren Umfanges stand auf dem Spiele, wenn ihnen nicht im Wege eines Zusammenschlusses, der staatliche Obhut genoß und spekulative Aufkäufe der knappen Rohstoffe unterband, ein Weiterarbeiten gewährleistet und ihrem Kapitalmangel durch rasche Umsätze ein gewisser Ausgleich geschaffen wurde. Gewiß durfte man nicht verkennen, daß die Einsetzung des Zwangssyndikats, zu der im Jahre 1917 die dem Kriege eigentümlichen Verhältnisse Veranlassung gaben, Einführung einer Planwirtschaft bedeutete, die besonders bei den Firmen, die sich mit der Herstellung von Qualitätsseifen und Spezialitäten (Markenartikeln) befassen, wenig Anklang finden mußte. Eine zentrale Wirtschaftsstelle, die sämtliche Seifenfabriken eines großen Reiches mit Rohstoffen zu versorgen hat, konnte und kann sich nur einen abgegrenzten Wirtschaftsplan erlauben und bei Verteilung besondere Wünsche der Verbraucher selten berücksichtigen. Die zusammengefaßte Bewirtschaftung der Seifenrohstoffe, vor allem der Oele und Fette, nach dem Vorbilde anderer Industrien in eine ganze Anzahl lokaler Wirtschaftskreise zu zergliedern, dazu war der Zeitpunkt noch nicht gekommen und auch die Lage des Rohstoffmarktes im Berichtsjahre tatsächlich nicht angetan. Leider ließ sich die Absicht des Syndikats, das Publikum durch Festsetzung erstaunlich niedriger Preise (anfangs 0,80 ℳ für 100 Gramm Kernseife und 1,20 ℳ für 100 Gramm Feinseife) vom Verbrauche der ausländischen Seifen, die infolge der Durchbrechung der westlichen Zollgrenzen massenhaft eingeführt wurden, abzuhalten, nicht verwirklichen. Die Notierungen erfuhren sehr bald beträchtliche Erhöhungen und erreichten gegen Ende des Jahres 3,50 ℳ und 3,75 ℳ für 100 Gramm Kern- bezw. Feinseife. Hieran trug vor allem der Umstand schuld, daß gerade zu dem Zeitpunkte, wo die Rohstoffpreise im Verhältnis zu denen der letzten Monate des Jahres noch erträglich waren, die schlechten Transportverhältnisse und Streiks, die politische Ziele und Lohnforderungen zum Gegenstand hatten, zu größeren Einkäufen von Rohmaterial nicht verlockten. Neben Oelen und Fetten mangelten Soda und Aetzkalien, was auf den Verlust der Sodaerzeugung in Lothringen und in den an Polen abgetretenen Gebieten sowie die Betriebseinstellungen vieler deutscher Sodafabriken zurückgeführt werden mußte, die unter der ungenügenden Kohlenzufuhr litten. Damit war zeitweise die Herstellung von Seifenpulvern ganz in Frage gestellt oder die Verwendung des weniger geeigneten Ersatzmittels Sulfat geboten. Trotz der Wichtigkeit der Seife blieb der Seifenindustrie eine erhöhte Brennstoffbelieferung versagt, so daß auch im Kammerbezirk Betriebe wochenlang die Arbeit ruhen lassen mußten. Die Erzeugung an Kern- und Feinseifen wurde, da sie nur einen Bruchteil der Friedensproduktion darstellte, glatt abgesetzt, und der regen Nachfrage nach Waschpulvern konnte man nicht gerecht werden. Die Entwickelung des Geschäfts im kommenden Jahre und die Entscheidung über die Wirtschaftsform, die anzuwenden ist, sind mit der Frage der ausreichenden Beschaffung von Oelen, Fetten, Soda und Aetzkalien eng verknüpft.

Die **Parfümerie- und Toiletteseifenfabriken** des Kammerbezirkes berichteten nicht ungünstig, obwohl sie die Erzeugung von Feinseifen, die während des Krieges eingestellt werden mußte, noch nicht wieder hatten aufnehmen können. Man vertrieb lediglich K.A.-Seife und ab Oktober geringe Mengen einer Feinseife, die vom Seifen-Syndikat zugewiesen wurden. Der Schaden, der offensichtlich den in Betracht kommenden Firmen aus diesem Umstande erwuchs, wurde durch das Geschäft in Parfümerien wettgemacht, das die erhoffte Neubelebung erfuhr. Die Herstellung von Parfümerien und kosmetischen Artikeln konnte ganz wesentlich gesteigert werden, da die erforderlichen Rohstoffe wieder reichlicher zu haben waren. Große Sorge verursachte neben dem Kohlenmangel nur die Beschaffung von Spiritus und Gläsern, die zur Abfüllung dienen. Obschon die Preise entsprechend der Verteuerung der Rohmaterialien und der Erhöhung der Löhne ständig erhöht werden mußten, lag dauernd eine rege Nachfrage, auch aus dem Auslande, vor. Besonders hervorzuheben ist, daß das Publikum gern Parfümerien und kosmetische Artikel zu Geschenkzwecken kaufte, was nur auf den allgemeinen Warenmangel zurückzuführen sein dürfte.

Der Großhandel mit **technischen Drogen** und **Chemikalien** war noch durch die aus den Kriegsjahren herübergenommene Bewirtschaftung gehemmt. Erst Ende des Jahres wurde für einzelne Artikel der freie Handel wieder eingeführt. Für alle als Arzneimittel zu bezeichnenden Waren war eine große Nachfrage vorhanden, der jedoch das Angebot nicht im geringsten entsprach, da infolge des Kohlenmangels, der größere Betriebe oft bis zu zwei Monaten stillegte, seit Herbst eine allgemeine Notlage in allen Artikeln zu verzeichnen war. Ueber die unsachgemäße Verteilung der vom Kriege her noch vorhandenen Vorräte an Chemikalien seitens der Kriegsgesellschaften wurde sehr geklagt. Die Arbeiter- und Angestellten-, sowie die Zahlungsverhältnisse waren zufriedenstellend.

Der Großhandel mit **Vegetabilien** konnte im Jahre 1919 infolge der regen Nachfrage einen befriedigenden Geschäftsgang verzeichnen. Die Beschaffung der Rohstoffe im Inlande war schwierig, da die Sammler nur schwer und auch nur gegen Zahlung hoher Preise zu bewegen waren, Vegetabilien einzubringen. Für die in Mitteldeutschland angebauten Kräuter war außerdem die Witte-

rung äußerst ungünstig. So wurde z. B. die Fenchelernte vom Schneefall überrascht, wodurch Qualität und Quantität sehr zurückging. Auch die Ernte der in der Medizin gebrauchten Wurzeln litt durch den frühen Schneefall. Artikel, die nur aus dem Auslande zu beziehen waren, mußten infolge der schlechten Valuta und der auch im Auslande herrschenden Knappheit an Vegetabilien überaus teuer bezahlt werden. Die Verarbeitung von Vegetabilien zu Pulver war sehr erschwert, da es zu ihrer Nachtrocknung an der nötigen Kohle fehlte. Wo man zur Holzfeuerung überging, wirkte dies weiter preiserhöhend. Das Ausfuhrgeschäft war gleichfalls zufriedenstellend. Es wurde aber darüber geklagt, daß die Ein- und Ausfuhrbewilligungen nicht immer mit fachmännischer Kenntnis erteilt wurden. Die Zahlungsverhältnisse waren gut. Außer den allgemeinen Mängeln der Verkehrsverhältnisse wurde besonders die langsame Güterbeförderung auf der Strecke Leipzig—Cottbus erschwerend empfunden.

Die Nachfrage nach **pharmazeutischen Spezialitäten** war während des Berichtsjahres sehr rege. Infolge der Tendenz der Preissteigerung, die bis Ende des Jahres anhielt, machte sich das Bestreben bemerkbar, größere Einkäufe zu tätigen. Dadurch, daß eine große Anzahl Artikel auf Grund behördlicher Verordnung in die Hand der Handelsgesellschaft deutscher Apotheker gelegt und der Großhandel gezwungen wurde, seine eigene Apothekerkundschaft an die Konkurrenz zu verweisen, entstand ihm ein empfindlicher Verdienstausfall. Die von den Fabrikanten vorgeschriebenen Preise konnten nur mit Schwierigkeiten eingehalten werden, da sich die Löhne, Gehälter und sonstigen Geschäftsspesen von Monat zu Monat erhöhten. Geklagt wurde über die Maßnahmen der Kriegschemikalienaktiengesellschaft, die, wie uns berichtet wird, den Handel mit einer Anzahl Präparaten oft Leuten in die Hand legt, die dem Fach völlig fernstanden.

IX. Textilindustrie.

A. Woll-Industrie.

Während der ersten acht Monate des Geschäftsjahres stand der **Wollhandel** noch unter der Zwangswirtschaft. Tatenlos mußte er in dieser Periode zusehen, wie die Fabrikate zu willkürlichen Preisen an die Leute veräußert wurden, die sich über die Gesetzesbestimmungen hinwegsetzten. Erst als statistisch klar festgestellt wurde, daß der weitaus größte Teil der beschlagnahmten deutschen Schur in diese dunklen Kanäle geflossen war, hob die Regierung Ende August die gebundene Wirtschaft für die Textilindustrie auf. Sofort wurden daraufhin die unterbrochenen Auslandsbeziehungen wieder aufgenommen und Rohstoffe zugeführt. Unter der Einwirkung der sich ständig verschlechternden Valuta und angesichts der von der Entente ausgeübten Kontrolle über die Rohstoffe war aber die Einfuhr bei weitem nicht ausreichend. Erschwert wurde der Handel dadurch, daß bei Abschluß von Wollgeschäften zugleich auch die dafür nötigen fremden Devisen gekauft werden mußten, dann aber auch, weil es im freien Verkehr meist nur Qualitäten gab, die sozusagen zweiten Ranges waren und vor dem Kriege nur ungern für reguläre Ware gekauft wurden. Das Ausland ist selbst, besonders Großbritannien, an Fertigfabrikaten für den Zivilbedarf derart ausgehungert, daß es den eigenen Bedarf vorläufig nicht decken kann. So konnte die inländische Produktion nur einen kleinen Bruchteil des deutschen Konsums befriedigen. Es ist zu erwarten, daß die deutsche Schafzucht sich angesichts der jetzigen Preise steigern wird. Auch Ersatzstoffe, wie Stapelfaser, die früher zum Teil enttäuscht hatten, finden wegen des großen Preisunterschiedes gegen die Schafwolle erneute und erhöhte Aufnahme. Selbstverständlich bedingte die stetig wachsende Verteuerung der Herstellung eine entsprechende Erhöhung der Herstellungssätze. Die allgemeine Geldentwertung zwang verschiedene Aktiengesellschaften, ihr Kapital zu erhöhen, um es einigermaßen in Einklang mit dem ungemein gesteigerten Geldbedarf zu bringen.

Die neuen Steuersätze wirkten hauptsächlich deshalb so hemmend für die Entwicklung der Geschäfte, weil sie nicht mit einem Male als geschlossenes Ganze erschienen, sondern nach und nach, wobei sich gar nicht übersehen ließ, wieviel den Betrieben eigentlich entzogen werden sollte.

Die Zahlungsverhältnisse waren gut, Zahlung erfolgte fast nur gegen Kasse. In Zukunft dürfte bei der Einfuhr von Wolle eine Inanspruchnahme von Kredit kaum mehr zu umgehen sein.

Die Betriebe der **Wollkämmereien** mußten durch Kohlenmangel und auch wegen der Streiks wiederholt still liegen. Die Absatzverhältnisse in der Wollkämmerei waren infolge der äußerst kleinen Vorräte und der geringen Erzeugung bei hochgespanntem Bedarf durchaus günstig. Die Preise erreichten eine bisher nie geahnte Höhe und zeigen die Tendenz, noch weiterhin anzuziehen. Trotzdem war die deutsche Ware für den Ausländer immer noch billiger wie seine eigene. Er zog sie deshalb zu unserem Schaden in unheilvollem Maße an sich. Das hierdurch bewirkte Schwinden unserer Vorräte veranlaßte natürlich ein weiteres Steigen der Preise.

In der **Kammgarnspinnerei** konnte unter der Zwangswirtschaft von einem Geschäft kaum gesprochen werden, da der Versand zunächst nur aus Garnen bestand, die aus den vom Reiche zugewiesenen Woll- und Kammzügen hergestellt und auch vom Reiche abgerufen wurden. Die Kammgarnspinnereien waren demnach in dieser Zeit lediglich Lohnspinner für den Staat. Später wurde ihnen vom Reiche Material zugeführt. Das hieraus hergestellte Garn durfte zum Teil gegen Berechtigungsschein, zum Teil frei verkauft werden. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde die Nachfrage so stark, daß nicht genug geschafft werden konnte. Leider trug hierzu auch die Unmöglichkeit bei, die Betriebe infolge der mangelhaften Kohlenzufuhr vollständig auszunutzen. Trotz vorgenommener Kapitalserhöhungen deckte vielfach angesichts der schwindelhaften Höhe der Preise das Kapital bei weitem nicht den Geldbedarf. Die Abnehmer mußten sich deshalb daran gewöhnen, bei Abschlüssen auf freie Garne ein Drittel des Gegenwertes der Gesamtorder sofort in bar, den Rest vor Versand zu zahlen.

Die **Strickgarnspinnereien** litten ganz besonders unter der Stockung der Kohlenzufuhr und unter den ständig neu auftauchenden Streitfragen über die Entlohnung der Arbeiter. Der Absatz für Garn war ohne weiteres dadurch geregelt, daß die Ablieferung nach bestimmten, behördlich vorgeschriebenen Richtlinien zu erfolgen hatte. Entsprechend den gesteigerten Kosten waren die Verkaufspreise der Produkte am Ende des Jahres weitaus höher, als zu Beginn desselben. Um den Ausfuhrhandel wieder in Gang zu bringen, müssen erst wieder genügend Rohstoffe eingeführt werden.

B. Baumwoll-Industrie.

Während des Krieges war das reguläre Baumwollgeschäft vollständig lahmgelegt. Alle Vorräte an **Rohbaumwolle** und Baumwollabfällen waren von den Kriegsämtern erfaßt und für den Heeresbedarf beschlagnahmt. Die Baumwoll-Industrie wandte sich deshalb der Verarbeitung von Ersatzstoffen zu, wie Nessel, Typha, Papier usw., die aber alle nur als Kriegskinder anzusprechen waren, da sie in bezug auf Güte und Haltbarkeit meist mit Baumwolle nicht konkurrieren können.

Die nach Beendigung des Krieges im Besitze der Heeresverwaltung befindlichen etwa 100/150 000 Ballen aller Provenienzen wurden wider Erwarten leider nicht dem legitimen Handel zur Verfügung gestellt, sondern vom Kriegsamt direkt an die Spinnereien verteilt. Die Wiederaufnahme der überseeischen Beziehungen gestaltete sich wegen der Einkaufs- und Einfuhrbeschränkungen außerordentlich zeitraubend und gefährlich. Die Anträge wurden von den Kriegsämtern meist so schleppend erledigt, daß der Importeur sich nach Erlangung der Genehmigung meist einer ganz veränderten Marktlage gegenübersah. Nach Aufhebung des Einfuhrverbotes und der Devisenordnung kamen als erste unter unseren ehemaligen Feinden die Amerikaner dem deutschen Handel entgegen. Wenn sich trotzdem im Baumwollhandel kein recht befriedigendes Geschäft entwickeln konnte, so lag das am rapiden Sinken des Markkurses, wodurch sich der Preis für Baumwolle für uns auf mehr als das Fünfzigfache eines normalen Vorkriegspreises stellte, während auf dem Weltmarkt die Steigerung etwa bloß das Vier- bis Fünffache betrug. Unter diesen Umständen wurde natürlich jedes lohnende Exportgeschäft verhindert, da dem deutschen Kaufmann jede Basis für eine Kalkulation fehlte.

Die von einem großen Teil der **Baumwoll-Spinnereien** während des Krieges aufgenommene Herstellung von Garnen und Geweben aus Papier und anderen Ersatzspinnstoffen wurde im Laufe des Jahres meist wieder gänzlich eingestellt und die frühere Produktion von Baumwollgespinnsten und -geweben wieder aufgenommen. Die Aufhebung aller Einkaufs- und Einfuhrbeschränkungen führte dazu, daß die Versorgung der Spinnereien mit Baumwolle am Schluß des Jahres als ausreichend für die Bedürfnisse unserer Industrie bezeichnet werden konnte. Hauptsächlich infolge des Kohlenmangels konnten viele Spinnereien allerdings ihren Betrieb nur zu 25 bis 75 % wieder aufnehmen. Die Arbeiter- und Angestelltenentlohnung wurde durch Tarife geregelt. Die Löhne stiegen für den Spinner von etwa 55 ₰ die Stunde im Jahre 1914 auf 2,75 ℳ die Stunde. Nachfrage und Absatzmöglichkeiten waren gut. Die Preise stiegen entsprechend den Rohstoffpreisen, der Verteuerung aller Materialien, sowie der starken Erhöhung der Löhne. Als Folge davon machte sich die Erhöhung der Betriebskapitalien allenthalben nötig. Auslandskredite waren nicht zu haben; Rohstoffe mußten deshalb sofort in bar bezahlt werden, was zur Folge hatte, daß auch die Produkte sofort in bar bezahlt werden mußten. Spinner verlangten Ende des Jahres schon bei Abschluß von Geschäften für spätere Lieferung sofortige Anzahlung von einem Drittel bis zur Hälfte des ungefähren Fakturenbetrages zum Zwecke der Erleichterung der Finanzierung ihrer Baumwolleinkäufe.

C. Leinen- und Jute-Industrie.

Leinengarn-Großhandel. Da durch den Krieg die Zufuhr des Rohmaterials gesperrt und die freie Fabrikation von Garnen, sowie der Handel darin sich nicht entfalten konnten, griff man zur Papiergarnfabrikation, die nach und nach auch gute Fortschritte machte, bis man sich, in dem Glauben, der Beginn der Revolution würde auch den Beginn der Einfuhr von notwendigen Rohmaterialien in Wolle, Baumwolle und Flachs bedeuten, von Papiergarnen 1919 wieder abwandte. Verschiedene Umstände, wie fehlende Tonnage, namentlich aber der immer ungünstiger werdende Stand unserer Valuta täuschten die Erwartungen außerordentlich. Der Leipziger Herbstgarnbörse gebührt das Verdienst, durch die allgemeine Aussprache der interessierten Kreise zur Belebung des Geschäftes wesentlich beigetragen zu haben. Im Vergleich zu Woll- und Baumwollgarnen verhielt sich das Geschäft in Leinengarnen aber auffallend ruhig.

Die mit der unheilvollen Beendigung des Krieges verbundenen schweren Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens machten sich auch in der **Jute-Industrie** in außerordentlichem Maße geltend. Die Krisis der Transportverhältnisse, Rohstoff- und Kohlenmangel, stark verringerte Arbeitsleistung usw. verhinderten organischen Wiederaufbau. Der erste Teil des Berichtsjahres stand noch unter dem Zeichen strenger Beschlagnahme und Rationierung der Rohstoffe und Fabrikate. Ausländische Rohstoffe, auf welche man in der Hauptsache angewiesen war, waren zunächst noch unerreichbar, während die Inlandsproduktion, wenn auch während des Krieges stark vergrößert, bei weitem nicht den gestellten Anforderungen genügen konnte. Man war daher auf die Fabrikation von Papier- und Mischgarn bezw. -gewebe angewiesen. Als dann durch das „Loch im Westen" ausländische Fabrikate aus Original-Rohstoffen zur Einfuhr gelangten, sank die Kauflust für die Ersatzfabrikate, die ohnehin nicht sehr rege war, auf den Nullpunkt, so daß der Betrieb wesentlich eingeschränkt werden mußte. Die Devisenbeschränkung, welche zunächst noch bestand, war der Rohstoffbeschaffung außerordentlich hinderlich. Nach Fortfall dieser Einengung begann der katastrophale Sturz unserer Valuta, welcher naturgemäß eine enorme Verteuerung der Rohmaterialien bewirkte. Gleichzeitig mit dieser allgemeinen Geldentwertung setzten neue Lohn- und Gehaltsforderungen

ein, so daß, da auch sämtliche sonstigen Materialien usw. entsprechend im Preise stiegen, die Fabrikate außerordentlich verteuert wurden. Der Absatz, welcher befriedigend begonnen, ging infolge der fast unerschwinglichen Preise ganz wesentlich zurück. Infolge der Valutaverschlechterung wurde der Bezug von Rohstoffen, die sofort bezahlt werden mußten, nahezu unmöglich. Dem hierfür erforderlichen Kapitalaufwand waren auch die kapitalkräftigsten Firmen kaum gewachsen, so daß die Inanspruchnahme von Bankkrediten ganz außerordentlich war. Die seit Ende des Jahres als Gegenmaßnahme geforderte teilweise Vorauszahlung für die Fabrikate wird den Absatz weiterhin einschränken, da diesem Anspruche für die Dauer nur größere Abnehmer entsprechen können. Anderseits müssen aber infolge der hohen Fabrikpreise stets hohe Beträge kreditiert werden, so daß hier zurzeit recht unerfreuliche Zustände bestehen. Im Export einen Ersatz für den mangelnden Inlandsabsatz zu finden, ist der früher nur wenig exportierenden Jute-Industrie in großem Umfange noch nicht möglich gewesen.

D. Seidenindustrie.

Der **Rohseidenhandel** war in den ersten Monaten des Jahres 1919 durch verschiedene noch bestehende Ausfuhrverbote im Ausland, durch die schwierig zu erlangende Einfuhrbewilligung und durch die ungünstige Devisenordnung fast zur Untätigkeit verurteilt. Dabei war der Bedarf an Seide allseitig groß. Er konnte zunächst nur zum kleinsten Teil durch Einfuhr aus dem besetzten Gebiet befriedigt werden. Nach Aufhebung der Divisenordnung im Monat September 1919 gestaltete sich die Einfuhr von Rohseide etwas leichter; Schweizer, Italiener und auch vereinzelt Franzosen traten mit Offerten an Deutschland heran, so daß der Bedarf, wenn er die durch den Tiefstand der deutschen Valuta bedingten hohen Preise bewilligte, einigermaßen gedeckt werden konnte. Verkehrssperre, Transportschwierigkeiten, Verzögerungen im Brief-, Telegramm- und Telephonverkehr erschwerten den Geschäftsverkehr.

Die Preise für Seide zeigten während des ganzen Jahres in den Ursprungsländern anziehende Tendenz. Diese Preisbildung trat jedoch in ihrer Wirkung in Deutschland wesentlich zurück gegen die Wirkung der starken Kursschwankungen, durch die regelrechte Kalkulationen unmöglich gemacht wurden.

Die Nachfrage stellte sich aus allen Branchen, welche Seide verarbeiten, sprungweise ein, je nachdem Aufträge bei der betreffenden Industrie eingingen, welche erlaubten, die hohen Preise zu zahlen, und je nachdem Arbeiter- und Kohlenverhältnisse es den betreffenden Industriezweigen gestatteten, zu arbeiten.

Die in den Jahren vor dem Kriege üblichen Ziel-Konditionen (3, 4, 6, in einzelnen Provinzen sogar 9 Monate) sind während des Krieges verschwunden, es wurde nur noch gegen sofortige Kasse gehandelt.

Es besteht Aussicht, daß der während des Krieges in Aufnahme genommene Spinnrohstoff, die im Inlande hergestellte **Kunstseide** als Stapelfaser zum Vermischen mit klassischen Spinnstoffen in großen Mengen auch weiterhin verwendet werden wird.

Da die Fabrikate der Kleiderstoffbranche fast überall geräumt waren, griff das Publikum als Ersatz hierfür zu **Seidenstoffen.** Der Konsum darin steigerte sich daher ganz gewaltig. Unter diesen Umständen wurde es sehr hindernd empfunden, daß die Einfuhr Schweizer Stoffe gesperrt war. Störend wirkte im Handel das Erscheinen geschmuggelter Waren, die Mitte des Jahres den Markt überschwemmten und den gesetzlichen Handel empfindlich schädigten. Besonders aus Süddeutschland kamen Klagen dieser Art. Infolge der Streiks und anderer durch die Revolution bewirkter Hemmungen lieferten die Fabriken meist mit großen Verspätungen, die sich durch die Langsamkeit und Unzuverlässigkeit im Bahn- und Postbetriebe noch steigerten.

An kaufmännischen Angestellten war zu Anfang des Jahres das Angebot unerfreulich groß, während ab November das Gegenteil zu verzeichnen war. Das Einvernehmen mit ihnen wurde gut, nachdem einige unruhige Köpfe im Laufe des Jahres ausgeschieden waren. Auch unter den jüngeren Markthelfern kehrte anscheinend Einsicht ein, seitdem jedes Fernbleiben von der Arbeit oder andere schwere Verstöße mit sofortiger Entlassung bezw. Kündigung beantwortet wurde. Die älteren Markthelfer waren stets arbeitswillig und anhänglich. Der Angestellten-Ausschuß ging in der ersten Zeit seiner Tätigkeit, wahrscheinlich beeinflußt durch unruhige Mitglieder, nicht immer geschickt vor. Auch hier traten in den letzten Monaten des Jahres wesentliche Besserungen ein. Die Löhne waren naturgemäß steigend und bei der guten Geschäftslage, die ab April einsetzte, auch berechtigt. Die Preissteigerung war von Anfang des Jahres bis Ende September stark. Seit Oktober stiegen die Preise kurz hintereinander mehrfach gewaltig und erreichten gegen Ende des Jahres in Seidenstoffen das Doppelte bis Dreifache der Januarpreise, in Bändern etwa das Vierfache. Der Grund liegt in den teuren Einkaufspreisen für Rohseide und vor allem in unserer schlechten Valuta. Die neuen Steuern wirken preistreibend; sie müssen nach Möglichkeit sofort wieder verdient werden, weil das Betriebskapital sich bei den fabelhaften Einkaufspreisen nicht vermindern darf. Die Verteuerung des Personen-, Post- und Frachtverkehrs spielte bei den riesigen Preisen keine nennenswerte Rolle. Die Kundschaft zahlte sehr gut. Kredite wurden nur in sehr beschränktem Maße in Anspruch genommen.

E. Strick- und Wirkwaren-Industrie.

Zu Beginn des Jahres war vom Fabrikanten bis herunter zum Verbraucher eine vorsichtige Zurückhaltung zu bemerken, die sich später noch verschärfte, als die Allgemeinheit sich der irrigen Erwartung hingab, die bevorstehende Unterzeichnung des Friedensvertrages würde die sofortige Oeffnung der Grenzen und damit gute und billige Textilerzeugnisse für Deutschland bringen. Trotzdem konnte bis Mitte des Jahres der Geschäftsgang als ein leidlicher, teilweise sogar zufriedenstellender bezeichnet werden, weil nach der allmählichen Freigabe bisher rationiert gewesener Artikel

jeder seinen dringendsten Bedarf zu decken suchte. In den Monaten Juli und August trat aber eine völlige Stockung des Geschäftes ein. Die Ursache hierzu lag teilweise in der zu dieser Zeit ziemlich reichlich erfolgenden Zufuhr von Textilwaren aus dem besetzten Gebiete, anderseits in der von der öffentlichen Meinung gehegten Hoffnung auf baldige billigere Preise. Die Absatzverhältnisse wurden in den ersten 8 Monaten durch die Kriegsgesellschaften stark beeinträchtigt. Durch ihre zum Teil recht preiswerte Ware erschwerten sie den Verkauf im freien Handel außerordentlich. Hinzu kamen auch noch die Warenposten der Bekleidungsämter, mit denen der Markt zeitweise in einzelnen Artikeln überschwemmt wurde. Leider hatte man **Strümpfe,** Strickhandschuhe u. a. m. durch zu langes Lagern in feuchten Kellern und ähnlichen, wenig dazu geeigneten Räumen derart leiden lassen, daß die Waren zum Teil wertlos wurden und vielfach verschenkt werden mußten. Die Folge des reichen Angebotes war ein ungewöhnlich starkes Nachlassen der Preise. Im September setzte der Winterbedarf ein. Die vorübergehende Zufuhr aus dem Westen hatte sich bald nur als ein Tropfen auf einen heißen Stein erwiesen, sie war späterhin so gering, daß sie keinen Einfluß auf das bald wieder einsetzende Steigen der Preise und auf das sich nun entwickelnde lebhaftere Geschäft in Inlandserzeugnissen haben konnte. Erst langsam, dann sprunghaft bewegten sich die Preise von da an aufwärts, um am Jahresschluß eine schwindelnde Höhe zu erreichen. Es war dies nicht nur eine notwendige Folge der außerordentlichen Warenknappheit, des großen Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage, es hatte auch seine Ursache in der immer mehr fortschreitenden Geldentwertung und in der damit Hand in Hand gehenden unaufhörlichen Steigerung der Arbeitslöhne und Betriebsunkosten. Die immer ungenügender werdende Kohlenzufuhr machte sich in der Fabrikation besonders hemmend fühlbar und erwies sich als Hauptursache der mangelhaften Produktion dort, wo vorhandene Rohstoffe solche noch ermöglicht hatten. So lagen in Süddeutschland die **Trikotagen-Fabriken** wegen Kohlenmangel oft wochenlang still. Der Warenmangel wurde dadurch immer fühlbarer. In der zu Beginn des Jahres einsetzenden und teilweise im extremsten Fahrwasser segelnden Angestelltenbewegung haben sich allmählich die entstandenen Gegensätze ausgeglichen. Den Angestellten-Ausschüssen kann ihre Zweckmäßigkeit nicht abgesprochen werden. Die Kriegsteilnehmer konnten alle wieder eingestellt werden, wo die während der vier Kriegsjahre notwendig gewordenen Betriebsumstellungen das nicht restlos zuließen, erfolgte Geldabfindung. Trotz des ungewöhnlichen Ueberangebotes an rein kaufmännisch gebildeten Angestellten machte sich doch wiederholt ein empfindlicher Mangel an f a ch kaufmännisch gebildetem Personal bemerkbar. Die Gehälter bewegten sich naturgemäß in der gleichen auffsteigenden Linie wie die allgemeinen Lebensverhältnisse.

Wenn auch der Ausfuhrhandel erst wieder in Frage kommen kann, wenn der Inlandsbedarf einigermaßen gedeckt ist, so haben doch eine Anzahl Fabrikanten, wohl gelockt von den aus den Valuta-Aufschlägen entfallenden höheren Gewinnen, ihre Produktion bereits ausschließlich auf Auslandslieferungen eingestellt. Die Verkehrsverhältnisse wirkten auf den Handel durchaus hemmend. Die andauernde Verteuerung des Personen-, Post- und Frachtverkehrs fügte sich zwar in den Rahmen der allgemeinen Teuerung ein, ließ aber begreiflicherweise infolge der beträchtlichen Mehrbelastung der Reisespesen und Frachten die Preise weiterhin in die Höhe schnellen. Infolge der Verzögerung der Telegrammbestellung war es oft mehrere Tage unmöglich, sich mit den in Schlesien oder Ostpreußen tätigen Reisenden in Verbindung zu setzen, was bei der dauernd wechselnden Konjunktur eine nicht zu unterschätzende Schädigung für den Geschäftsmann bedeutete. Oft war die schriftliche Telegrammbestätigung eher in den Händen des Adressaten, als das Telegramm selbst. Die inzwischen zum Gesetz gewordenen Steuerentwürfe machen wenigstens wieder ein einigermaßen sicheres Disponieren möglich. Die fast allgemein eingeführte verkürzte Zahlungsweise ist als ein Fortschritt zu begrüßen, den man für die Zukunft nicht mehr missen möchte. Immerhin gab es gerade unter den Kleinhändlern noch einen bestimmten Kreis, der mit diesen verkürzten Zahlungsbedingungen nicht Schritt halten konnte. Im bargeldlosen Verkehr war weiterhin ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Hinsichtlich des Umlaufes des Geldes trat dauernd ein recht empfindlicher Mangel an Kleingeld auf.

F. Spitzen und Rüschen.

Das Jahr 1919 war für die **Spitzen**industrie im allgemeinen sehr günstig. Den während des Krieges vollständig ausgeräumten Lägern wurden nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes seitens des Reichs Rohstoffe in Baumwolle und Seide aus den beschlagnahmten Beständen zugeteilt. Allerdings kamen diese zum Teil so langsam heran, daß in den ersten Monaten des Berichtsjahres die Fabrikation nur ganz allmählich in Gang kam. Nach Aufhebung der Blockade setzte nach und nach auch die Zufuhr wieder ein, zunächst zu mäßigen, dann aber, je mehr es dem Ende des Jahres zuging, zu so gewaltigen Preisen, daß es schließlich nicht mehr möglich war, weitere Einkäufe zu tätigen. Hinzu kam noch, daß die Qualitäten der gelieferten Garne teilweise derartig minderwertig waren, daß an ein reguläres Arbeiten der Maschinen gar nicht zu denken war. Die Nachfrage nach Spitzenartikeln war so rege, daß nicht einmal der Bedarf des Inlands gedeckt werden konnte. Der Ausfuhrhandel wurde deshalb nur in sehr beschränktem Umfange befriedigt. Preisüberwachungsvorschriften, Ausfuhrverbote, Höchstpreise usw. kamen für die Spitzenindustrie nicht in Frage. Die allgemeine Lohnbewegung brachte im Spitzengewerbe die Festsetzung eines Tarifs, der im Laufe des Jahres dreimal erhöht wurde. Post- und Frachtverkehr besserten sich zwar im Laufe des Jahres, ließen aber zum Schluß noch sehr viel zu wünschen übrig. Besonders störend erwies sich die mangelhafte Kohlenbelieferung. Die Steuergesetzentwürfe machten zeitweise eine regelrechte Bilanz unmöglich. Wie weit die inzwischen Gesetz gewordenen Entwürfe die Rechtsunsicherheiten beseitigen werden, ist noch abzuwarten. Die Lieferung von Ware erfolgte in der Spitzenindustrie grundsätzlich gegen sofortige Kasse.

Die **Rüschen**fabrikation litt zu Anfang des Geschäftsjahres in erster Linie unter dem Mangel an Rohstoffen. Die aus Reichsbeständen zugeteilten Materialien waren zwar eine große Hilfe, sie konnten aber das Geschäft nur vorübergehend in Fluß bringen. Danach hing die Produktionsmög-

lichkeit wieder in der Hauptsache vom freien Baumwollmarkt ab, dessen schwierige Lage genügend bekannt ist. Auch späterhin, als endlich infolge der Einfuhrbewilligung das Geschäft lebhafter wurde, störte die ungenügende Kohlenbelieferung, im Winter besonders die Gassperre, die jedesmal dann einsetzte, wenn die meiste Arbeit war; ein regelrechtes Arbeiten. Was nützt die Freigabe von Gas in der Zeit von 11 bis 1 Uhr, wenn die zu benutzenden Apparate und Walzen gegen ½ 12 Uhr erst beginnen, die nötige Hitze zu bekommen. Trotz all dieser Schwierigkeiten befanden sich, zumal seit Aufhebung der Ausfuhrverbote im September, die Absatzverhältnisse unter stetigem Anziehen der Preise, namentlich nach den neutralen Ländern dauernd in aufsteigender Linie. Leider machte es die Valuta unmöglich, in der Schweiz einzukaufen. Auch England und Frankreich waren zum Bezug von Materialien noch verschlossen.

Gleichzeitig mit den Preisen stiegen die Löhne, die sich im Laufe des Jahres verdreifachten, am Schluß des Jahres aber ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hatten. Wie sehr die Verkehrsverhältnisse, die beispielsweise manchmal zur Beförderung eines dringenden Eilpaketes nach Amsterdam vier Wochen und länger gebrauchten, den Handel erschwerten, läßt sich denken. Bei den günstigen Zahlungsverhältnissen haben sich die Kleinkaufleute der Rüschenbranche ganz besonders erholt.

G. Sonstige Geschäftszweige der Textil-Industrie.

Das Jahr 1919 brachte für den **Tuchgroßhandel** mehrere recht bewegte Situationen, die vorzugsweise durch politische Ereignisse hervorgerufen wurden. Geriet die Kauflust durch Streiks, Putsche und Unruhen in den verschiedensten Gegenden ins Wanken, so wurde sie doch immer rasch wieder nach eingetretener Ruhe gehoben. Aehnlich wechselten auch bei den Preisen in kurzen Abständen Hausse und Baisse. Zu Beginn des Jahres wurde das beschlagnahmte Material, das für Heeresdecken verwendet wurde, zur Herstellung von Mänteln, Kostümen und Anzügen benutzt. Es kam in großen Mengen in den Handel und wurde, trotzdem es sich nur um minderwertige Qualitäten handelte, reißend abgesetzt. Im Frühjahr brachten besonders die Fabrikanten im besetzten Gebiet größere Mengen Waren zum Verkauf, die aber auch noch fast ausschließlich aus halb- und kunstwollenen Geweben bestanden. Erst zur Ostermesse setzten dann die Angebote englischer, belgischer und französischer Fabrikate ein, die in Millionenwerten vom besetzten ins unbesetzte Gebiet kamen. Trotz der infolge unserer ungünstigen Valuta außerordentlich hohen Preise wurden diese Bestände glatt abgesetzt. Von Anfang Juli bis Mitte August stellte sich eine große Kaufunlust ein, die durch die verschiedenen Zeitungsnotizen, welche zur Zurückhaltung mahnten und für die nächste Zeit einen Preissturz ankündigten, hervorgerufen wurde. Als sich dann das Publikum bezüglich der Preisfrage getäuscht sah, schlug die Kaufunlust in eine fest krankhafte Kauflust um. Jedermann suchte so schnell wie möglich seine Winterkleidung zu beschaffen. Die dadurch entstehende große Nachfrage bewirkte ein schnelles Anziehen der Preise, die sprunghaft von Woche zu Woche in die Höhe gingen. Für Stoffe, die Mitte Juni das Meter etwa 100 ℳ kosteten, mußte man am Ende des Jahres weit über 200 ℳ zahlen. Der Warenmangel wurde von Mitte September ab so stark, daß die Aufträge nur noch mit Lieferzeiten seitens der Fabrikanten angenommen werden konnten. Der einsetzende Kohlenmangel schob diese Lieferzeiten teilweise sehr weit hinaus. Obwohl die Preise, infolge der überaus starken Nachfrage, der Lohnbewegungen, der Verteuerung aller Betriebsmaterialien usw. eine fast märchenhafte Höhe erreichten, waren Stoffe aller Art stark begehrt, zumal Winterpaletot- und Ulsterstoffe, in denen das Angebot besonders begrenzt war. Beim kaufmännisch geschulten Personal fehlt der Nachwuchs von 5 Jahren. Dadurch wurde ein Uebelstand hervorgerufen, der sich wahrscheinlich in den nächsten Jahren noch ganz besonders bemerkbar machen wird. Die Hemmungen im Post- und Frachtverkehr übten auf den Tuchhandel einen störenden Einfluß aus. Die Zahlungsverhältnisse waren als gut zu bezeichnen. Die Kreditinanspruchnahme war, besonders bei der kleinen Schneiderkundschaft nur sehr minimal.

Das Geschäft in **Schneiderbedarfsartikeln** nahm im Laufe des Jahres einen vollkommen spekulativen Anstrich an. Die Absatzverhältnisse gestalteten sich infolge des in den letzten Jahren unbefriedigten Bedarfes im Inland günstig. Die Preisbewegung war am Anfang des Jahres langsam, sodann bis Mai rasch steigend. Im Mai kam es infolge des großen Angebotes in sofort greifbarer Ware aus dem besetzten Gebiet zu einem Preissturz bis zu 40 %. Seit Anfang Oktober konnte sich der Handel bei langsam steigenden Preisen hiervon erholen. Die dann einsetzende sprungweise Erhöhung der Preise bewirkte Ende Dezember fast in allen Artikeln Preise von unheimlicher Höhe.

Manufakturwaren-Großhandel. Baumwollwaren waren am Anfang des Jahres 1919 so gut wie nicht zu haben. Die von unternehmungsfreudigen Fabrikanten hergestellten Mischgewebe, bestehend aus Baumwoll- und Zellstoffgarnen, wurden unter diesen Umständen mangels anderer Ware gut gekauft. Nach Beendigung der Feindseligkeiten gelangten aber bald größere Mengen der verschiedensten Sorten Baumwollstoffe ins Land, so über Mainz französische und elsässische, über Köln englische. Viele deutsche Fabrikanten konnten sich auch mit freiem Rohmaterial versorgen, so daß es schien, als könne, zumal inzwischen auch von der Reichs-Textil-Aktien-Gesellschaft große Mengen verteilt waren, der Bedarf bis zu einem gewissen Grade gedeckt werden. Die Angebote langten aber bei weitem nicht, die ungeheuere Nachfrage, besonders in besserer Ware für Wäsche- sowie für Futterzwecke, zu befriedigen. In der Erwartung eines größeren Preissturzes trat in den Monaten Juli und August eine starke Zurückhaltung der Käufer ein, die jedoch bald wieder in das Gegenteil umschlug. Der fortgesetzte Niedergang unserer Valuta ließ dann bei stark einsetzendem Bedarf gegen Ende des Jahres die Preise auf eine ungeahnte Höhe ansteigen. Die beinahe als abgetan betrachteten Zellstoffgewebe wurden wieder stark begehrt, besonders für technische Zwecke. Die große Kohlenverkehrsnot, die fortwährende Lohnbewegung, die abnormen Preissteigerungen für Ausrüstung und Farbstoffe, ferner die Befürchtung, daß die neuen riesigen Preise nicht mehr angelegt würden, nahmen einem großen Teil der inländischen Fabrikanten die Lust, etwas

für das kommende Jahr zu unternehmen. Der Eingang ausländischer Ware litt besonders unter dem nie geahnten Tiefstand unserer Valuta, welche auch den ausländischen Fabrikanten Veranlassung zu wesentlich verschärften Verkaufsbedingungen gab. Gegen Ende des Jahres tauchten große Angebote italienischer Baumwollgewebe auf, die aber durch die schwierigen Einfuhrbedingungen und durch den hohen Goldzoll, soweit sie nicht durch das besetzte Gebiet eingeführt werden konnten, zu keinem befriedigenden Ergebnis führten.

Für den Großhandel mit Kleiderstoffen läßt sich ganz allgemein sagen, daß im letzten Jahre mehr Ware auf den Markt gekommen ist, als in den Vorjahren. Zum größten Teil ist das auf den schwungvollen Handel mit den besetzten Gebieten zurückzuführen. Gleich nach Aufhebung der Bezugscheinpflicht entstand ein wahrer Ansturm auf Kleiderstoffe.

Manufakturwaren-Kleinhandel und Konfektion. Zu Beginn des Jahres wirkte noch die ganze Schwere der Kriegsgesetzgebung. Während auf der einen Seite ganze Waggonladungen verschoben und veruntreut wurden, mußte der reguläre Einzelhandel noch nach wie vor bei Verkauf irgendeines Kleidungsstückes oder eines Meters Stoff sich die ganzen Erschwernisse des Bezugscheinverfahrens gefallen lassen. Als dann die Reichs- und Heeresbestände zur Verteilung gelangen sollten, hatten unbefugte Stellen, Arbeiter- und Soldatenräte usw., bereits über große Teile derselben verfügt. Da gleichzeitig durch das „Loch im Westen" eine enorme Einfuhr einsetzte und im Publikum die Meinung verbreitet wurde, es sei durch die enormen Reichsvorräte eine starke Senkung der Preise zu erwarten, stellte sich eine starke Kaufunlust ein Die Verteilung der Reichsbestände litt dann unter der hemmenden Bureaukratisierung. Es sei daran erinnert, daß die abnehmenden Firmen sich verpflichten mußten, mit einer Bestellung gleich den vollen Betrag, zur Hälfte in Kriegsanleihe, zur Hälfte in bar einzuzahlen, ohne vorher eine Besichtigung der Ware vornehmen, noch eine Zusendung von Proben usw. beanspruchen zu können. Für Untermaße der Ware, für Abweichungen bezgl. der Sorte, sowie für sonstige Fehler aller Art trugen die Verteilungsstelle keine Verantwortung. Zeitpunkt und Umfang von Lieferungen konnten nicht angegeben werden, überhaupt wurde die Lieferung trotz der Einsendung des Geldbetrages nicht garantiert. Bei alledem gestaltete sich die Warenbeschaffung schwieriger und risikovoller als zu den schwersten Zeiten des Krieges. Die Lage wurde noch verschlechtert durch die Textil-Notstandsversorgungs-Gesellschaft m. b. H., die die Aufgabe hatte, für die minderbemittelte Bevölkerung Waren zunächst aus den Resten der Heeresbestände, dann aber auch aus dem Handel und namentlich auch aus dem Auslande zu beziehen. Viele Webereien waren für diese Notstandsversorgungs-Gesellschaft m. b. H. mit Beschlag belegt, wodurch Angebot und Nachfrage natürlich stark beeinflußt wurde, da die wenigen Fabrikanten, die noch Ware auftreiben konnten, nun ganz fabelhafte Preise zahlen mußten.

Der ständige große Arbeitermangel in der Bekleidungs-Industrie wurde stark beeinflußt von der Arbeitslosen-Unterstützung. So zahlte Leipzig zu einer Zeit an etwa 300 Schneidergehilfen Arbeitslosenunterstützung, als sowohl in der Leipziger Maßschneiderei wie in der Konfektion, ebenso auch in der Wäschebranche ständig Arbeiter und Arbeiterinnen gesucht wurden. Die neuen Angestellten- und Arbeiter-Ausschüsse wirkten im allgemeinen segensreich. Außerordentlich groß war für den Einzelhandel die Schädigung durch die Lichtsperre. Der Rat der Stadt Leipzig erlaubte schließlich denjenigen Geschäften, die eine eigene Lichtanlage besaßen, die Offenhaltung ihres Betriebes noch nach 4 Uhr nachmittags. Eine Leipziger Firma hat daraufhin durch angestellte Proben festgestellt, daß der Verkauf über die Zeit der Lichtsperre hinaus ein recht beträchtlicher war. So betrug er für die Zeit von 4 bis 5 Uhr nachmittags am 27. Dezember 7% des Tagesverkaufs, am 29. 4 %, am 31. 8 %. In den Tagen vor dem Weihnachtsfeste war der Verkauf bezw. der Kundenbesuch so stark, daß sich eine genaue Feststellung nicht ermöglichen ließ; die Differenz betrug aber sicherlich weit über 10 %, ein Ausfall, den diejenigen Geschäfte tragen mußten, die keine eigene Beleuchtung anbringen konnten.

In der Konfektion gab es reichlich zu tun. Der Großkonfektion wurden seitens der Regierung für Entlassungs- und Gefangenenbekleidung usw. ungeheuere Aufträge zugeführt. Infolge der Warenknappheit konnte der Tuchgroßhandel nicht alle Aufträge decken, so daß der Zwischenhandel stark mit herangezogen werden mußte.

Die immer rigoroser werdenden Zahlungsbedingungen seitens der Lieferanten, welche Ende des Jahres bei vier- bis fünfmonatiger Lieferungszeit bis zu 50% Anzahlung verlangten, schränkten notgedrungen die Kreditgewährung sehr ein.

Putz- und Modewarenhandel. Die Nachfrage nach Putzartikeln war stark, die Preise bewegten sich in den Richtlinien aller anderen Materialien und wurden bezahlt. Der Umsatz konnte bei den beschränkten Verhältnissen trotzdem nicht befriedigen. Die Ausfuhr setzte im September wieder ein. Während die Schweiz, Holland und Dänemark gut kauften, machte sich in Norwegen und Schweden die englische und französische Konkurrenz bemerkbar. Dagegen lagen Nachfragen aus Südamerika, sowie aus Italien, Spanien und der Türkei vor. Man hatte von jeher mit England und Frankreich schwer zu kämpfen, behauptete aber früher den Markt. Wie sich in Zukunft die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit gestalten wird, läßt sich noch nicht sagen. Tatsache ist, daß die ausländische Konkurrenz uns gegenüber im Vorteil ist; müßten wir in ausländischer Währung verkaufen, dann dürfte leicht jedes Geschäft illusorisch werden.

Unter den behördlicherseits getroffenen Kriegsmaßnahmen hatte der **Teppich-Großhandel** verhältnismäßig wenig zu leiden, wenn auch die wiederholt vorgeschriebenen Bestandsaufnahmen auf einen großen Teil der in ihr geführten Waren ausgedehnt wurde. Seit 1916 setzte unter ständig fortschreitender Warenknappheit eine allmählich immer stärker werdende Kauflust ein, die auch durch die zuletzt über alle Maßen hohen Preise eine Abschwächung nicht erlitt. In keiner Weise konnte mit der Nachfrage die Anlieferung Schritt halten, zumal noch die Fabrikation außer durch Rohstoffmangel, Arbeiterschwierigkeiten usw. hauptsächlich durch den Kohlenmangel empfindlich gestört wurde, und der Versuch, den Kohlenmangel durch Einrichtung elektrischer Antriebsvorrichtungen zum Teil auszuschalten, erfolglos blieb, weil die elektrischen Kraftzentralen auch die Stromabgabe rationieren mußten. Die Unsicherheit im Verkehrswesen zwang zum Eingehen teuerer Transportversicherungen, wodurch weiterhin die Preise in die Höhe getrieben wurden. Obwohl die Kauf-

angebote aus dem Auslande häufig waren und die Ankäufer vor noch so hohen Valutaaufschlägen nicht zurückschreckten, verbot sich eine erhebliche Ausdehnung des Ausfuhrhandels infolge der Warenknappheit von selbst. Der früher in übertriebenem Maße ausgeübte Kreditverkehr hat überall einer gesunden prompten Zahlungsweise Platz gemacht. Wenn in letzter Zeit mehrere Fabrikantenverbände teilweise Vorausbezahlung der Ware bei der Bestellung als Bedingung für die Annahme des Auftrages vorschrieben, so ist das in der Hauptsache wohl nur ein Symptom für die heute im Handel allgemein vorhandene Unsicherheit und für die Entwertung unseres Geldes.

Die Neuentwicklung des **Weißwarenhandels** stand ganz unter dem Zeichen der zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnisse. Beschaffung von Stoffen war durch die Schwierigkeit, in der sich die Fabrikanten und Webereien bezüglich der Rohmaterialien, der Baumwolle, Garne usw. befanden, ferner durch die hohen Preise, die Valuta, die fortgesetzten Lohnbewegungen, den Kohlenmangel, die Post- und Verkehrsverhältnisse stark behindert. Anfangs war die Zuteilung von Material aus den Reichsbeständen seitens der Reichstextilaktiengesellschaft eine wesentliche Hilfe. Als dann aber diese Lager erschöpft waren und sich der Weißwarenhandel ganz auf den freien Produktionsverkehr angewiesen sah, konnte nur zum verschwindend kleinen Teile die Nachfrage gedeckt werden. Trotzdem war fast nirgends Arbeitsmangel zu verzeichnen, wobei allerdings bedacht werden muß, daß der Betrieb überall bei der schwierigen Lage der Baumwollkonjunktur auf das äußerste eingeschränkt war. Bedarf war besonders auch an Schweizer Stoffen, deren Bezug durch den Stand der Valuta und durch den enormen Goldzollaufschlag fast unmöglich gemacht wurde. Welche wirtschaftlichen Folgen die neue Besteuerung für den Weißwarenhandel bringen wird, läßt sich noch nicht übersehen, verhängnisvoll müßte es aber wirken, wenn Weißwaren als Luxusartikel, wie eine Anregung plante, besteuert werden sollten.

Die Wachstuch- und Ledertuchfabrikation war im Berichtsjahre noch vollständig abhängig von Zufälligkeitszufuhren und Zufälligkeitslieferungen der Rohstoffe. So war namentlich die Beschaffung von Baumwollgewebe und Baumwollgarn im Jahre 1919 noch außerordentlich schwierig. Trotzdem waren aber die Absatzverhältnisse für Wachstuch, Ledertuch und Kunstleder nicht ungünstig. Die Nachfrage war trotz springender Preise groß; ein reguläres laufendes Geschäft kam aber infolge der unklaren Verhältnisse nicht zustande.

X. Papierindustrie.
Polygraphische Gewerbe. Buch-, Musikalien- und Kunsthandel.

Der **Papiergroßhandel** wurde durch die Kriegsverhältnisse (Zwangsbewirtschaftung, Warenknappheit und Preissteigerung) sehr stark beeinflußt. Die seit der November-Revolution 1918 auf ihm ruhende Lähmung war zu Beginn des Jahres 1919 bereits gewichen. Der Geschäftsgang war befriedigend; Nachfrage und Angebot standen in annehmbarem Verhältnis und die schon hohen Preise wurden bewilligt. Bald machten sich jedoch die Folgen der immer empfindlicher werdenden Kohlennot durch lange Lieferfristen bemerkbar. Der Holzschliff und der Zellstoff wurden teurer, die Löhne stiegen und die Papierpreise zogen wesentlich an. Trotzdem steigerte sich die Nachfrage besonders der Verleger, die mit dem Einkauf zurückgehalten hatten, weil sie eine Preissenkung erwarteten, teils weil die Wirtschaftsstelle das notwendige Papier zu knapp zuteilte. Der Kohlenmangel wurde aber schließlich so groß, daß deutsche Zellulosewerke stillgelegt und ausländische Zellulose eingeführt werden mußte. Diese war natürlich infolge der schlechten deutschen Valuta sehr teuer und die Papierpreise gingen deshalb weiter in die Höhe. War die Preissteigerung bis zum Sommer für alle Teile noch erträglich, so wurde sie im Herbst 1920 — auch infolge des Achtstundentages — zur Härte. Große Erregung entstand besonders in Verlegerkreisen, als die Papierfabriken Mitte Dezember des Berichtsjahres ihre Preise um weitere 40 bis 60 % erhöhten und den Aufschlag auf schon lange laufende Aufträge rücksichtsloser als seither ausdehnten. Infolge dieser schlechten Verhältnisse erweiterten die Fabriken ihre Vorbehalte für die Erfüllung von Lieferungen immer mehr, bis schließlich die Preisangaben in den Auftragsbestätigungen überhaupt wegblieben und Preisvereinbarungen erst teils kurz vor, teils nach erfolgter Fertigstellung der Ware vorgenommen wurden. Die Nachfrage konnte natürlich bei der geringen Produktion nicht annähernd befriedigt werden. Die Qualität der Druckpapiere hob sich trotz der schwierigen Verhältnisse im Laufe des Berichtsjahres wesentlich und näherte sich wieder der Friedensware. Kunstdruckpapiere konnten wieder mit Kasein, Post- und Schreibpapier wieder mit besserer schreibfähiger Leimung hergestellt werden. Die Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse waren im allgemeinen gut. Durch den Arbeitgeberverband des Leipziger Großhandels wurden mit den Angestellten und Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen, die Ende des Jahres erneuert wurden, so daß die Gehalts- und Lohnfrage immer glücklich geregelt wurde und es nicht zu Streiks und Aussperrungen kam. Mit den Angestellten- und Arbeiterausschüssen sind keine schlechten Erfahrungen gemacht worden. Die Löhne und Gehälter stiegen wie überall erheblich und verdoppelten sich im Laufe des Berichtsjahres. Die durch die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe ausgeübte Zwangswirtschaft wurde von dem Großhandel zum Teil als sehr störend und hemmend empfunden. Eine Stelle wies jedoch darauf hin, daß die Zwangswirtschaft richtig war, da kleine Verbraucher nur auf diese Weise Zeitungs-, Verlags- und andere Papiere erhalten konnten. — Ausfuhrbewilligungen wurden immer erteilt, wenn die Exportpreise eingehalten wurden. Durch das besetzte Gebiet ging viel Papier in das Ausland. Die Ausländer kauften zum Teil selbst im Inlande ein und zahlten gute Preise. Hierdurch wurde natürlich der Papiermangel im Inlande immer größer und die Preise stiegen auch infolge der teueren Rohstoffe ins Ungemessene. Im Dezember 1919 wurde u. a. für Zeitungspapier das Siebenfache, für andere Sorten das Zehn- bis Fünfzehnfache des Friedenspreise gezahlt. Obwohl im Auslande gute Preise erzielt wurden, kauften die Ausländer bei der schlechten deutschen Valuta immer noch sehr billig. Die gegen Ende des Jahres ausgegebenen Richtpreise kamen zu spät und machten den Export fast unmöglich, da das Ausland durch die früheren niederen Preise verwöhnt

war und die vorgeschriebenen hohen Preise nicht bezahlen wollte. Ueber die Unsicherheit und Langsamkeit im Post- und Eisenbahnverkehr wurde sehr geklagt, desgleichen über die schlechte Wagengestellung und das mangelhafte Wagenmaterial. Die Sendungen erreichten zum Teil durchnäßt ihren Bestimmungsort und ihr Inhalt wurde dadurch wertlos. Die Zahlungsverhältnisse waren günstig. Der bargeldlose Zahlungsverkehr nahm auch im Papiergroßhandel zu.

Die Lage des **Pappengroßhandels** während des Berichtsjahres war den Verhältnissen des Papiergroßhandels sehr ähnlich. Auch hier waren noch nie dagewesene Preissteigerungen infolge der teueren Rohstoffe an der Tagesordnung. Holz-, Leder- und Strohpappen waren zehnmal so teuer wie im Frieden. Viele Fabriken mußten infolge Kohlenmangels ihre Betriebe einstellen oder doch so einschränken, daß sie die riesige Nachfrage nicht annähernd befriedigen konnten. Ueber die Angestellten und Arbeiterverhältnisse wurde vom Großhandel nicht geklagt. Die Zahlungsweise war im allgemeinen sehr gut. Der bargeldlose Zahlungsverkehr hat auch im Pappengroßhandel zugenommen.

Im **Handel mit Schreibwaren** und **Bureaubedarf** war es unmöglich, allen Bestellungen in den geforderten Qualitäten gerecht zu werden, da durch den anhaltenden Kohlenmangel und die große Knappheit der Rohmaterialien in sämtlichen Artikeln das Angebot ständig kleiner wurde. Außer der großen Inlandsnachfrage überschwemmte im Laufe des Jahres das Ausland, vor allem Holland und die nordischen Länder, den Markt mit ihren Einkäufern und tätigte große Abschlüsse. Die Preise wurden bedauerlicherweise erst allmählich und, nachdem viele Waren zu Schleuderpreisen in das Ausland gegangen waren, den Valutaverhältnissen angepaßt. Im Inlande wurden die Preise durch die Auslandskäufe ungünstig beeinflußt und erreichten eine abnorme Höhe. Dies trat besonders gegen Ende des Jahres in Erscheinung, als sich jeder noch reichlich für das Frühjahr vor allem in Zeichen-, Schreib- und Luxuspapieren und Gratulationskarten jeder Art einzudecken suchte, nachdem verschiedene Fabriken wegen Kohlenmangels ihre Betriebe schließen mußten und weitere Einstellungen drohten. Glaswaren jeder Art waren inzwischen aus dem Großhandel gänzlich verschwunden. — Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer erfolgte glatt. Ueber ernstliche Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Angestelltenausschüssen wurde nicht geklagt, wenn auch die geforderten Gehälter vor allem im Kleinhandel nur schwer bezahlt werden konnten und sich dadurch manche Reibereien ergaben. Während die Fabrikanten nur noch gegen 30 Tage Ziel verkauften, sträubten sich anderseits die Kleinhändler vielfach, die von den Großhändlervereinigungen festgesetzten Zahlungsbedingungen, 30 Tage Ziel mit 2 % oder 3 Monate netto, anzuerkennen und forderten noch längeren Kredit.

Herstellung von Chromopapier und Chromokarton. Die Nachfrage nach Waren war während der Berichtszeit andauernd rege und stetig steigend, und zwar sowohl aus dem In- wie aus dem Auslande. Um dem ersteren vor dem anderen gerecht zu werden, wurden die Ausfuhr und die Preisberechnung durch die Selbstverwaltungskörper der fast restlos zusammengeschlossenen Industrie einheitlich geregelt. Die Warenerzeugung entsprach in ihrem Umfange nicht dem Verlangen der Kundschaft. Die Betriebe waren durch den Mangel an Kohlen und an Rohstoffen erheblich in der Ausnützung ihrer Leistungsfähigkeit behindert. Die Rohstoffe befanden sich vielfach in unberufenen Händen; die Kohlenwirtschaft konnte den an sie gestellten Ansprüchen nicht entfernt gerecht werden. Den beteiligten Wirtschaftsstellen wird, wie auf anderen Gebieten der Papierindustrie, so auch hier zum Vorwurf gemacht, daß sie die Herstellung von Zeitungspapier mit der Lieferung von Brennstoffen, Zellstoff u. a. m. in ungerechtfertigtem Maße bevorzugt haben. Mit diesen Verhältnissen hängt es zusammen, daß nicht allenthalben und nicht immer regelmäßig gearbeitet werden konnte. Ungeachtet dessen wurde allen Anforderungen, die von Gesetzgebung und Verwaltung hinsichtlich der Einstellung, Entlassung, Beschäftigung und Entlohnung der Arbeiter gestellt wurden, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten und manchmal nicht ohne Nachteil entsprochen. Dazu kam, daß auch zwischen den beteiligten Berufsvereinigungen die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in befriedigender Weise geregelt werden konnten. So stellt sich von dieser Seite das Arbeitsjahr als nicht ungünstig dar. Die Preise für die Erzeugnisse sind in dem Maße gestiegen, wie es bei den Roh- und Hilfsstoffen und bei den Löhnen der Fall gewesen ist, und sie haben eine Höhe erreicht, bei der man erwartet — weniger befürchtet —, daß unabwendbar ein Abbau stattfinden muß, weil die verarbeitenden Industrien sie infolge des Versagens der allgemeinen Kauflust einfach nicht mehr anlegen können. Der Zahlungsverkehr ist durchweg befriedigend gewesen. Ueber die Verkehrsverhältnisse wird auch hier lebhaft geklagt, namentlich werden die absprechenden Urteile über die Verhältnisse im Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen allenthalben geteilt.

Die **Tapeten**industrie beginnt sich zu erholen. Das Inland, wie das Ausland kaufen befriedigend; es war daher kein Mangel an Arbeit. Allerdings war und ist noch immer die Beschaffung der Roh- und Betriebsstoffe, namentlich von Papier und Farbe, mit Schwierigkeiten verknüpft; die Belieferung mit Kohlen war derart mangelhaft, daß Betriebspausen nicht zu vermeiden waren. Die Arbeiterverhältnisse waren zwar etwas schwierig, im ganzen aber nicht ungünstig, wozu der Abschluß von Tarifverträgen nicht unwesentlich beigetragen hat. Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer bereitete keine Schwierigkeiten. Die Preise sind hoch, die Zahlungsverhältnisse befriedigend. Ueber die Verkehrsverhältnisse wird sehr geklagt; Tapeten verlangen, da ihre Verwendung vielfach an gewisse Zeiten gebunden ist, eine pünktliche und schnelle Beförderung; die war aber alles andere als gesichert. Vor das neue Jahr macht die Industrie ein großes Fragezeichen.

Der Tapeten *handel* hat nicht berichtet.

Die Herstellung von **Kartonnagen und Etuis**, die sich während des Krieges durch Lieferungen für die Armee einer hohen Blüte zu erfreuen hatte, litt nach dem Eintritt des Friedens erheblich, konnte sich aber mit dem Fortschreiten der Zeit wieder erholen. Allerdings hatte sie unter dem Mangel an verschiedenen Stoffen sehr zu leiden. Kohle, Pappe, Papier, namentlich aber gute Klebstoffe wurden der Industrie nur in unzulänglichen Mengen zugeteilt. Auch ein gewisser Mangel an Arbeitsmaschinen herrschte, so daß der Wunsch besteht, es möchte deren Ausfuhr beschränkt werden. Daneben war über den Mangel an eingelernten Arbeitern, namentlich an weiblichen, zu klagen, sowie über verminderte Arbeitslust und Arbeitsleistung. Die Kriegsteil-

nehmer sind sämtlich wieder eingestellt worden. Eine große Erschwerung des Betriebes brachten die Sperrungen von Gas und Elektrizität, namentlich in ihrer zeitlichen Festsetzung und in ihrem Wechsel; der Mangel an Kohle hatte mehrfach Betriebspausen zur Folge. Die Preise waren, wie überall, hoch, doch nahm der Inlandsmarkt die Ware ohne Schwierigkeit auf, so daß die Ausfuhr von wenig Bedeutung war. Die Steuerbelastung erscheint den Unternehmern zwar schwer, aber nicht unerträglich. Die Verkehrsverhältnisse sind auch in diesem Geschäftszweige Gegenstand betrüblicher Klage.

Die diesem Geschäftszweige verwandte Herstellung von **Einrichtungen für Registraturen und Sammlungen (Karteien)** hatte einen sehr guten Geschäftsgang zu verzeichnen, der nur durch die Revolution eine kurze Zeit unterbrochen war. Der Siegeszug der Geschäftsführung nach dem System der losen Blätter geht immer weiter; er wird mittelbar gefördert durch die Verhältnisse, die andere Geschäftszweige als Erschwerung empfinden müssen: die ungünstigen Verkehrsverhältnisse, die Steuerbelastung, die behördlichen Ueberwachungen u. dgl. Natürlich ist das Bild nicht ungetrübt; der Mangel an Kohlen, an Pappe und Papier, vor allem aber an Holz (Eiche), an Leim und an Beizstoffen, wirkten recht hemmend sowohl auf den Betrieb an sich, wie auf das Zustandebringen ordentlicher Waren. Der Absatz war befriedigend im Inlande wie im Auslande. Klagen über die Arbeiterverhältnisse waren nicht zu erheben, wenn auch die Löhne eine starke Steigerung erfuhren. Die Wirksamkeit der Angestellten- und Arbeiterausschüsse war günstig zu beurteilen. Im Eisenbahn- und Postverkehr wirkten die Preissteigerungen weit weniger nachteilig, als die Unzulänglichkeit der Betriebe. Der Zahlungsverkehr ließ in keiner Weise zu wünschen übrig.

Gang und Lage der **Buchdruckerei,** dieses wichtigen Gewerbezweiges in Leipzig, sind nicht ganz einheitlich zu beurteilen. Zwar litten alle Betriebe unter den Nachwehen des Krieges, unter dem Mangel, der schwierigen Beschaffung und dem hohen Preise bei Kohle (die nur etwa mit 40 v. H. des Bedarfs geliefert wurde!), Papier, Benzin und anderen Betriebsstoffen, unter den Streiks, an denen sich übrigens anscheinend die meisten Arbeiter mehr aus Zwang als aus freiem Willen beteiligten, und unter den fortgesetzten Lohnsteigerungen. Doch scheinen die größeren Betriebe nicht so nachteilig betroffen worden zu sein und alle Schläge besser überstanden zu haben, als die mittleren und kleineren. Die Erteilung von Aufträgen ließ zu wünschen übrig; die Industrie bestellte nur das Notwendige, und der Verlagsbuchhandel war zurückhaltend, abgesehen von den Verlegern, die Sensations-, Kriegserinnerungs- und Revolutionsliteratur auf den Markt brachten. Zahlreich und gewinnbringend waren die Luxusdrucke; der Druck wissenschaftlicher Literatur lag danieder, weil die Kaufkraft der Abnehmer zurückgegangen ist. Die Preise müssen als auskömmlich angesehen werden, obwohl vielleicht die wiederholten Aufschläge nicht allenthalben ganz durchgesetzt werden konnten und die Umsatzsteuer manchmal vom Drucker getragen werden mußte. Außenhandel kommt für das Buchdruckergewerbe nicht ausschlaggebend in Betracht. Es ist aber erfreulich, daß das Ausland in letzter Zeit erhebliche und nicht unlohnende Aufträge erteilt hat und weiter erteilt. Die Beschaffung aller Roh- und Betriebsstoffe war, wie bereits bemerkt, sehr schwierig, und sie hatte noch das Bittere an sich, daß die Verteilung der bewirtschafteten Stoffe, namentlich die des Papiers, nicht immer gleichmäßig und gerecht zu sein schien. Man fordert deshalb die Aufhebung dieser Zwangswirtschaft. Mit den Arbeitern war im allgemeinen, wenn auch nicht immer und überall, gut auszukommen. Arbeits- und Lohnverhältnisse stehen unter Tarif. Angestellten- und Arbeiterausschüsse haben zwar manchmal das Eigeninteresse ihrer Auftraggeber zu sehr im Auge gehabt, im großen und ganzen aber befriedigend gearbeitet. Die Arbeitslosigkeit ging über den Reichsdurchschnitt hinaus; durchschnittlich waren etwa 550 Buchdrucker außer Stellung. Da Leipzig der Hauptsitz des Werkdrucks ist, der einen regen und schnellen Verkehr bedingt, machten sich die Stockungen im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr und die Tariferhöhungen empfindlich bemerkbar; noch mehr aber schadete und verärgerte die mangelhafte Abwicklung des Fernsprechverkehrs. Der Zukunft sieht man nicht ohne Zuversicht entgegen, wenn auch die kommenden Steuern manchen Betrieb schwer belasten, manchen vielleicht auch gefährden werden.

Das Wohlergehen des **Steindruckerei**gewerbes ist in hohem Maße abhängig von der Gestaltung der Ausfuhr. Daher nimmt es nicht Wunder, daß es durch den Krieg eine schwere Beeinträchtigung erlitten hatte, die sich erst in den letzten Monaten nach und nach behob, weil die Verhältnisse im Inlande immer wieder erschwerend wirkten. Kohlenmangel, Strom- und Gassperre führten zu scharf einschneidenden Maßnahmen in der Arbeitszeit, zu Stockungen und Betriebsunterbrechungen, während völlige Betriebseinstellungen noch vermieden werden konnten. Die Roh- und Hilfsstoffe waren schwer und nur zu höchsten Preisen zu beschaffen. Allgemein ist die Klage über die Bewirtschaftungsstellen, die es nicht verstanden haben, eine geordnete und gleichmäßige Versorgung der Betriebe zu schaffen und so die Unternehmer in die Hände des gewissenlos arbeitenden Schleichhandels trieben. Man mußte den Lieferanten jede Forderung bewilligen, konnte dagegen die Preise für die erzeugten Waren nicht in Einklang mit den Gestehungskosten bringen. Eine Abhilfe wird von Vereinbarungen innerhalb des Gewerbes erhofft. Die Löhne sind fortgesetzt gestiegen, haben aber durch Tarife eine gewisse Stetigkeit erlangt. Mit den Angestellten bestand kein Tarifvertrag. Der Arbeitsstoff wuchs mit der Zeit zu befriedigendem Stande, namentlich im Inlande, während mit dem Auslande noch nicht recht ins Geschäft zu kommen war, obwohl nicht zu verkennen ist, daß das Verlangen nach deutscher Ware außerordentlich rege ist und zu guten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Allerdings, die Ansichtspostkarte, dieses Haupterzeugnis des Leipziger Gewerbes, geht immer noch schwach, und man kann sich bei ihr auch keiner Besserung versehen, weil die Luxussteuer und die Portoerhöhung sie zu schwer belasten werden. Gut war die Beschäftigung für die Notendruckereien. Die Zahl der Erwerbslosen ist wesentlich zurückgegangen, ja es bestand sogar ein gewisser Mangel an geübten Hilfsarbeiterinnen (An- und Auslegerinnen, Prägerinnen). Das Verhältnis zu den Arbeitern war, wenn auch infolge der Lohnkämpfe nicht ganz ungetrübt, im allgemeinen befriedigend. Die Angestellten- und Arbeiterausschüsse haben zwar manchmal die Rücksichtnahme auf das allgemeine Wohl des Betriebes vermissen lassen, im großen ganzen aber nicht unrecht gearbeitet. Die Kriegsteilnehmer konnten nach und

nach wieder eingestellt werden. Die Arbeitsleistung ging sowohl allgemein, wie im besonderen infolge der Einführung des Achtstundentages, zurück. Von den Steuern fürchtet man namentlich die Luxussteuern der §§ 20 und 30 des Umsatzsteuergesetzes. Gewarnt werden mußte vor einer Verschiebung von deutschen Maschinen und Lithographiesteinen ins Ausland. Die Verkehrsverhältnisse waren wie überall auf das lebhafteste zu beklagen. Der Zahlungsverkehr war durchweg befriedigend.

Notenstecherei und Notendruckerei haben nicht berichtet, doch scheint der Geschäftsgang nicht ungünstig gewesen zu sein, wie aus den Berichten der Steindruckereien geschlossen werden kann.

Die **Holzschneiderei** ist nach wie vor zu den darniederliegenden Gewerben zu rechnen; sie ist durch andere Reproduktionsverfahren abgelöst worden. Nur verhältnismäßig wenige Betriebe mit geringer Arbeiterzahl pflegen sie noch, und sie leiden mehr als andere unter der Ungunst der Verhältnisse. Der Mangel an Heizung lähmte die Tätigkeit der stillsitzenden Arbeiter. Betriebsstoffe, im besonderen Buchsbaumholz, waren schwer zu beschaffen und teuer, die Einschränkung der Zeitungen brachte eine Verminderung in der Verwendung von Druckstöcken mit sich, die durch die Anzeigensteuer noch vermehrt wurde. Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse waren erträglich. Arbeitslosigkeit trat weniger in Erscheinung, weil die Kräfte anderweit Unterkommen fanden. Die langsame Beförderung der Postpakete wurde bei der meist eiligen Versendung unliebsam empfunden. Die Holzschneiderei ist für Unternehmer und Ausübende ein unlohnender Beruf geworden, und es wäre zu wünschen, daß Industrie und Handel sie weit mehr in Anspruch nähmen; sie verdient es um ihrer beseelten Arbeit willen.

Vom Gange und der Lage der **karthographischen Anstalten** gilt im großen und ganzen das, was über die Steindruckerei berichtet wird. Im besonderen ist zu sagen: Im Gewerbe wirkte der Wegfall des Kriegskartendruckes noch lange und erheblich nach. Dazu kam, daß neue Landkarten nur wenig gedruckt werden konnten, weil die neuen Grenzen der Länder noch nicht feststehen, weil der Reiseverkehr verteuert worden ist und die Preise in der wissenschaftlichen und Schulliteratur sehr hoch sein mußten. Der Kartendruck für die kriegsgeschichtlichen Werke und die „Erinnerungen" brachten nur unzulänglichen Ersatz, der sich zudem mit der Zeit noch verringern wird. Der Absatz nach dem Auslande war befriedigend. Die Kriegsteilnehmer konnten noch nicht überall wieder eingestellt werden.

Schriftgießerei und Herstellung von Messinglinien. Diese beiden Geschäftszweige haben unter dem Kriege und seinen Folgen sehr zu leiden gehabt, so daß manche Betriebe zum Erliegen kamen und die anderen nur in etwa ein Drittel bis ein Viertel ihres Friedensstandes arbeiten konnten. Die Druckereien hielten mit ihren Aufträgen allenthalben zurück, die Beschaffung der Metalle war, trotz der anerkennenswerten Leistungen der Metallbeschaffungsstelle für das graphische Gewerbe, außerordentlich schwierig und kostspielig, die Ausfuhr war nur nach wenigen Ländern möglich. Aber schon in den ersten Monaten des Berichtsjahres trat ein beachtlicher Umschwung ein: das Inland forderte wieder Ware und das Ausland trat, oftmals sogar stürmisch, als Käufer auf. Eine vollbefriedigende Arbeit aber konnte nicht geleistet werden, weil der Kohlenmangel anhielt, die Gassperre die Beheizung der Gießöfen behinderte, die Metalle immer teurer wurden und die Löhne fortgesetzt und stark stiegen. Die Ausfuhr mußte gegenüber dem Bedarfe des Inlandes zurücktreten. Das Verhältnis zu den Arbeitern war gut. Die Kriegsteilnehmer sind eingestellt worden, an guten Arbeitern herrscht ein gewisser Mangel. Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind durch Tarif geregelt. Ueber die Steuern wird nicht geklagt, wohl aber über die völlig unzulänglichen Leistungen der Verkehrsmittel.

Die **Gravieranstalten**, d. h. die Betriebe, in denen Messingschriften, Prägeplatten und Druckstöcke für Buchdecken, Kartonnagen, Musterkarten, geprägte Werbeplakate u. dgl. hergestellt werden, sind bis zu 50 v. H. ihrer Erzeugung auf die Ausfuhr angewiesen. Es ist daher begreiflich, daß diese Betriebe während des Krieges und der darauf unmittelbaren Zeit erheblich zu leiden gehabt haben. Im Berichtsjahre aber haben sich die Dinge sehr zum besseren gewendet, so daß man von einem guten Geschäftsgange sprechen kann, zumal da auch im Inlande diejenigen Zweige, die Abnehmer der Graveurerzeugnisse sind, nicht ungünstig lagen. Das Ausland verlangt deutsche Erzeugnisse stark, und die Ausfuhr bedarf keiner Genehmigung, so daß an Absatz kein Mangel ist. Allerdings hat die Ausfuhrfreiheit es mit sich gebracht, daß manche Unternehmen zu Preisen ins Ausland liefern, die eine Verschleuderung deutscher Werte bedeuten. Es wird daher vereinzelt die Forderung erhoben, eine Preisprüfungsstelle bei der Ausfuhr zu errichten. Selbstverständlich war die Betriebsführung nicht leicht. Der Mangel an Kohlen hat nicht nur Schwierigkeiten verursacht, sondern manchmal auch Stockungen, und die Beschaffung der erforderlichen Metalle war mitunter eine Qual. Das Verhältnis zur Gehilfenschaft, die auf einer hohen Bildungsstufe steht und daher wirtschaftliche Verhältnisse zu beurteilen versteht, war sehr befriedigend. Selbstverständlich mußte ihrem berechtigten Verlangen nach angemessener Bezahlung entsprochen werden. Mit der Steuerbelastung hofft man sich abfinden zu können, ebenso mit der Verteuerung des Verkehrs. Die Verbesserung des Verkehrs selbst ist ein dringendes und einmütiges Verlangen. Nicht ganz so günstig war die Lage im **Stempelgewerbe.** Hier waren die Arbeiter ziemlich schwierig mit ihren Lohn- und sonstigen Forderungen, und die Beschaffung von Eisen machte unerträgliche Mühe und Kosten. Auch der Absatz war, namentlich im Inlande, vielfach stockend, so daß ein gewinnbringendes Arbeiten trotz des hohen Preisstandes der Waren nicht möglich war. Das langsame Arbeiten der Ausfuhrbewilligungsstelle trug ebenfalls dazu bei. Erfreulich war das Zustandekommen einer Stahlstempelvereinigung, die die Unternehmer zu einheitlicher Gestaltung verschiedener Arbeitsverhältnisse zusammengeschlossen hat.

Der Handel mit **Buchdruckerei- und Steindruckereibedarf** ist nicht gut gegangen; nur die Preise haben ihn noch einigermaßen erträglich gestaltet. Es herrschte — infolge des Mangels an Kohlen und an Rohstoffen — eine ungemein große Warenknappheit, namentlich an textilen Erzeugnissen (Filz, Molton, Moleskin, Glanztuch u. dgl.), deren Unannehmlichkeiten durch die Geschäftshandhabung verschiedener Zwangswirtschaftsstellen und durch das Treiben der Schieber und Schleichhändler noch mehr verschärft wurde. Man verlangt Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Aus-

fuhr brauchte bei dem Stande des Inlandsmarktes nicht besonders betrieben zu werden; immerhin wäre eine Beschleunigung des Verfahrens bei der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen erwünscht. Die Verteuerung des Verkehres wirkte hemmend auf den Absatz, noch mehr aber taten das die bekannten Uebelstände, unter denen hier die zahlreichen Diebstähle besonders hervorzuheben sind. Die Errichtung der Materialbeschaffungsstelle für das graphische Gewerbe konnte den Handel natürlich nur mit Besorgnis erfüllen, um so mehr, als diese Stelle bei der Belieferung der bewirtschafteten Waren bevorzugt wird. Man sieht in ihr eine dauernde und schwere Gefahr für den berufsmäßigen Handel.

Das **Buchbindereigewerbe** hängt eng mit dem Buchhandel zusammen. Da das Verlangen nach Lesestoff andauernd rege und das Buch ein beliebter Geschenkgegenstand ist, so war auch der Geschäftsgang in der Buchbinderei günstig; er litt in dieser Beziehung nur mit unter den mehrfachen Arbeitseinstellungen im Buchhandel. Das Arbeiten war nicht leicht. Die allgemeinen Notstände — Mangel und Teuerung in Kohle, Pappe, Papier, Kaliko, Zwirn, im besonderen auch an Leim — übten ihre Wirkung auch in diesem Gewerbe. Die Beschaffung war außerordentlich schwierig und die Preise waren sehr hoch. Lebhaft wird über die noch bestehende Zwangswirtschaft geklagt. Sie hat es nicht verstanden, die Betriebe mit den benötigten Stoffen auch nur einigermaßen zu versorgen, während im Handel „hintenherum" alles zu haben war, manchmal sogar zu niedrigeren Preisen. Man fordert hier nachdrücklich die Aufhebung aller öffentlichen Wirtschaft, oder aber eine reichlichere Genehmigung der Einfuhr der Bedarfsstoffe, z. B. von Pappe, die aus dem Auslande trotz des Währungsstandes billiger zu beziehen ist als im Inlande, ferner die Einschränkung der Ausfuhr für diese Stoffe und die Einziehung der Währungsgewinne, die die Waren ins Ausland treiben. Das Verhältnis zu den Arbeitern war nicht ungünstig. Zu wünschen bleiben allerdings eine Erhöhung der Arbeitsleistung durch Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche und durch Leistung von Ueberarbeit, wenn solche nötig ist, sowie ein besseres Einhalten der Tarife, an denen die Gewerkschaftsführer immer wieder rütteln. Die Kriegsteilnehmer sind wieder eingestellt worden; Arbeitslose gab es nur wenig. Die Ausfuhr war gering; sie war bei dem guten Gange des Inlandsgeschäftes nicht nötig; man wünscht aber und hofft, demnächst wieder mit kunstgewerblichen Buchbinderarbeiten im Auslande stärker auftreten zu können. Die Steuerbelastung wird noch als erträglich befunden; man befürchtet aber, daß durch sie die Kaufkraft gerade des besten Bücherkäufers, des Mittelstandes, stark beeinträchtigt werde und daß das Reichsnotopfer manchen Unternehmungen die Betriebsmittel über das Maß des Möglichen hinaus entziehen werde. Auch die Verteuerung des Verkehrs würde nicht übermäßige Sorge machen, wenn nur die Verkehrsverhältnisse besser würden. Der Zahlungsverkehr war durchaus befriedigend, nachdem durch Verbandsvereinbarungen einheitliche Bedingungen geschaffen worden waren.

Buchhandel. Der Verlagsbuchhandel hat erhebliche Umsätze gemacht, namentlich an sogenannter schöner Literatur und an Luxusausgaben, während reinwissenschaftliche Werke, im besonderen wissenschaftliche Zeitschriften, Schwierigkeiten in der Herstellung und im Absatze hatten. Hier fehlte namentlich das Ausland. Aber auch im Inlande haben sich viele Bibliotheken und Gelehrte wegen der Teuerung der Erzeugnisse Einschränkungen auferlegen müssen. Die Beschaffung der Rohstoffe — Papier, Leinen, Leder usf. — wurde von Monat zu Monat schwieriger, es mußten auch erheblich höhere Summen dafür angelegt werden. Arbeitsmangel bestand nirgends, im Gegenteil, in manchen Betrieben wurden mehr Angestellte beschäftigt als früher. Wenn Arbeitslose vorhanden sind, so müssen dafür besondere Gründe vorliegen. Der fünfwöchige Streik im August und September brachte begreiflicherweise viele Betriebsstockungen und wirtschaftliche Nachteile. Auf die älteren Werke wurde von den meisten Verlegern ein Teuerungszuschlag gelegt, neue Bücher erforderten das Drei-, Vier- und Mehrfache der Friedenspreise. Dem Sortimentsbuchhandel wurde durch eine Notstandsordnung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler geholfen. Die Ausfuhr war sehr lebhaft, weil der Währungsstand zum Kaufen lockte; es besteht sogar die Gefahr, daß wertvolle Veröffentlichungen zum Nachteile des deutschen Geisteslebens im Uebermaße ins Ausland gehen. Um dieser Gefahr zu begegnen, haben sich die Leipziger Verleger zu einheitlicher Preisberechnung zusammengeschlossen. Der Gestaltung und der Wirksamkeit der Umsatzsteuer und der Anzeigensteuer sehen die Buchhändler mit Besorgnis entgegen.

Der Handel mit Lehrmitteln wurde durch verschiedene Umstände ungünstig beeinflußt. Durch die Loslösung und Besetzung von Teilen Deutschlands gingen wichtige Absatzgebiete dauernd oder zeitweilig verloren. Die Schulen hielten angesichts der hohen Preise mit ihren Bestellungen zurück, anderseits standen die ihnen von Staat und Gemeinde zur Verfügung gestellten Mittel in keinem Verhältnis zu den Preisen. Die Herstellung von technischen Lehrmitteln war durch Mangel und Verteuerung der Kohlen und aller sonstigen Bedarfsstoffe erheblich erschwert und beschränkt. Besser stand es mit den graphischen Lehrmitteln, weil hier größere Auflagen gedruckt worden waren und daher ziemliche Bestände dalagen. Karten und Globen hatten nur wenig Absatz, weil sie zum Teil veraltet sind; neue konnten, weil die Grenzfestsetzungen noch nicht abgeschlossen sind, nicht angefertigt werden. Erfreulich war das Wiedererstarken des Auslandsgeschäftes, bei dem allerdings die ehemaligen Feinde mehr nur erst vorfühlten als kauften. Jedenfalls ist das Verlangen nach deutschen Lehrmitteln überall lebhaft. Nach manchem Staate könnte das Geschäft noch besser sein, wenn nicht die Verkehrs- und Währungsverhältnisse so ungünstig wären und wenn die Ausfuhr vom Staate allgemein freigegeben würde. Die Arbeiterverhältnisse gleichen denen im Buchhandel. Mit der achtstündigen Arbeitszeit ist zu gewissen Zeiten nicht auszukommen; eine gesetzliche Erweiterung der Möglichkeit des längeren Arbeitens wird gewünscht.

Für den Leipziger Kommissionsbuchhandel war das Jahr 1919 im allgemeinen befriedigend. Das ist aber weniger in einer wesentlichen Ausdehnung der Geschäfte bei den einzelnen Betrieben begründet, sondern in der durch die Preissteigerung bedingten Erhöhung der Umsätze. Die Ergebnisse des Jahres 1918 wurden allerdings nicht ganz erreicht; das lag am Wegfall der umfänglichen Bezüge der Feldbuchhandlungen. Einen beachtlichen Ersatz für diesen Ausfall brachten die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Auslande und das Erscheinen vieler soge-

nannter Erinnerungswerke. Eine schwere Erschütterung erfuhr der Kommissionsbuchhandel durch den Leipziger Generalstreik und den fünfwöchigen Streik der Angestellten. Die Folgen des letzteren sind noch nicht ausgeglichen, und es ist nicht abzusehen, ob sie jemals ganz auszugleichen sein werden; hat doch durch ihn der Ruf „Los von Leipzig“ neue Zugkraft erhalten, wobei aber übersehen wird, daß nicht der Leipziger Kommissionsbuchhandel als solcher das Nachlassen der früheren Ordnung im Bücheraustausch veranlaßt hat, sondern andere und stärkere Faktoren. Durch den Achtstundentag wurde die Arbeitsleistung gesenkt, er zwang auch zu einer zeitigeren Bahnauflieferung; beides hat natürlich den Geschäftsbetrieb schwierig gestaltet. Der Kommissionsbuchhandel ist aber bemüht, alles zu tun, um seinen Ruf und seine Leistungen wieder auf die alte Höhe zu bringen. Die Einrichtung des „Empfohlenen-Dienstes“ darf als erster Schritt dazu bezeichnet werden. Bei seinen Bemühungen kommen ihm die an sich ja recht betrüblichen Verkehrserschwerungen zustatten, die für die zentrale Bücherabfertigung von einem Platze aus sprechen, sowie der Mangel und die Teuerung aller Verpackungsmittel. Der Verkehr mit dem Auslande war belebt, aber beeinträchtigt durch die Verkehrs- und durch die Währungsverhältnisse, letztere in Verbindung mit mancherlei erschwerenden Bestimmungen des Auslandes über den Zahlungsverkehr. Im April 1919 mußte unter dem Zwange der Steigerung aller Geschäftsunkosten eine Gebührenerhöhung eintreten, die aber bei der schwierigen Stellung des Geschäftszweiges in mäßigen Grenzen gehalten werden mußte und noch ein gewinnbringendes Arbeiten ermöglichte.

Im S o r t i m e n t s b u c h h a n d e l hielt guter Geschäftsgang das ganze Jahr hindurch an, nur etwas beeinträchtigt durch den bekannten Angestelltenstreik. Den Höhepunkt erreichte er zu Beginn des Wintersemesters und zu Weihnachten. Das Weihnachtsgeschäft litt allerdings etwas unter den schlechten Verkehrsverhältnissen, die manchen Käufer abhielten, nach Leipzig zu kommen oder hier zu bestellen. Die Kundschaft hat sich ziemlich verändert. Die Gelehrten und Beamten müssen wegen der Teuerung zurückhalten, an ihre Stelle ist der Schieber und der Kriegsgewinnler getreten, die ohne Verständnis für den Inhalt der Bücher nur nach der Ausstattung kaufen. Friedensware ist daher nicht mehr viel vorhanden. An Atlanten und Kontorwandkarten herrscht Mangel; die Nachfrage nach Konservationslexiken konnte nicht befriedigt werden. Je weiter das Jahr vorschritt und der Wert der Mark fiel, desto mehr wuchsen die Bestellungen des Auslandes. Das flaute etwas ab, als man Währungsaufschläge verlangte oder in fremder Währung berechnete. Dafür wurden aber Bücher von Ausländern vielfach persönlich hier am Orte gekauft, oder sie wurden von hiesigen Angehörigen, Freunden und Bekannten gekauft und somit zu unangemessenen Preisen ins Ausland gebracht. Auf der anderen Seite ist bei unserem Währungsstande der Ankauf ausländischer Literatur fast ganz unmöglich geworden, und manche Bibliotheken werden schmerzliche Lücken, namentlich bei Zeitschriften, dauernd beklagen müssen. Die im Sortiment erzielten Preise waren dank der Notstandsordnung des Börsenvereins auskömmlich. Unangenehm und störend waren die Einschränkungen in der Beleuchtung mit Gas und Elektrizität.

Die Lage des A n t i q u a r i a t s b u c h h a n d e l s war durchweg gut, im besonderen auch in den mit ihm verbundenen Versteigerungen. Die Rückkehr der akademischen Jugend zum Studium, das Entstehen neuer Käuferschichten, die Kauflust des Auslandes, die Verminderung des Wettbewerbes infolge starker Aussaugung der Läger — das alles hat zu einem befriedigenden Geschäftsgange, zu gewinnbringenden Versteigerungen und zu auskömmlichen Preisen beigetragen. Bedenklich waren dabei nur die Beschaffenheit der neuen Käuferschichten (Kriegsgewinnler, Schieber) und die Spekulation Unberufener, namentlich in Konversationslexicis. Der Einkauf wird andauernd schwieriger, weil die Besitzer alter Bücher in ihrer Abgabe zurückhaltender werden, vielfach in Ueberschätzung des Wertes ihres Besitzes. Die Verkaufsordnung für Auslandlieferungen fand nicht allenthalben den ungeteilten Beifall des Antiquariatsbuchhandels; zum mindesten hätten mit den Aufschlägen die älteren Verlagsauflagen verschont werden müssen, die durch das Antiquariat vor dem Liegenbleiben bewahrt werden. Die neuzeitliche Angestelltenbewegung hat das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verschoben, ohne gerade das gute Einvernehmen zwischen beiden zu beeinträchtigen.

Das B a r s o r t i m e n t hatte im Jahre 1919 eine wechselnde Entwicklung. Die ersten Monate brachten einen guten Durchschnittsumsatz; dieser aber wurde unterbrochen einmal durch den Generalstreik und dann durch den Streik der Buchhandelsangestellten. Zweimalige Erhöhungen der Bezüge der Angestellten bedangen Aufschläge auf die Bücher und sie wiederum lähmten den Absatz. Im Oktober erst trat ein Ausgleichszustand ein, der sich Ende November zu einer Umsatzsteigerung auswuchs, die die glatte Abwicklung des Weihnachtsgeschäftes nicht immer gestattete. Die Versorgung des Lagers mit Büchern war nicht immer leicht; auf der einen Seite standen der Mangel und die Verteuerung der Stoffe, auf der anderen eine Neigung der Verleger zur unmittelbaren Versorgung der Abnehmer. Der Kohlenmangel brachte unliebsame Verlegung der Geschäftszeiten. Mit den Lohnforderungen der Angestellten hat man sich abgefunden, der Achtstundentag aber schädigte das Barsortiment, das in der Weihnachts- und Schulbücherzeit zum Saisongeschäft geworden ist, nicht unerheblich, weil eine lückenlose und schnelle Ausführung der Bestellungen mit ihm nicht möglich war. Es wird eine weitergehende Bewilligung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit gewünscht. Die Arbeiterausschüsse sollen nicht gerade viel Ersprießliches geleistet haben, trotzdem sie recht oft wirksam gewesen sind. Die Kriegsteilnehmer und die Schwerkriegsbeschädigten wurden wieder eingestellt. Die Preise der Bücher sind von den Verlegern fortgesetzt erhöht worden. Das beeinträchtigt den Absatz im Inlande, hinderte aber das Ausland in seinen umfänglichen Käufen nicht. Die Preisberechnung für das Ausland ist durch die vom Börsenverein erlassene Verkaufsordnung für Auslandslieferungen geregelt worden. Von der Umsatzsteuer werden für das Barsortiment schwere Schädigungen befürchtet. Dieses arbeitet nur mit einem ganz kleinen Bruttogewinn. Die Erhöhung der Umsatzsteuer kann bewirken, daß die Verbraucher zum unmittelbaren Bezuge vom Verleger übergehen und daß Leipzigs Stellung im Buchhandel erschüttert wird. Die schwierigen Verhältnisse im Verkehr haben zwei entgegengesetzte Wirkungen gehabt: während der Bezug vom Barsortiment erschwert wurde, trat beim Verbraucher die Neigung zum Bezuge aus einer Hand stärker in Erscheinung. Die Zahlungsverhältnisse waren, abgesehen von Deutsch-Oester-

reich und den besetzten Landesteilen im Osten, günstig. Geklagt wird, wie überall, über die vielen Fälschungen der Reichsbanknoten und über die schlechte Beschaffenheit des papierenen Notgeldes.

Der Kolportagebuchhandel hat durch den Krieg sehr gelitten und hat sich davon durch das Auftreten der Kriegsliteratur, die als vorübergehende Erscheinung zu beurteilen ist, nicht erholen können. Viel illustrierte und Fachzeitungen sind eingegangen, der Lieferungsroman ist verschwunden, nur die Modezeitungen haben sich, trotz aller Verteuerungen, gehalten. Durch den Verlust und die Besetzung deutscher Länderstriche ist das Absatzgebiet beschnitten worden, die Steigerung der Gehälter, Löhne und Unkosten, die Erhöhung der Umsatzsteuer, die Verschlechterung und Verteuerung aller Verkehrsmittel haben den Betrieb und den Absatz geschmälert. Bei solcher Lage der Dinge wagt der Kolportagebuchhandel nicht, froh in die Zukunft zu blicken, wenn auch der Zahlungsverkehr nichts zu wünschen übrig ließ.

Die Lage im **Kunsthandel** während des Jahres 1919 war in jeder Beziehung zufriedenstellend. Besonders für große Objekte war viel Interesse vorhanden. Erste gute Namen wurden bevorzugt und hierbei nach dem Preise nicht gesehen. Es machte sich auch im Kunsthandel der Mangel an guten Werken bemerkbar; was hiervon auf den Markt kam, wurde sofort wieder umgesetzt. Das Ausland bevorzugte allgemein Kunstwerke von lebenden Künstlern. Beim Verkaufe wurden die Valutaverhältnisse berücksichtigt. Im Kunstantiquariat veranlaßten die sehr hohen Preise vielfach den Verkauf von Privatbesitz, während im allgemeinen der Privatbesitzer der Unsicherheit des Geldmarktes wegen dem Verkaufe abgeneigt war. Die Erschwerungen des Reisens fielen beim Kunsthandel besonders ins Gewicht, da die Objekte beim An- und Verkaufe stets persönlich besichtigt werden mußten.

XI. Leder-Industrie. Rauchwaren, Borsten. Gummi.

Seit November 1914 unterlag **Leder** der Zwangsbewirtschaftung, so daß der Verkehr in der gesamten Lederbranche sich während des ganzen Krieges nach behördlicher Anordnung und Reglementierung vollzog. Mit Beendigung des Krieges wurde von den Lederherstellern, Lederhändlern und Lederverarbeitern mit allen Kräften auf die Beseitigung der Leder-Zwangswirtschaft hingearbeitet, aber erst Mitte August 1919 erfolgte die Freigabe des Leders und die Aufhebung der Lederhöchstpreise. Der größte Teil des Jahres 1919 stand also noch unter dem Zeichen der Zwangswirtschaft. Die Preise wurden künstlich niedrig gehalten und der Schleichhandel stand infolgedessen in vollster Blüte. Alle Versuche, diesem Schleichhandel wirksam entgegenzutreten, waren erfolglos. Als dann endlich am 15. August 1919 die Lederzwangswirtschaft beseitigt wurde, setzte sofort eine gewaltige Preissteigerung ein, da die aus Fachkreisen für eine gewisse Uebergangszeit vorgeschlagenen Richtpreise seitens der Regierungen nicht aufgegriffen wurden. Gleichzeitig mit Leder wurden auch Rohhäute und Gerbstoffe freigegeben, und mit der ständigen Preissteigerung für diese Artikel stiegen auch die Lederpreise bis zum Jahresschluß sprunghaft.

Die **Lederindustrie** war während der Zwangswirtschaft fast ausschließlich beim Bezug von Häuten und Fellen auf die im Inlande fallende Ware angewiesen, und die rohen Häute kamen, soweit sie nicht vom Schleichhandel erfaßt wurden, gleichmäßig zur Verteilung an die Gerbereien. Von Monat zu Monat wurden aber die ordnungsmäßigen Andienungen der rohen Häute geringer. Zwar war auch während der Zwangswirtschaft die Einfuhr von ausländischen rohen Häuten und Fellen unter gewissen Bedingungen erlaubt. Praktisch war sie aber, abgesehen von einzelnen Fällen, wo es sich um Kompensationsgeschäfte handelte, nicht möglich, da die Preise für die Rohprodukte im Auslande ganz erheblich höher waren, als die Höchstpreise für fertige Leder im Inlande, an die die Lederindustrie gebunden war. Die Ausfuhr von Leder war verboten, aber auch dieses Verbot stand nur auf dem Papiere, da infolge der durch die Beschlagnahme niedrig gehaltenen Lederhöchstpreise Leder im Verhältnis zum Weltmarktspreis außerordentlich billig war und somit der Anreiz gegeben war, größere Mengen Leder auf ungesetzlichem Wege durch das Loch im Westen auszuführen. Alle Maßnahmen der Regierung konnten diesen ungesetzlichen Ausfuhrhandel nicht unterbinden. Mit Aufhebung der Zwangswirtschaft fielen diese Uebelstände weg. Die Preise für rohe Häute mußten sich nun dem Weltmarktspreis anpassen, der um das vielfache höher war als die gesetzlich festgesetzten Höchstpreise während der Zwangswirtschaft. Infolge unserer dauernd sinkenden Valuta stiegen die Preise von Monat zu Monat bis zu einer nie geahnten Höhe. Die Einfuhr von rohen Häuten war in den ersten Monaten nach Aufhebung der Zwangswirtschaft bedeutend und demgemäß wurde auch der Beschäftigungsgrad in den Gerbereien besser. Leider war aber die Einfuhr von rohen Häuten und Gerbstoffen in den letzten Monaten des Jahres infolge der fortschreitenden Entwertung unseres Geldes kaum noch möglich. Der Ausfuhrhandel mit fertigen Ledern unterlag Beschränkungen. Gebrauchsleder durfte nur ausgeführt werden gegen Einfuhr entsprechender Mengen von rohen Produkten, dagegen wurden dem Ausfuhrhandel in hochwertigen Luxusledern größere Erleichterungen zugestanden. War somit der Geschäftsgang in der Lederindustrie im letzten Drittel des Jahres 1919 auch lebhaft, so wurde doch durch die Abgabe vom Konjunkturgewinn, die eine Deckung für unausbleibliche Baisseverluste ausschließt, im Zusammenhange mit den übrigen hohen Steuerlasten eine starke Unsicherheit in die Lederindustrie hineingetragen.

Von diesen Verhältnissen der Lederindustrie wurde der **Lederhandel** vollständig beeinflußt. Der Großhandel war während der Zwangswirtschaft bis auf einige Firmen, die die Verteilung des Leders an den Kleinhandel zu versorgen hatten, völlig ausgeschaltet und blieb es auch nach Beendigung des Krieges bis zum August 1919. Der Schleichhandel, der meist in den Händen von Elementen lag, die früher mit Leder nichts zu tun hatten, fügte dem legitimen Handel großen Schaden zu, und es wurden auf diese Weise den offiziellen Lederverteilungen große Mengen entzogen. Neben den Lederhöchstpreisen waren für den Handel seitens der Behörde Nutzensätze vorgeschrieben, die sich in sehr bescheidenen Grenzen hielten, so daß bei der ungeheueren Zunahme der Unkosten der Nutzen bei vielen Handelsgeschäften zur Deckung der Spesen nicht mehr ausreichte. Erst mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft besserten sich diese Zustände, und es setzte ein lebhafter Geschäftsgang ein. Die

gewaltige Preissteigerung ließ aber eine Stetigkeit und Sicherheit im Handel nicht aufkommen, zumal durch die Konjunkturgewinnabgabe, wie schon erwähnt, große Beunruhigung hervorgerufen worden ist.

Im Leder-Kleinhandel bewegte sich das Geschäft bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft ebenfalls in bestimmten engen Grenzen. Mit Beginn der freien Wirtschaft entwickelte sich aber ein sehr lebhaftes Geschäft, das bis zum Jahresschluß anhielt. Bodenleder war immer genügend vorhanden, dagegen konnte in feinen schwarzen Oberledern, wie Boxkalf und Chevreaux die Nachfrage nicht immer befriedigt werden, besonders in feinen farbigen Oberledern und in Lackleder machte sich ständig eine Knappheit fühlbar. In Sattlerleder war das Geschäft das ganze Jahr über lebhaft. Begehrt wurden in erster Linie naturelle kräftige Blankleder, die sich auch zur Verwendung als Treibriemenleder eigneten. Die Preise gingen mit Beginn des freien Handels sofort beträchtlich in die Höhe; Bodenleder etwa auf das Zweieinhalbfache, Oberleder ungefähr auf das Vierfache der letzten bis Mitte August gültigen Höchstpreise. Bei diesen Preisen blieb es aber nicht, die Preise stiegen weiter und kamen am Jahresschluß auf eine nie für möglich gehaltene Höhe, nämlich für Bodenleder ungefähr das 20 fache, für Oberleder etwa das 50 fache der letzten Preise vor dem Kriege.

In der **Lederwarenindustrie** war die Herstellung feiner Lederwaren und Reiseartikel während der Kriegsjahre fast gänzlich zum Stillstand gekommen. Die Betriebe hatten sich aber mit gutem Erfolg auf die Erzeugung von Gegenständen für den Heeresbedarf eingestellt. Nach Beendigung des Krieges wurde die Fabrikation in Koffern und sonstigen Lederwaren wieder sehr rege, da eine große Nachfrage einsetzte. Das Inland war zwar in seinen Einkäufen ziemlich zurückhaltend, da die Waren durch die große Steigerung der Materialpreise, Arbeitslöhne und aller sonstigen Unkosten sehr verteuert sind. Um so größer waren aber die Einkäufe und Bestellungen des Auslandes, veranlaßt durch die eigene Warenknappheit und den Tiefstand der Markwährung. Wenn auch die Fabrikation mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, so war doch der Geschäftsgang im Jahre 1919, namentlich nach Aufhebung der Zwangswirtschaft, recht zufriedenstellend.

Auch für die **Treibriemenindustrie** bedeutete das Jahr 1919 zunächst die Fortsetzung der Zwangsbewirtschaftung unter der Kontrolle der Riemenfreigabestelle in Berlin. Die Zuteilungen an Leder seitens der Riemenfreigabestelle betrugen im ersten Vierteljahr 1919 10 % der Friedensquote vom Jahre 1913, im zweiten Vierteljahr sogar nur noch 5 %. Diese zunehmende Knappheit an Leder war nicht zum wenigsten eine Folge des immer mehr um sich greifenden Schleichhandels in Leder. Die Industrie ihrerseits begünstigte den Schleichhandel in Treibriemen insofern, als sie zu jedem Preise die ihr angebotenen Riemen aufkaufte, weil sie von der Riemenfreigabestelle die Bezugsscheine nur sehr schwer und erst nach langer Zeit erhalten konnte. Die Zustände wurden von Monat zu Monat schlechter, bis im August die Auflösung der Riemenfreigabe erfolgte und der freie Handel wieder eintrat. Auch jetzt aber war Leder für die Treibriemenfabrikation zunächst nur schwer zu erhalten, da die Gerbereien mit dem Verkauf zurückhielten, um die Preisgestaltung abzuwarten. Während die Preise für Riemenleder im Januar 1919 unter der Zwangswirtschaft noch rund etwa 14 ℳ pro Kilo betrugen, kosteten diese Leder gegen Ende des Jahres etwa das Neunfache. Entsprechend sind natürlich auch die Preise für Ledertreibriemen gestiegen. Die Nachfrage nach Ledertreibriemen war am Schlusse des Jahres immer noch sehr groß, da noch immer große Knappheit an Leder bestand.

Auch **die Schuhindustrie** hat, wie die übrigen lederverarbeitenden Industrien, bis August 1919 der Zwangsbewirtschaftung unterlegen. Die Zuteilung des Leders sowie die Festsetzung der Preise für die Fertigfabrikate waren bis ins kleinste geregelt. Bei Einführung der Zwangswirtschaft wurden seinerzeit eine große Anzahl mittlerer und kleinerer Schuhfabriken geschlossen, um dadurch den wenigen weiter arbeitenden Betrieben angesichts der vorhandenen geringen Lederbestände eine rationelle Bewirtschaftung ihrer Unternehmen zu gewährleisten. Im März 1919 wurde eine Erleichterung in der Zwangswirtschaft dadurch herbeigeführt, daß die Verteilung der fertiggestellten Schuhwaren nicht mehr wie vorher auf Anweisung der zuständigen Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft, sondern auf Grund von Kundeneinschreibungen zu erfolgen hatte. Wurde auf diese Weise auch der unmittelbare Verkehr zwischen Fabrikant und Händler wieder hergestellt, so nahm doch der Schleichhandel in Schuhwaren im Berichtsjahre immer mehr und mehr überhand, bis endlich die Aufhebung der Zwangswirtschaft erfolgte. Nunmehr suchten auch in der Schuhindustrie die Preise in schnellem teilweise sprunghaften Tempo Anschluß an den Weltmarktspreis. Zunächst war die Nachfrage nach Schuhwaren sehr rege, aber gegen Ende des Jahres entstanden im Absatze der Fertigfabrikate bei den Fabriken Störungen, obgleich von einer Ueberproduktion in der Schuhindustrie in absehbarer Zeit noch keine Rede sein kann, da bei den fabelhaft hohen Preisen die Kaufkraft des Publikums nachläßt.

Für den **Schuhhandel** waren die Kriegsmaßnahmen von einschneidender Bedeutung. Durch die Zwangsbewirtschaftung wurden die Verkaufspreise für die vorhandenen Schuhwaren sowohl der Großhändler als auch der Kleinhändler geregelt. Der Großhändler durfte nur an Kleinhändler, der Kleinhändler nur an Verbraucher seine Waren abgeben. Jeder Schuhhändler wurde nur im Verhältnis seines Friedensbezugs mit Schuhwaren beliefert. Diese Belieferung war infolge der Knappheit der Rohstoffe äußerst gering. Mit Einführung des Bezugsscheinsystems wurde der Großhandel völlig ausgeschaltet und blieb es bis zur Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung. In den ersten Monaten nach Aufhebung der Zwangswirtschaft war das Geschäft außerordentlich stark und der Handel war kaum in der Lage, die geforderten Mengen Schuhwaren herbeizuschaffen. Infolge der ständig steigenden Preise ließ aber gegen Ende des Jahres das Geschäft bereits wieder nach, da der Konsument einfach nicht mehr in der Lage war, die Preise zu zahlen.

Häute und Felle unterlagen im Jahre 1919 zunächst noch der Zwangsbewirtschaftung. Wie überall, so blühte infolgedessen auch hier der Schleichhandel. Häute und Felle wurden in immer größeren Mengen zurückgehalten und dadurch der allgemeinen Bewirtschaftung entzogen. Am 15. August 1919 erfolgte die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung. Die Folge war, daß nach und nach

größere Posten Ware zum Vorschein kamen und daß, wie vorauszusehen war, eine gewaltige Preissteigerung eintrat. Die Lederfabrikation war ausgehungert. Zuerst erfaßten die großen Fabriken schnell die Lage und sicherten sich möglichst viel Ware; die kleineren Firmen kauften nur langsam und kamen dadurch ins Hintertreffen. Die Preise gingen immer höher und höher. Ausländische Häute und Felle wurden sehr reichlich angeboten, doch kamen davon nur kleine Partien nach Deutschland herein, weil infolge der schlechten Valutaverhältnisse sich die Preise für diese ausländischen Häute größtenteils noch ungünstiger stellten als für einheimische Ware. Dazu kam das Risiko einer verspäteten Ankunft infolge der schwierigen Transportverhältnisse.

Rauchwaren. Für den gesamten deutschen und in erster Linie für den Leipziger Rauchwarenhandel ist die im Verlaufe des Krieges immer mehr verschärfte wirtschaftliche Absperrung Deutschlands von empfindlichem Einfluß gewesen. Die Stärke des deutschen Rauchwarenhandels liegt in seinem Welthandelscharakter, in der führenden Rolle, die er auf dem Weltmarkt einnimmt. Es galt daher, alles daran zu setzen, den Bestrebungen des Auslandes gegenüber, Deutschland von der ersten Stelle zu verdrängen, die durch die allgemeine Ausschaltung des deutschen Handels aus dem Welthandel begünstigt wurden, die alte Konkurrenzfähigkeit zu behaupten. Der Rauchwarenhandel konnte sich dabei im Kriege nur der neutralen Länder bedienen, da jeder Warenverkehr mit den hauptsächlichsten, sowohl als Produktionsländer wie auch als Absatzgebiete in Betracht kommenden Ländern, z. B. Rußland, Nord- und Süd-Amerika, unterbunden war. Doch auch der Verkehr mit dem neutralen Ausland konnte sich nicht völlig frei und uneingeschränkt vollziehen. Durch das bereits zu Beginn des Jahres 1917 erlassene allgemeine Einfuhrverbot wurden auch die Rauchwaren betroffen und deren Einfuhr im finanzpolitischen Interesse des Reiches nur unter besonderen Bedingungen zugelassen. Aus der Erwägung heraus, daß Rauchwaren Luxusartikel sind, die im Inland nicht benötigt werden, wurde das Entstehen von Forderungen des Auslandes an Deutschland durch den Einkauf von Rauchwaren im Ausland nur gestattet, wenn Schaffung von deutschen Guthaben im Ausland durch Ausfuhr von Rauchwaren gewährleistet ist. Den einführenden Firmen werden daher seitdem Einfuhrbewilligungen nur erteilt gegen Uebernahme der Verpflichtung, in gleicher Höhe des Einfuhrwertes Rauchwaren wieder nach dem Ausland zu verkaufen. Während der Geltung der Devisenordnung bis September 1919 wurde außerdem der Nachweis des Einganges des Kaufpreises und Ablieferung der Devisen an die Reichsbank gefordert. Die Einfuhr der hochwertigsten Luxusartikel, wie z. B. Blau-, Kreuz- und Silberfüchse, Eisbären, Zobel, Leoparden usw. durfte überhaupt nicht erfolgen.

Diese im Reichsinteresse notwendigen Einfuhrbeschränkungen legten dem Rauchwarenhandel immerhin erhebliche Fesseln an. Die Zufuhr von außen, erschwert durch die mangelhaften Transportverhältnisse und zeitweise gehemmt durch Ausfuhrverbote in den neutralen Ländern, konnte im Verhältnis zum Bedarf nur in unzureichendem Umfange erfolgen; und die inländische Produktion, die in der Hauptsache in Kanin besteht, das aber infolge der Beschlagnahme der Rohware dem freien Handel bis Ende 1918 entzogen war, konnte natürlich den Ausfall der Zufuhr nicht ausgleichen. So machte sich ein immer mehr zunehmender Warenmangel im Rauchwarenhandel fühlbar und beeinflußte sowohl das Inlandsgeschäft als auch den Außenhandel erheblich. Gegen Ende 1918 war die Warenknappheit so verschärft, daß nennenswerte Vorräte kaum noch vorhanden waren. Dem Mißverhältnis von Bedarf und Angebot entsprechend, gingen die Preise dauernd in die Höhe.

Die Anfang Dezember 1918 erfolgte Aufhebung der Beschlagnahme von Kanin führte dem Handel wenigstens den bedeutendsten inländischen Artikel wieder zu, und zwar in so erheblichen Mengen — im März 1919 kamen noch die großen Bestände der Kriegsfell-Aktien-Gesellschaft hinzu, — daß es zu einem ungeheueren Preisrückgang in Kanin und als Folge davon auch in anderen deutschen Wildfellen kam. Diesen günstigen Preisstand benutzte sowohl das Ausland als auch die inländische, namentlich die Berliner Pelzkonfektion, zu großen Einkäufen in Kanin.

Während im allgemeinen unter dem Einfluß des politischen Zusammenbruchs von Ende 1918 die Lage im Rauchwarenhandel noch zu Beginn des Jahres 1919 eine sehr ungeklärte war und das Geschäft zeitweise fast stillstand, hob sich in Erwartung baldigen Friedens und der damit verbundenen Wiederherstellung des freien Warenverkehrs mit dem Ausland sehr bald der Unternehmungsgeist und die Kauflust des deutschen Rauchwarenhändlers, und das Geschäft entwickelte sich bei den eingetretenen gesunden Preisverhältnissen äußerst lebhaft und wurde von Monat zu Monat zufriedenstellender.

Die Hoffnung auf baldige reichliche Zufuhr von Rohware aus dem Ausland verwirklichte sich allerdings noch nicht sofort, die Einfuhr ausländischer Felle blieb vielmehr noch in engen Grenzen, da ein unmittelbarer Bezug von Ware vom Weltmarkt noch nicht möglich war. Die ersten größeren Zufuhren überseeischer Felle kamen erst zur Ostermesse 1919 vom Luzerner Pelzfellmarkt nach Deutschland und speziell nach Leipzig. Dem folgten dann Einfuhren über die nordischen Länder und über das besetzte Gebiet.

Von größter Wichtigkeit war die im Mai 1919 erfolgte Aufhebung des völligen Einfuhrverbotes für die hochwertigsten Rauchwaren. Dieses Verbot war im Rauchwarenhandel schon seit langem als äußerst hemmend empfunden worden und hatte zur Folge gehabt, daß der Leipziger Platz von diesen Artikeln allmählich völlig geräumt war. Deutschlands führende Stelle im Rauchwarenwelthandel setzt jedoch das Vorhandensein *sämtlicher* Artikel voraus; das Fehlen einzelner Fellarten würde mit der Zeit zum direkten Einkauf des Auslandes in den produzierenden Ländern unter Umgehung Deutschlands zwingen und somit zum schweren Nachteil werden. Auf der im Juni 1919 in Kopenhagen stattfindenden Auktion von Blaufüchsen und Eisbären hätte der deutsche Rauchwarenhändler bei der alten Bestimmung überhaupt nicht als Käufer auftreten können und wäre den anderen kaufenden Ländern gegenüber im Nachteil gewesen. Dies veranlaßte die Reichsregierung, das Verbot aufzuheben und auch die Einfuhr der hochwertigen Rauchwaren unter der üblichen Ausfuhrverpflichtung zu gestatten. Von der Kopenhagener Auktion sind dann auch diese Artikel, namentlich Blaufüchse und Eisbären, nach Deutschland gebracht worden.

Nach Oeffnen unserer Grenzen wurde endlich der unmittelbare Bezug von Rohware aus einigen der hauptsächlichsten Ursprungsländer, Nord- und Süd-Amerika und Australien möglich — aus Ruß-

land sind dagegen nennenswerte Zufuhren noch nicht gekommen —, und der bisher den neutralen Ländern für die Vermittlungstätigkeit gezahlte Zwischennutzen konnte wegfallen.

Nach der üblichen Sommerpause in den Monaten Juni und Juli setzte ein äußerst lebhaftes Geschäft ein. Das Ausland, darunter auch unsere bisherigen Feinde, namentlich Amerika und Frankreich und indirekt auch England, trat als starker Käufer auf. Aber auch die inländische, fellverarbeitende Industrie tätigte nunmehr große Abschlüsse, um sich vom Ausland nicht alle Waren wegkaufen zu lassen. Die Folge davon war ein rasches und dauerndes Hinaufschnellen der Preise. Neben der starken Nachfrage war es auch das seit Oktober 1919 fortgesetzte Sinken der deutschen Valuta, durch das die Preise automatisch in die Höhe gingen, und es haben sich im Rauchwarenhandel mehr wie in anderen Gewerbezweigen die Preise dem Weltmarktpreis völlig angepaßt.

Der schlechte Valutastand verteuerte zwar zunächst die eingeführte ausländische Rohware, ermöglichte aber anderseits die Ausfuhr auch der inländischen Ware zu bedeutend höheren Preisen und begünstigte überhaupt die Ausfuhr in hohem Maße, so daß die im Jahre 1919 ausgeführten Rauchwaren im Werte die Einfuhr weit überstiegen haben.

Trotz der hohen Preise für das Rohmaterial und der stark gestiegenen Unkosten sind die Verdienste bei einem im Verhältnis zu früher quantitativ geringeren Warenquantum so bedeutend gewesen, daß das Jahr 1919 für den Leipziger Rauchwarenhandel als glänzend bezeichnet werden kann. Zu seiner alten Bedeutung wird der Rauchwarenhandel allerdings erst wieder kommen, wenn ihm seine Hauptstütze — Rußland — sowohl hinsichtlich des Bezuges von dort als auch als Absatzgebiet, wieder voll zugänglich ist, was aber, solange dort nicht geordnete Zustände eintreten, kaum zu erwarten ist.

Was die Rauchwaren-Veredelungs-Industrie betrifft, so hatte diese fast mehr noch wie der Rauchwarenhandel unter dem Waren- und Materialmangel stark zu leiden. Die unzulängliche Kohlenzuteilung brachte besonders im Jahre 1919 erhebliche Einschränkung der Betriebe und sogar teilweise Stillegung mit sich. Weitere Erschwerungen bedeutete die große Knappheit der Chemikalien und Farbstoffe, die den Zurichtereien und Färbereien nur in ganz ungenügenden Quantitäten zugewiesen wurden. Dies alles hatte zur Folge, daß die Produktionsfähigkeit der veredelnden Betriebe bei weitem nicht voll ausgenutzt werden konnte, was wiederum bedingte, daß der Veredelungsprozeß selbst weit längere Zeit in Anspruch nahm und durchweg lange Lieferfristen zugebilligt werden mußten.

Wegen der ungenügenden Zufuhr ausländischer Rohware, war die Veredelungsindustrie in der Hauptsache auf inländische Wildware angewiesen und sie wandte sich mit besonderer Sorgfalt dem Artikel Kanin zu. Besonders nach Aufhebung der Beschlagnahme der rohen Kanin erhielten die Zurichtereien und Färbereien große Veredelungsaufträge. Es entwickelten sich in der Bearbeitung von Kanin Spezialitäten, die eine solche Vervollkommnung erreichten, daß sie den besten französischen und belgischen Fabrikaten, die vor dem Kriege den deutschen überlegen waren, jetzt nicht nur gleich kommen, sondern sie sogar übertreffen. Was zuerst nur als Notbehelf wegen Mangel an anderen Waren aufgegriffen worden ist, hat zu einer erfreulichen Bereicherung der deutschen Veredelungsindustrie geführt. Kanin ist dadurch zu einem der besten und lohnendsten Handels- und Konfektionsartikel sowohl des Inlands- als auch des Ausfuhrgeschäftes geworden.

Neben Kanin hat sich die Veredelungsindustrie eifrig mit der Veredelung von Füchsen befaßt und damit ebenfalls vorzügliche Fabrikate erreicht.

Die Rauchwaren-Veredelungs-Industrie hat durch die ständige Vervollkommnung der alten Veredelungsarten, sowie durch Schaffung neuer Färbungen erfolgreich dazu beigetragen, daß die Bestrebungen des Auslandes, durch Errichtung von Zurichtereien und Färbereien die deutschen Fabrikate zu verdrängen, nicht den gewünschten Erfolg hatten.

Zwar sind vereinzelt auch im Ausland, namentlich in Nord-Amerika, in der Veredelung Fortschritte gemacht worden, doch sind diese Qualitäten noch nicht so vollendet, daß sie mit den deutschen Fabrikaten auf dem Weltmarkt konkurrieren können.

Neben der Veredlung für inländische Rechnung waren auch die Veredelungsaufträge aus dem Ausland ganz erheblich. Zwecks Erleichterung der Einfuhr von Veredelungsware ist in Leipzig ein sehr einfaches und praktisches Verfahren, der sog. Lohnveredelungsverkehr, eingerichtet, wodurch die Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen entbehrlich ist.

Um auch in der Veredelungs-Industrie dem Stand der Valuta Rechnung zu tragen, wird bei Auslandsaufträgen ein Valutazuschlag des Inlandspreises berechnet.

Die frühere Höhe wird die Leipziger Rauchwaren-Industrie erst dann wieder erreichen, wenn wie früher, der größte Teil der gesamten Welternte auf den Leipziger Platz kommt und wenn die Produktionsfähigkeit durch den Mangel an Kohlen, Chemikalien und Farbstoffen nicht mehr beschränkt wird.

Aehnlich wie im Rauchwarenhandel und in der Rauchwaren-Veredelungs-Industrie lagen im Jahre 1919 auch die Verhältnisse in der Pelzwarenkonfektion. Das Fehlen vieler ausländischer Artikel zwang zur Verarbeitung inländischer Waren, und zwar auch hier im wesentlichen des Kanins.

Trotz der ständig steigenden Preise für die Fertigfabrikate war der inländische Konsum doch außerordentlich stark, vermutlich veranlaßt durch die hohen Verdienste, die die Anschaffung des teueren Pelzwerkes ermöglichten. In der zweiten Hälfte des Jahres 1919 setzten auch große Einkäufe des Auslandes in Pelzkonfektion ein, die besonders erfreulich sind, da bei der Ausfuhr fertigen Pelzwerkes auch deutsche Arbeit vom Ausland mit bezahlt wird. Im großen und ganzen brachte 1919 auch der deutschen Pelzkonfektion ein glänzendes Geschäft und bedeutende Verdienste.

Im Großhandel mit **Borsten** besteht, solange Rußland vom Welthandel abgeschlossen ist, keine Aussicht, die im letzten Jahre recht trübe Lage zu bessern, zumal die russischen Randstaaten Verfügungen erlassen haben, nach denen die Ausfuhr von Borsten nach Deutschland verboten ist. Größere, beispielsweise in Meseritz in Polen, lagernde Mengen konnten deshalb nicht zu uns gelangen. Besonders seit Abzug unserer Truppen aus Polen, Livland, Kurland usw. ist die Zufuhr empfindlich schwach. Die Bestände der Heeresverwaltung vermochten nur kurze Zeit auszuhelfen, zumal bei

deren Verteilung verschiedene Fabrikanten nicht diejenigen Sorten erhielten, die sie brauchten. Nach Bekanntgabe der Friedensbedingungen trat zunächst eine gewisse Ruhe ein, da man nach Friedensschluß einen Rückgang der Preise befürchtete. Die feinere Bürstenindustrie war besonders zurückhaltend, während die Pinselindustrie bei besserem Geschäftsgange sich gegen Ende August entschloß, sich wieder mit Borsten zu versehen. Um jene Zeit fingen auch amerikanische und englische Firmen an, wieder Beziehungen mit uns aufzunehmen und kauften zum größten Teile die hier lagernden Bestände an steifen Borsten zu höheren Preisen als sie die deutsche Industrie früher hätte erwerben können. Dem neutralen und feindlichen Ausland fehlen die russischen Borsten ebenso wie uns. Infolge dieser überaus großen Knappheit sind natürlich die Preise enorm in die Höhe getrieben. Für die meistens benötigten weichen Sorten zahlt man bis zum 50 fachen des Friedensbetrages, für die steifen das 20 fache. Eine weitere Steigerung bewirkte der Stand unserer Valuta. Neuerdings suchen englische und amerikanische Firmen in Polen aufzukaufen in der Erwartung, daß bald durch ein Abkommen die Ausfuhr bewilligt wird. In derselben Erwartung haben auch eine ganze Anzahl Leipziger Kunden sich nicht verleiten lassen, ihre Vorräte im Kompensationswege nach der Schweiz auszuführen, wie sonst vielfach geschehen ist. Aus dem neutralen Auslande, der Schweiz, Holland, Skandinavien, wurden nach und nach überseeische Borsten zugeführt, von denen besonders chinesische und indische Sorten beträchtlich im Preis anzogen. Um Leipzig seine Vorkriegsstellung wieder zu verschaffen, muß vor allen Dingen möglichst viel Ware hergebracht werden; gleichzeitig muß die Ausfuhr nach Möglichkeit erleichtert werden, damit nicht das Ausland in Umgehung Leipzigs direkt mit den russischen Zurichtern in Verbindung tritt.

Die **Gummi-Industrie** hatte durch die während der Kriegszeit herrschende allgemeine Knappheit des Rohmaterials sehr zu leiden. Das Rohmaterial wurde bereits zu Anfang des Krieges beschlagnahmt, und im Laufe der Kriegszeit mußten eine größere Anzahl der Gummiwarenfabriken stillgelegt werden, während die übrigen Fabriken ihre Betriebe nur mit erheblichen Einschränkungen aufrecht erhalten konnten. Seit dem letzten Frühjahre war es wieder möglich, größere Posten von Rohgummi aus dem Auslande einzuführen, so daß den Fabriken wieder ausreichende Mengen hiervon zur Verfügung standen und die Zwangswirtschaft für die Gummi-Industrie im September des Berichtsjahres aufgehoben werden konnte. Infolge des schnellen Rückganges der deutschen Valuta haben die Rohgummipreise im Laufe der letzten Monate bedeutende Steigerungen erfahren und waren Ende des Jahres doppelt so hoch, wie im Sommer. Es machten sich ferner wegen der fortschreitenden Verteuerung des Lebensunterhaltes wiederholt beträchtliche Erhöhungen aller Gehälter und Arbeitslöhne notwendig. Die Verhandlungen hierüber wurden von dem Verband der Gummiwarenfabriken mit den Organisationen der Angestellten und Arbeiter geführt, und es wurden besondere Tarife ausgearbeitet. Die zurückgekehrten Kriegsteilnehmer wurden wieder in ihre früheren Plätze eingestellt, auch sonst konnten während der letzten Monate verschiedentlich neue Arbeitskräfte aufgenommen werden. Das Verhältnis zu der Arbeiterschaft war im allgemeinen ein befriedigendes und die Verhandlungen mit den Ausschüssen der Arbeiter und Angestellten verliefen ohne Unzuträglichkeiten. Infolge der bestehenden Kohlennot wurden auch die Fabriken der Gummi-Industrie nicht ausreichend versorgt, was vielfach Betriebsstörungen verursachte und verschiedene Fabriken vorübergehend stillegte. Die Gummiwarenfabriken waren im allgemeinen befriedigend beschäftigt. Für die hauptsächlich in Betracht kommenden Artikel lag großer Bedarf vor. Infolge der erheblichen Verteuerung aller Rohstoffe, verbunden mit dem ständigen Steigen der Löhne und Gehälter, sowie der gestiegenen Fabrikationsunkosten, machten sich entsprechende Preiserhöhungen für die fertigen Waren notwendig, die von der Konvention der Deutschen chirurgischen Hart- und Weichgummiwarenfabriken festgesetzt wurden. Der Ausfuhrhandel konnte bis Jahresschluß erst in mäßigem Umfange wieder aufgenommen werden, da die bisherige Produktion der einzelnen Fabriken in der Hauptsache zur Befriedigung des Bedarfs der inländischen Kundschaft Verwendung fand. Die Frage der Preisstellungen für Auslandlieferungen wurde gleichfalls von der erwähnten Konvention behandelt, um einer Verschleuderung der deutschen Erzeugnisse nach dem Auslande vorzubeugen. Die Zahlungsverhältnisse waren gute; Zahlungen erfolgten größtenteils rein netto binnen 15 Tagen nach Schluß des Lieferungsmonats in bar oder durch Schecküberweisung. Im Verkehr mit dem Auslande haben sich die Käufer vielfach dazu verstanden, gegen Erteilung einer Proformarechnung Zahlung durch Ueberweisung der betreffenden Beträge vor Abgang der Waren zu leisten.

XII. Uhren und Musikinstrumente.

In der **Zimmeruhrenindustrie** hat sich, ebenso wie im **Großhandel mit Zimmeruhren,** das Geschäft entgegen früheren Erwartungen so entwickelt, daß es nicht möglich ist, in absehbarer Zeit trotz der hohen Preise den Bedarf an Uhren im In- und Auslande zu decken. Der um ein Vielfaches erhöhten Nachfrage nach Uhren steht leider eine um 50 % gegenüber dem Friedensstande verminderte Fabrikation gegenüber, und es besteht auch keine Aussicht, daß die Produktion wesentlich gesteigert werden kann, so daß das ungesunde Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in der Uhrenindustrie voraussichtlich auf lange Zeit hinaus bestehenbleiben wird. Infolgedessen können auch die aus dem Auslande in großen Mengen eingehenden Aufträge nur zum Teil erledigt werden. Die Beschaffung der für die Uhrenindustrie nötigen Rohmaterialien war, wenn auch schwierig, so doch möglich, allerdings zu sehr hohen Preisen.

Im **Großhandel mit Taschenuhren** war das Geschäft im Jahre 1919 im allgemeinen recht lebhaft. Die Einfuhr von Taschenuhren aus der Schweiz war noch immer kontingentiert, und bezugsberechtigt sind grundsätzlich nur solche Firmen, die in den Jahren 1913, 1914 und 1915 Taschenuhren aus der Schweiz eingeführt haben. Die Verteilung der vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung freigegebenen Kontingente erfolgte durch den zu diesem Zwecke ins Leben gerufenen Deutschen Uhrenhandels-Verband in Berlin. Die zur Einführung freigegebenen Mengen haben bis zum Herbst des Jahres 1919 auch nicht annähernd der großen Nachfrage nach Taschenuhren ent-

sprochen, zumal bis zu diesem Zeitpunkte die Einfuhr von goldenen Uhren vollständig verboten war. Die große Nachfrage nach Taschenuhren aller Sorten, der aus den eben angeführten Gründen von den zum Handel zugelassenen Firmen nicht entsprochen werden konnte, hat es nun mit sich gebracht, daß Taschenuhren in ungeheueren Mengen über die Grenze geschmuggelt und durch unlautere Elemente vertrieben werden, die bis jetzt dem Taschenuhrenhandel vollständig ferngestanden haben. Auf diese Weise wird den zur Einfuhr berechtigten Firmen eine sehr fühlbare Konkurrenz bereitet. Der sich auf sein Kontingent beschränkende Grossist, der gezwungen ist, auch seinerseits seine Kundschaft im Verhältnis der ihm gewordenen Zuteilung gleichmäßig zu bedienen, kommt eben gegenüber den Händlern, die geschmuggelte Waren kaufen, in jeder Beziehung in Nachteil. Erstens kann er bei weitem nicht die Mengen und, soweit Gold in Frage kommt, auch nicht die Sorten liefern, dann aber ist er auch gezwungen, seine Kleinabnehmer zu kontingentieren, eine Beschränkung, die für die mit geschmuggelten Waren handelnden Firmen nicht in Frage kommt. Die Freigabe der Einfuhr goldener Taschenuhren sowie die Erhöhung der Kontingente ist leider erst zu einem Zeitpunkte erfolgt, wo sich die deutsche Valuta so weit verschlechtert hatte, daß die Taschenuhreneinfuhr aus der Schweiz kaum mehr möglich war. Seit November 1919 konnten die freigegebenen Kontingente überhaupt nicht mehr ausgenutzt werden, weil die durch den hohen Frankenkurs bedingten Einkaufspreise der Taschenuhren vorläufig nicht mehr zu erzielen sind. Beim Uhrendetaillisten herrscht nach wie vor großer Bedarf. Er wagt jedoch nicht, bei den jetzigen Preisen sein Lager zu ergänzen, weil auch das Publikum vorläufig mit seinen Einkäufen zurückhält. So war also am Ende des Jahres 1919 bei einem ausgesprochenen großen Bedarf eine vollständige Geschäftslosigkeit zu verzeichnen.

In der **Pianoforte-Fabrikation** hat sich der Geschäftsgang im Jahre 1919 sehr vorteilhaft entwickelt. Die Nachfrage nach Instrumenten war außerordentlich rege, so daß der Bedarf auch nicht einigermaßen gedeckt werden konnte. Fast alle Pianofortefabriken sind mit Aufträgen auf mindestens 1 Jahr hinaus versehen. Der Grund hierfür ist einmal in der infolge der zurückgegangenen Arbeitsleistung stark verminderten Produktion zu suchen, dann aber auch in der ungeheueren Nachfrage des Auslandes nach deutschen Klavieren. Selbstverständlich war für die Kauflust des Auslandes der niedrige Stand der deutschen Währung mitbestimmend. Infolge der allgemeinen Steigerung der Rohmaterialienpreise und der Arbeitslöhne sind die Preise für die Fertigfabrikate im Laufe des Berichtsjahres auf eine enorme Höhe gestiegen, was jedoch keineswegs ein Nachlassen der Nachfrage zur Folge hatte. Die Beschaffung von Rohstoffen war auch im Berichtsjahre sehr schwierig. So hatte die Pianoforteindustrie besonders unter dem großen Mangel an Elfenbein für die Klaviaturen, ferner an Leim, Schellack, Kupfer und Wolle zu leiden. Soweit diese Rohmaterialien überhaupt zu beschaffen waren, war es nur zu ungeheueren Preisen möglich. Besonders hervorzuheben ist, daß die Nachfrage vom Ausland nach unseren deutschen Hölzern die Preisstellung der Sägewerke stark beeinflußte, so daß heute von den Sägewerken auf dem deutschen Inlandsmarkte annähernd dieselben Preise gefordert werden wie vom Auslande.

Aehnlich wie in der Pianoforteindustrie waren die Verhältnisse auch in der **Pianoforte-Mechaniken-Industrie.** Das ganze Jahr über herrschte bei ständig steigenden Preisen namentlich vom Auslande her eine sehr lebhafte Nachfrage, die aber infolge der zunächst sehr geringen Produktion und infolge der Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung nur zum Teil befriedigt werden konnte. Die Fabrikation litt sehr unter der Verkürzung der Arbeitszeit und der herrschenden Arbeitsunlust; erst seit Wiedereinführung des Akkordsystems ist die Produktion im Steigen begriffen.

Für die **Harmonium-Industrie** war das Jahr 1919 in seinen Wirkungen wechselnd. Anfänglich waren die politischen Verhältnisse niederdrückend und die Produktion war durch Streiks, Arbeitsunlust usw. erschwert. Die Materialbeschaffung gestaltete sich zwar etwas leichter als in den letzten Kriegsjahren, da die Heeresbestände freigegeben wurden, gegen Ende des Jahres wurde sie aber wieder schwierig, und es mußten für alle Arten Rohstoffe sehr hohe Preise gezahlt werden. Der Bedarf an Harmoniums blieb das ganze Jahr über im Wachsen, so daß im Sommer, obwohl man anfangs Sorge gehabt hatte, die aus dem Felde heimgekehrten Krieger wieder unterzubringen, bereits ein Mangel an Arbeitskräften eintrat. Hand in Hand mit der Verteuerung der Rohmaterialien und der Steigerung der Löhne stiegen auch die Preise der Harmoniums. Trotzdem ließ die Nachfrage nicht nach und sowohl vom Inlande wie vom Auslande gingen Aufträge in Massen ein. Die Aussichten für die Zukunft sind ungewiß, und es erscheint zweifelhaft, ob der Absatz so bleiben wird wie im Berichtsjahre.

Die Lage in der **Fabrikation mechanischer Musikwerke** war, wie in allen Branchen, durch steigende Tendenz der Löhne und Rohstoffpreise infolge Sinkens des deutschen Geldwertes gekennzeichnet. Das Zusammenwirken dieser drei Faktoren in Verbindung mit anhaltender Knappheit an Rohstoffen hat eine weitere erhebliche Preissteigerung der Fertigfabrikate im Gefolge gehabt. Die Nachfrage nach mechanischen Musikwerken, insbesondere nach Orchestrions und elektrischen Klavieren, war nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt außerordentlich groß, da infolge des Krieges die Produktion überall zum Stillstand gekommen war. Glücklicherweise gestaltete sich die Fabrikation von mechanischen Musikwerken im Laufe des Berichtsjahres etwas leichter als während des Krieges, da das teilweise beschlagnahmte Metall und andere Rohstoffe freigegeben wurden und auch sonst aus dem Auslande manche lang entbehrten Rohmaterialien, wenn auch zu sehr hohen Preisen, zu haben waren. Der dauernden Absatzfähigkeit im Inlande stehen die außerordentlich hohen Preise der Fertigfabrikate entgegen. Der Umsatz in selbstspielenden Instrumenten für Gastwirtschaften, angesichts der hohen Anschaffungskosten an und für sich beschränkt, ist außerdem durch die neue Steuergesetzgebung außerordentlich bedroht. Im Exportgeschäft war dagegen infolge des außerordentlichen Tiefstandes der deutschen Valuta der Absatz von mechanischen Musikwerken sehr groß, und die mechanische Musikwerkeindustrie wird sich in Zukunft noch mehr als bisher auf den Export einstellen müssen. Hemmend wirkte aber vor allem die geringe Produktion, die in erster Linie auf den Fortfall der Akkordarbeit zurückzuführen ist.

Im **Handel mit Musikinstrumenten** war Nachfrage nach Spieldosen vorhanden. Sie konnte aber nicht befriedigt werden, da die Fabriken nicht in der Lage waren, zu liefern. Auch Leierkästen waren kaum zu haben, obwohl namentlich für kleinere und mittlere Instrumente ziemliche Nachfrage

herrschte. In Sprechmaschinen war ein größeres Angebot vorhanden; infolgedessen war auch der Umsatz in Sprechmaschinen größer. Die Preise für diese Artikel, insbesondere auch für die Schallplatten, sind gewaltig gestiegen. So kostete vor dem Kriege eine Schallplatte im Verkauf 2 bis 2,50 ℳ; heute werden für Schallplatten 22,50 bis 25 ℳ gezahlt. Akkordions und Mundharmonikas waren sehr gesucht. Die Fabriken waren auch hier, trotz der hohen Preise, nicht imstande, den Bedarf zu decken.

XIII. Galanterie-, Kurz- und Bijouteriewaren; Spielwaren.

In der **Fabrikation von Galanteriewaren** wurde das mit Beginn des Jahres lebhaft einsetzende Geschäft durch den im Februar—März eintretenden Generalstreik in Mitleidenschaft gezogen, namentlich wurde das Ostergeschäft dadurch sehr nachteilig beeinflußt. Die weitere Entwicklung des Berichtsjahres gestaltete sich jedoch, begünstigt durch den überaus zufriedenstellenden Absatz während der beiden Messen, erfreulich. Besonders lebhaft war das Geschäft nach dem besetzten Gebiete. Auslandsaufträge kamen nicht in Frage, da der Bedarf der Inlandskundschaft kaum gedeckt werden konnte. Allerdings war die Beschaffung der Rohstoffe wie in den Kriegsjahren mit bedenklichen Schwierigkeiten verbunden, obwohl die Fabrikation der einzelnen Artikel im Vergleich zu den Vorkriegsjahren schon mancherlei Aenderungen erfahren hat. Die unzulängliche Zuteilung der Rohstoffe und der Kohlenmangel erschwerten die Aufrechterhaltung der Betriebe. Besonders nachteilig war vom Standpunkte der Durchführung einer geregelten Arbeitszeit aus die von der Stadt verhängte Gassperre. Dabei konnte der Bedarf an Arbeitskräften, namentlich an jugendlichen weiblichen, nicht gedeckt werden. Die Arbeitslöhne stiegen entsprechend der herrschenden Teuerung fortwährend; sie wurden durch Tarif geregelt. Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer vollzog sich ziemlich glatt. Im Einklang mit den ständig wachsenden Herstellungskosten — so stiegen die Pappenpreise in 4 bis 6 Wochen um 30 bis 40 % — mußten die Preise der fertigen Waren erhöht werden. Nachteilig wirkten die ungünstigen Verkehrsverhältnisse, die mangelhaften Zugverbindungen, die Erschwerungen im Frachtverkehr, die Gütersperren und die Unsicherheit in der Güterbeförderung. Der Zahlungsverkehr war geregelt; nur vereinzelt versuchte die Kundschaft, besondere Skontoabzüge durchzusetzen.

Der **Großhandel mit Galanterie- und Kurzwaren** stand während des Berichtsjahres im Zeichen sprunghaft steigender Preise und eines allgemeinen Warenmangels. Der Umsatz übertraf den des Vorjahres wesentlich. Dabei mußte eine Reihe von Aufträgen, namentlich aus dem Auslande, abgelehnt werden. Ruhiger verlief in der ersten Hälfte des Berichtsjahres der **Großhandel mit unechten Schmuckwaren,** zumal erst das Ausland als Käufer fehlte. Man rechnete mit einem Preisrückgang, der auch teilweise vorübergehend eintrat, bald aber einer überraschenden Preissteigerung Platz machte. Gegen die Mitte des Jahres hob sich daher das Geschäft, gegen den Jahresschluß wegen der in Aussicht stehenden weiteren Preisaufschläge sogar stark. Auch nach den besetzten Gebieten wurde viel Ware verkauft. Ein Haupthindernis für den Schmuckwarengroßhandel bildeten die Beschränkung der Einfuhr aus der Tschecho-Slowakei und der Goldzuschlag zu den Zöllen. Diese Maßnahmen erschwerten den Wettbewerb mit dem Auslande und beeinträchtigten auch den Inlandsabsatz, weil die Preise dadurch gesteigert wurden. Auch die Erschwerung der Zufuhr aus dem von den Franzosen besetzten Oberstein benachteiligte das Geschäft. Die Luxussteuer hat bereits einen Ausfall im Umsatz zur Folge gehabt; manche Kleinhändler haben wegen der umständlichen Buchführung die unechten Schmuckwaren fallen lassen. Die Störungen im Eisenbahn- und Postverkehr sowie die zeitweilige Sperre für Wertpakete und die ungünstigen Eisenbahnverbindungen erschwerten das Geschäft. Der Zahlungsverkehr wickelte sich glatt ab.

Die Lage auf dem **Spielwaren-Markte** war im Berichtsjahr gut, da sich sowohl im Inland als auch vom Auslande her rege Kauflust geltend machte. Die guten Absatzmöglichkeiten wurden jedoch durch Störungen in der Fabrikation — Streiks, Kohlen- und Rohstoffmangel — stark beeinträchtigt. Viele von den Spielwaren, so z. B. Zelluloid- und Blechspielwaren, Dampfmaschinen, Eisenbahnen, Kinematographen und Puppen, waren nur sehr schwer und teilweise überhaupt nicht zu beschaffen. Zum Teil wurde allerdings die glatte Abwicklung des Inlandsgeschäftes auch durch die bei den Fabriken vorliegenden bedeutenden Auslandsaufträge beeinträchtigt. Bei dem Warenmangel und der starken Nachfrage stiegen die Preise ganz erheblich; Zuschläge von 100 % und weit darüber hinaus waren keine Seltenheit. Eine Verminderung der Kauflust trat jedoch wegen der hohen Preise im allgemeinen nicht ein. Das Verhältnis zum Personal war gut. Die Gehälter und Löhne wurden im Einvernehmen mit den Verbänden der Arbeitnehmer festgesetzt. Was die Verkehrsverhältnisse anlangt, so wurde das Geschäft durch die Gütersperren sehr erschwert. Die Verteuerung des Personen-, Fracht- und Postverkehrs hatte naturgemäß eine Verteuerung der Waren zur Folge, doch trat diese bei der lebhaften Nachfrage nicht besonders hervor. Dringend wünschenswert erscheint eine schnellere Beförderung der Güter und Pakete sowie die Beseitigung der Mängel im Fernsprechwesen. Der Zahlungsverkehr gab zu Klagen keinen Anlaß.

XIV. Künstliche Blumen und Schmuckfedern.

Die Fabrikation **künstlicher Blumen** lag unter dem Mangel an Baumwolle und Seide fast still. Für das Jahr 1920 ist ein Aufstieg der Industrie zu erwarten. Es ist aber damit zu rechnen, daß infolge der großen Preissteigerung das Publikum den nicht zu sehr der Mode unterworfenen und dauerhafteren Federn den Vorzug gibt.

Für **Schmuckfedern** war stets genügend Rohware zu haben, die teils aus den neutralen Ländern, teils über das besetzte Gebiet in großen Mengen von Paris eingeführt wurde. Die große Preissteigerung, die sich aus dem Tiefstand des Markkurses ergab, und die erhöhten Herstellungs-

kosten wirkten namentlich bei dem gewaltigen Bedarfe in Halsrüschen, Reihern und Paradiesvögeln. Halsrüschen sind im letzten halben Jahre von 30 bis 40 ℳ auf das Doppelte gestiegen, unsortierte Paradiesvögel innerhalb drei Monaten von 350 auf 750 ℳ. Manche Konjunkturen gingen verloren, weil die Einfuhrbewilligung meist einen Monat auf sich warten ließ. Die Ausfuhr war infolge der Valuta ziemlich bedeutend. Die Zahlungsverhältnisse sind durchaus befriedigend, da man meist nur gegen Kasse verkauft.

XV. Speditionsgewerbe.

Das **Speditionsgewerbe** hat im Jahre 1919 mit ganz außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Eine ganze Reihe periodischer Gütersperren seitens der Eisenbahn, Waggonmangel, Streiks, Lohnkämpfe, noch nie dagewesene Preise für Futtermittel, für Pferde usw., die durch Rollgelderhöhung nur zum Teil ausgeglichen werden konnten, haben das Speditionsgeschäft nachteilig beeinflußt. Gegen das Vorjahr hat sich der Sammelverkehr um etwa 10 % gehoben, bleibt aber immer noch mit mehr als 50 % hinter den Verladequanten des Jahres 1913 zurück. Die Aussichten für das neue Jahr sind, wie im allgemeinen, nicht günstig.

XVI. Export-Kommissionshandel.

Was den **Export-Kommissionshandel** anlangt, so kann von einem regelrechten Geschäftsgang im Jahre 1919 kaum gesprochen werden. Die Umwälzungen der Revolution brachten es mit sich, daß in jedem Geschäftszweige mehr oder weniger ein wilder Handel entstand, von dem Waren nach dem Auslande an jedermann, der zahlen konnte, verschoben wurden. Hierzu kam noch die große Anzahl Ausländer, die jede irgend käufliche Ware gleich beim Fabrikanten erfaßten und den alten Exporteur in jedem Falle ausschalteten. Zu dem gleichen Zwecke schloß sich im Berichtsjahre eine größere Anzahl deutscher Fabrikanten zusammen. Die Exportfirmen aus der Vorkriegszeit unternahmen es in vielen Fällen, die Fäden mit den alten Absatzgebieten wieder anzuknüpfen. Ihre Tätigkeit blieb nicht ohne Erfolg, doch sah man angesichts der Unsicherheit der Lage und der Valutaverhältnisse Ende des Jahres wenig vertrauensvoll in die Zukunft.

XVII. Agentur-Gewerbe.

Die Besserung, die das während des Krieges zur Untätigkeit verurteilte **Handelsvertretergewerbe** durch Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung und Wiedereinführung des freien Handels erhoffte, trat im Berichtsjahre nicht ein. Ganz besonders hatten die Vertreter des Nahrungsmittelgewerbezweiges zu leiden. In den übrigen Branchen konnte in der zweiten Hälfte des Jahres ein langsames Aufleben der Geschäftstätigkeit festgestellt werden. Mitte Dezember machte sich jedoch eine Erschöpfung der Kaufkraft des Publikums, verursacht durch die fortgesetzten Preissteigerungen, bemerkbar. Der Warenabsatz im Großhandel kam zum Stillstand und legte damit auch das Handelsvertretergewerbe lahm. Die Absatzstockung hatte lediglich zur Folge, daß nach gut eingeführten Vertretern am Schlusse des Jahres eine sehr große Nachfrage herrschte. Besonders erschwerend wurde vom Agenturgewerbe die Erhöhung der Porto-, Telegramm- und Telephongebühren empfunden.

XVIII. Kredit-Gewerbe.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1919 waren wie für das wirtschaftliche Leben im allgemeinen, so auch für den Geldverkehr und das Bankwesen von ausschlaggebender Bedeutung. Zunächst hielt die große Geldflüssigkeit noch an, die vornehmlich auf der während des Krieges begonnenen Liquidierung aller verfügbaren Bestände und Vorräte und deren Umwandlung in Geld oder Geldforderungen beruhte. Mit der Erhöhung der Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs, der Steigerung aller Löhne und Gehälter und der Zunahme der Inflation mußten rein ziffernmäßig die Umsätze im Bankverkehr wesentlich anwachsen. Je weiter der Wert der deutschen Währung sank, um so mehr machte sich diese Erscheinung bemerkbar. Die bedeutenden Guthaben, die bei den Banken angesammelt waren, fanden allerdings schnell Verwendung, und zwar nicht nur für Einkäufe von Rohstoffen im In- und Auslande, sondern auch zur Deckung der gewaltig gestiegenen Unkosten und insbesondere auch zur Bezahlung der hohen Löhne und Gehälter. Ja, diese Guthaben reichten für die genannten Zwecke oft bei weitem nicht aus, so daß Handel und Industrie gezwungen waren, ihre Kapitalien durch Ausgabe von Obligationen, Aktien oder Vorzugsaktien zu erhöhen. Solche Kapitalerhöhungen sind jetzt an der Tagesordnung. Sie genügen aber im allgemeinen auch noch nicht und die Inanspruchnahme großer Bankkredite ist unumgänglich notwendig geworden. So traten Handel und Industrie besonders in der zweiten Hälfte des Jahres mit dem Wunsche nach Kredit an die Banken heran und nach Lage der Dinge kamen Beträge in Frage, die nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu den eigenen Mitteln des Kreditnehmers oft recht erhebliche waren. Den als berechtigt anerkannten Wünschen wurde entsprochen und namentlich in der Finanzierung von Auslandsbezügen haben die Banken eine lebhafte Tätigkeit entfaltet. Die Entwicklung geht nun im Gegensatz zu den Kriegsjahren dahin, daß die Einräumung von Krediten für die Bankgeschäfte wieder eine überwiegende Bedeutung erhält und die Anlage der verfügbaren Gelder in Darlehen an den Staat prozentual zum mindesten einen Rückgang erfahren wird. Die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie hatte, abgesehen von den Erschwerungen durch die auch

im Auslande bestehende Warenknappheit und den Mangel an Frachtraum, unter den Währungsverhältnissen sehr zu leiden. Ausländische Kredite standen nur in ganz geringem Umfange zur Verfügung. Wo diese nicht auf eine Reihe von Jahren hinaus gewährt wurden, haben sie infolge des Sinkens des Wertes der Reichsmark zu erheblichen Verlusten für die Kreditnehmer geführt. Der Handel in Devisen wurde nach Aufhebung der Devisenverordnung zwar erleichtert, und diese Befreiung von den beengenden Vorschriften wurde an sich von der Bankwelt begrüßt. Die Schaffung von Auslandsguthaben erfolgte aber nach wie vor zum größten Teil durch Verkauf von Reichsmark, wodurch sich notwendigerweise die Entwertung der deutschen Währung fortsetzen mußte, um in den letzten Monaten des Jahres ein vorher nicht für möglich gehaltenes Ausmaß anzunehmen. Für den Einfuhrhandel wäre vor allem eine Stabilisierung der Wechselkurse wünschenswert. Inwieweit die im Gange befindlichen Bestrebungen in der Valutafrage eine Klärung und Besserung der Verhältnisse herbeiführen werden, bleibt abzuwarten, da der Wert der Reichsmark nicht nur von der vielleicht in gewissem Sinne durch amtliche Maßnahmen zu beeinflussenden Zahlungsbilanz, sondern auch von unkontrollierbaren politischen und spekulativen Momenten abhängig ist.

An der Börse bestand zu Jahresbeginn aus politischen Gründen große Zurückhaltung. Nur bestimmte Anlagewerte, wie städtische und landwirtschaftliche Hypothekenpfandbriefe, Stadtanleihen und Industrieobligationen waren gefragt. Mit Klärung der innerpolitischen Verhältnisse kehrte bald das Interesse an Aktienwerten zurück; Geldflüssigkeit und die Neigung zur Spekulation taten ein übriges, den Börsenverkehr immer mehr anschwellen zu lassen, so daß er gegen Ende des Jahres einen bisher unbekannten Umfang annahm. Mit sinkendem Geldwerte kam dazu „die Flucht vor der Mark", das Bestreben, Werte oder Anteile an Werten zu erwerben, die von dem Stand der Währung unabhängig waren, ferner für das Ausland die Möglichkeit, durch sehr billigen Einkauf von Aktien Einfluß auf deutsche Unternehmen zu gewinnen. So ungesund und im Hinblick auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse an sich widersinnig die Hausse in Industriewerten auch sein mochte, so war sie doch eine unausbleibliche Folge der Entwertung der Reichsmark und letzten Endes sind hohe Kurse das einzige Mittel, den Ausverkauf deutschen Besitzes an das Ausland aufzuhalten. Staatswerte hatten unter den politischen Verhältnissen, der schwierigen Finanzlage der Staaten und den bevorstehenden unübersehbaren Zahlungen an das feindliche Ausland auf Grund des Friedensvertrages zu leiden. Von einzelnen Schwankungen abgesehen, war ihre Tendenz dauernd nach unten gerichtet. Andere festverzinsliche Werte waren bevorzugt, wenn auch der Erlaß des Gesetzes über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 vorübergehend Abgaben versteckt gehaltenen Besitzes veranlaßte und einen Kursdruck herbeiführte. Der bargeldlose Zahlungsverkehr hat weiter eine günstige Entwicklung genommen, die sowohl aus den gesteigerten Umsatzziffern der Banken, als auch aus dem Anwachsen des Postscheckverkehrs hervorgeht. Trotz vorübergehender Aufspeicherung von Noten durch das Pubikum, deren Ursache in der Furcht vor politischen Umwälzungen, dann besonders nach Einführung der Auskunftspflicht der Banken und der Veröffentlichung der neuen Steuergesetze in der Absicht der Verheimlichung vorhandenen Besitzes lag, ist ein eigentlicher Mangel an Umlaufsmitteln nicht eingetreten. Allerdings erschwerte, nachdem mit dem Hinaufschnellen aller Preise jede Zahlung größere Summen erforderte als früher, das Fehlen größerer Scheine den Kassenverkehr bedeutend, ebenso wie sich der Mangel an Kleingeld während des ganzen Berichtsjahres unangenehm bemerkbar machte. Auch durch die Ausgabe von städtischem und anderen Notgelde konnte diesem Mangel nicht hinreichend abgeholfen werden. Eine weitere starke Erschwerung trat dadurch ein, daß mit Rücksicht auf die vorgekommenen Fälschungen der 50-Mark-Buchdrucknoten eine eingehende Prüfung jedes eingelieferten Scheines notwendig wurde, die an lebhaften Tagen praktisch undurchführbar war. Fanden sich gefälschte Scheine vor, so gab dies selbstverständlich Veranlassung zu unangenehmen und langwierigen Verhandlungen mit der Kundschaft. Durch die neuen Steuern sind die Unkosten der Banken bedeutend gewachsen und eine weitere Steigerung steht zu erwarten. Trotz gestiegenen Umfanges mußte vor allem auch wegen der erheblich erhöhten Erfordernisse für Besoldungen versucht werden, durch anderweite Bemessung der Zinsen und Gebühren einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Im Berichtsjahre konnte diese Abänderung verhältnismäßig niedriggehalten werden, so daß sie nicht in einem volkswirtschaftlich unerwünschten Sinne einschränkend auf den Bankverkehr wirkten. Durch einzelne gesetzliche Maßnahmen ist für die Banken eine bedeutende Erschwerung und Belastung des Geschäftsverkehrs entstanden. Die Abgabe von Steuerfluchtserklärungen, die beschränkenden Bestimmungen für den Verkehr mit dem Auslande, die Anweisung und Auskunftserteilung an die Kundschaft über alle damit zusammenhängenden Fragen erforderten dauernd einen großen Aufwand an Zeit und Arbeit. Nach der Veröffentlichung des schon erwähnten Gesetzes über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht nahm die Einlieferung von Wertpapierdepots, besonders um den 1. Dezember herum, einen riesigen Umfang an, der nur schwer bewältigt werden konnte. Wie sich das Couponeinlösungsgeschäft in Zukunft gestalten wird, bleibt abzuwarten.

XIX. Versicherungswesen.

Für das deutsche **Versicherungswesen** brachte der Ausgang des Krieges ganz allgemein mancherlei Einbußen und Umgestaltungen. Infolge der großen Geldentwertung und Geldflüssigkeit waren Rückzahlungen von Darlehen auf Versicherungen größer als Neubeleihungen. Da ferner viele der im Frieden beliebten Anlagemöglichkeiten nicht mehr vorhanden waren, besonders der Hypothekenmarkt verödet lag, suchte das Geld Unterkommen in Versicherungsgeschäften, die deshalb außerordentlich zunahmen. Trotz dieser erhöhten Einnahmen hat sich die Lage der Versicherungsgesellschaften aber nicht gebessert. Die Besetzung von deutschen Gebieten, die Abgabe von Transportmitteln, ferner der Kursrückgang der Kriegsanleihe, wie des deutschen Geldes überhaupt, besonders aber die beträchtliche Erhöhung der Verwaltungskosten, hauptsächlich infolge der ungeheueren Mehraufwände an die Angestellten, die 1919 das Doppelte und nach den neuen For-

derungen von 1920 das Fünffache des Aufwandes von 1918 ausmachten, haben zum größten Teil die Geschäftslage gegen früher so verschlechtert, daß sich fast durchweg eine erhebliche Erhöhung der Prämien nötig machte. Die neue Steuergesetzgebung wird voraussichtlich dazu beitragen, daß sich die Verhältnisse noch ungünstiger entwickeln. Im inneren Betriebe veranlaßte die Kohlenbewirtschaftung die Einführung der durchgehenden Geschäftszeit. Die Angestelltenausschüsse ließen sehr häufig die ausgleichende Gerechtigkeit vermissen.

In den verschiedenen Zweigen des Versicherungswesens verschob sich nach alledem das Jahresergebnis gegen früher im einzelnen ganz erheblich.

In der **Lebensversicherung** überwog der Abschluß von Versicherungen mit einmaliger Prämie und mit Prämienvorauszahlung. Die außerordentliche Höhe des versicherten Kapitals erklärte sich in erster Linie durch den Tiefstand der deutschen Valuta. Die Sterbefälle des Jahres 1919 waren bedeutend zahlreicher als in den letzten Vorkriegsjahren, besonders auch durch die epidemisch auftretende Grippe. Immerhin erreichten sie nicht die Höhe, die man für die nächste Zeit nach dem Kriege erwartet hatte. Durch das Neugeschäft wurde dem Verlustkonto im allgemeinen die Wage gehalten.

Die **Haftpflichtversicherungsgesellschaften** werden infolge der schlechten Geschäftslage wohl zu einem noch engeren Zusammenschluß übergehen müssen. Die Steigerung der Verwaltungskosten und vor allem die ungeheuere Vermehrung der Haftpflichtschäden veranlaßten die Haftpflichtversicherungsgesellschaften, um die Rentabilität ihrer Unternehmungen nicht noch weiter zu gefährden, ihre Prämiensätze in Anpassung an die allgemeine Teuerung zum Teil wesentlich zu erhöhen.

Unfallversicherungen wurden mit Prämiengewähr bevorzugt. Die Unfallschäden bewegten sich in normalen Grenzen. Auch hier zwang die immermehr zunehmende Steigerung der Verwaltungskosten, zu den bisherigen Prämien Zuschläge zu erheben.

Als neuer Versicherungszweig gelangte Ende 1918 die **Versicherung gegen Aufruhr** in Aufnahme, die einen raschen Aufschwung erlebte.

Der Schadenverlauf der **Feuerversicherungen** hielt sich, wenn man die erhöhten Werte, auch hinsichtlich der größeren Prämieneinnahmen berücksichtigt, in normalen Grenzen. Infolge der auf jedem Gebiete einsetzenden Wertsteigerung fanden zum Teil sehr erhebliche Nachversicherungen statt, die trotz entsprechend höherem Schadensbetrage ausreichend Gewinn brachten.

Die **Einbruch-Diebstahl-Versicherung** nahm, namentlich in den großen Städten, in erster Linie in Berlin, einen gegen früher ganz ungewöhnlich verlustreichen Verlauf. Alle von den Gesellschaften eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen und Prämienerhöhungen haben sich bisher als völlig unzureichend erwiesen, so daß auch für das neue Geschäftsjahr erhebliche Verluste zu erwarten sind. In Großstädten können seit geraumer Zeit Waren-Einbruch-Diebstahl-Versicherungen nicht mehr übernommen werden.

Ganz ungünstig ist auch die Lage der **Glasversicherung.** Hier bestand die Entschädigung im Naturalersatz. Das Glas hat aber fortlaufend so enorme Preissteigerungen erfahren, daß trotz der Prämienerhöhungen in fast allen Schadensfällen der Preis der neuzuliefernden Scheiben den Wert der versicherten Summe überstieg und fortgesetzt beträchtliche Verluste für die Versicherungsgesellschaften entstanden. In letzter Zeit konnte oft von den größtenteils ruhenden deutschen Glashütten das Rohmaterial nicht beschafft werden; es mußte daher häufig die Entschädigung mit Geld geregelt werden. Da eine Besserung dieser Zustände in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, sind die Glasversicherungsgesellschaften kaum in der Lage, Neuversicherungen abzuschließen.

Infolge der großen Arbeitslosigkeit waren die bei den **Krankenversicherungen** gemeldeten Krankheitsfälle äußerst zahlreich, so daß erhebliche Aufwendungen notwendig waren.

Die **Transportversicherung,** deren Geschäftslage vor Annahme der Friedensbedingungen ungünstig war, erlebte seit der Ratifizierung des Friedens einen gewaltigen Aufschwung.

XX. Auskunftswesen.

Dem deutschen kaufmännischen Auskunftswesen waren durch den Krieg und während des Krieges große Opfer auferlegt. Die großen Organisationen, die sich im Frieden über die ganze Kulturwelt ausgebreitet hatten, waren durch die Abschnürung vom feindlichen Auslande nicht nur von ihren auswärtigen Verbindungen vorübergehend abgeschnitten, sondern verloren dort auch ihre mit großen Kosten aufgebauten Einrichtungen. Vermöge seiner ausgezeichneten Anlagen konnte aber das Auskunftswesen diesen Schwierigkeiten standhalten. In dem abgelaufenen Jahre waren nun die Bestrebungen der deutschen Auskunfteien in der Hauptsache darauf gerichtet, die internationalen Verbindungen wieder herzustellen, als Schrittmacher für den Wiederaufbau des deutschen Handels. Die Inanspruchnahme der Auskunfteien war außerordentlich stark. Es hängt das zusammen mit dem Wiederaufleben unserer Volkswirtschaft, namentlich aber auch mit den zahlreichen Neugründungen und dem infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse so außerordentlich angewachsenen Kreditverkehr.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

X. Papier-Industrie. Polygraphische Gewerbe. Buch-, Musikalien- und Kunsthandel.

XI. Leder-Industrie. Rauchwaren, Borsten. Gummi.

Seite

XII. Uhren und Musikinstrumente.

XIII. Galanterie-, Kurz- u. Bijouteriewaren; Spielwaren.

XIV. Künstliche Blumen und Schmuckfedern.

XV. Speditionsgewerbe.

XVI. Export-Kommissionshandel.

XVII. Agentur-Gewerbe.

XVIII. Kredit-Gewerbe.

XIX. Versicherungswesen.

XX. Auskunftwesen.

Druck von Frankenstein & Wagner, Leipzig.